

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 28. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: halbjährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 2.00 M., frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen ober oder deren Raum 10 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Wertzuwachssteuer und Berliner Kommunalreform.

Am Donnerstag wurde im Roten Hause die Wertzuwachssteuer in der Gesamtstimmung mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, nachdem die liberale Majorität unter Führung des Stadtdirektors die Magistratsvorlage in der Einzelberatung im materiellen Interesse der Berliner Hausagrarier derartig zugestimmt hatte, daß der Stadtkasse aus der Steuer keine Einnahmen, sondern nur Verwaltungskosten entstehen würden.

Die Grundbesitzervereine hatten Sturm geblasen und Dank des Hausbesitzerprivilegiums, wonach die Hälfte der Stadtverordnetenversammlung aus Hausbesitzern bestehen muß, haben die Herren, denen sich die Vertreter der gewerblichen Grund- und Bodenbesitzer anschlossen, gesiegt.

Die Magistratsvorlage wollte in ungemein bescheidenem Umfange den Wertzuwachs, der sich bei dem Verkauf eines Grundstücks gegenüber dem Ersterwerbungspreis ergibt, zu steuerlicher Leistung für die Gemeinde heranziehen. Es verlohnt sich, die Vorlage in einzelnen zu studieren, um zu erkennen, wie zaghaft und schonend der Magistrat dem Grundbesitz steuerlich näher treten wollte. Neun Prozent des Wertzuwachses sollten überhaupt steuerfrei bleiben; alle Aufwendungen, Reparaturen, Zinsen usw., die dem Eigentümer während der Besitzzeit erwachsen, sollten auf die Steuer angerechnet werden können. Die Steuerhöhe war sehr niedrig gegriffen und derartig gestaltet, daß sie entsprechend dem Erwerbungspreis und der Revidauer des Besitzes abgestuft waren. Bei bebauten Grundstücken sollte die Steuer überhaupt nur erhoben werden, wenn seit dem letzten Eigentumswechsel höchstens fünf Jahre verlossen sind. Beträgt der Zeitraum 5-10 Jahre, so sollten $\frac{1}{2}$, bei mehr als zehn Jahren sogar nur $\frac{1}{3}$ der Sätze erhoben werden.

Dieser schwächliche Versuch, die kolossalen Wertsteigerungen des Grundbesitzes, die zu sehr großem Teile nicht der eigenen Arbeit des Eigentümers, sondern der Entwicklung der Stadt und den Aufwendungen der Gemeinde für Verkehrs- und gesundheitliche Anlagen zu verdanken sind, einigermaßen für die Gesamtheit der Bürger nutzbar zu machen, scheiterte jedoch an den ihre kommunale Macht in der egoistischsten Weise mißbrauchenden Haus- und Terrainpekulanten, die, wie ihre länderlichen Brüder die Nahrungsmittelverbraucher, die städtischen Wohnungskonsumenten als ein ihrer Ausbeutung preisgegebenes Objekt betrachten.

Die Faktion, welche die Majorität des Berliner Rathhausfreisinn bei der Beratung der Wertzuwachssteuervorlage eingeschlagen hat, ist um so widerlicher, als sie unter der Maske, die Vorlage zu verbessern, einzig und allein dem Zweck diene, die Wertzuwachssteuer unwirksam zu machen und jede Einnahme daraus zu verhindern. Monatlang wurden die Verhandlungen in dem Ausschuss hingezogen, immer neue Nachweigungen verlangt und dann wurden Beschlüsse gefaßt, die lediglich den Zweck verfolgten, ein steuerliches Anfasseln des bei dem Verkauf eines Grundstücks erzielten über alle eigenen Kosten und Aufwendungen hinausgehenden Gewinnes zu verhindern und unmöglich zu machen.

Namentlich zwei dieser Beschlüsse zeigen zur Evidenz, wie man in den Kreisen des Grundbesitzertums bestrebt ist, alle Leistungen der Gemeinde für die Wertsteigerung des Grundbesitzes als ein Recht der Eigentümer zu reklamieren. Die Gewinne, welche bei Veräußerung von Grundstücken erzielt werden und die nicht eigener Arbeit und Aufwendung entstammen, sollen unberührt in die Taschen des Veräußerers fließen — während ihm die Gemeinde durch ihre Leistungen die Quelle des materiellen Gewinnes erschlossen hat.

Um die Wertzuwachssteuer auf lange Zeit hinaus unwirksam zu machen, setzten die Hausagrarier im Ausschuss durch, daß die Wertsteigerungen, die vor dem 1. April 1907 stattgefunden haben, bei der Besteuerung nicht berücksichtigt werden dürfen, d. h. also, daß alle Hausverkäufe, deren letzter Eigentumswechsel vor dem 1. April 1907 liegt, von der Wertzuwachssteuer nicht erfaßt werden können. Eine wahrhaft groteske Glorifizierung hausbesitzerlichen Machtbewußtseins im Berliner Rathaus.

Und der zweite Beschluß lautete: die Wertzuwachssteuer darf nur insoweit erhoben werden, als sie die Umsatzsteuer übersteigt. Bekanntlich wird beim Eigentumswechsel von der Gemeinde eine Steuer erhoben, die bei bebauten Grundstücken 1 Proz. und bei unbebauten 2 Proz. des Kaufpreises beträgt.

Mit diesem Beschluß des Ausschusses betreffend Anrechnung der Umsatzsteuer würde der Wertzuwachssteuer das Genick gebrochen. Die Wertzuwachssteuer würde im Durchschnitt 25 Proz. der Umsatzsteuer betragen — man sieht aus dieser Tatsache, was bei Anrechnung der Umsatzsteuer von der Wertzuwachssteuer übrig bleiben würde. Nichts. Die Steuer stünde auf dem Papier; führte zu nicht unbedeutenden Verwaltungsausgaben und brächte keinen Heller für die Stadtkasse. Das war eben auch der Zweck der Übung, die der Ausschuss während der Beratungsmonate veranstaltete.

Und diese Beschlüsse hat — abgesehen von noch einigen anderen zugunsten des Grundbesitzes von der Steuer abträglichen Beschlüssen — der Cassel-Rosenowsche Rathhausfreisinn dem städtischen Agrarierium apportiert.

Der Oberbürgermeister nannte den 26. September d. J. „einen schwarzen Tag“ in der Geschichte der Berliner Kommunalverwaltung. Herr Kirchner hat recht. Der vom Staat privilegierte Grundbesitz hat am Donnerstag abend im „Roten Hause“ eine Orgie gefeiert, bei der in der schamlosesten Weise jede Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl beiseite geschoben wurde. Daß der Berliner Kommunalliberalismus in seiner Mehrheit dabei dem Hausagrarierium den Steigbügel gehalten — das gehört zu den Ruhmestaten, mit denen dieses Partikelschen der konservativ-liberalen Paarung bemüht ist, den Beweis dafür zu liefern, daß den Herren jede Spur von Liberalismus abhanden gekommen ist.

Die Wertzuwachssteuer ist schließlich auch von den Vätern des Ausschusswechselbaldes abgelehnt worden. Daß die ehrlichen Anhänger der Wertzuwachssteuer gegen die liberale Mißgeburt der Ausschussmajorität gestimmt haben, ist selbstverständlich. Die Wertzuwachssteuer ist vorläufig für Berlin tot; hausagrarische Vegehrlichkeit hat den Veruch, die unverdienten Gewinne des Grundbesitzes zur Steuer heranzuziehen, im Keime erstickt — aber der soziale Gedanke dieser Abgabe — die nichts weiter ist als eine teilweise Rückzahlung der von der Gemeinde gemachten Vorleistungen in dem günstigen Moment des Gewinnes — läßt sich nicht niederbringen.

Die Wertzuwachssteuer wird von vielen gewissenhaften Sozialpolitikern für die Kommune für zweckmäßig erachtet. Sie ist gerecht, weil sie nur da einsetzt, wo Gewinne realisiert werden. Eine große Anzahl Gemeinden haben die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt; andere sind dabei, die Steuer einzurichten. Die Erfolge und die Erfahrungen mit der Wertzuwachssteuer sind befriedigend. Die Finanzlage Berlins sowie die mannigfachen Ausgaben auf allen Gebieten des Berliner Wirtschaftslebens — namentlich in sozialpolitischer und hygienischer Beziehung — drängen mit Macht auf die Erschließung neuer Einnahmequellen. Hierzu bietet eine zweckmäßig gestaltete Wertzuwachssteuer die geeignete Handhabe, und wir sind überzeugt, daß die Wertzuwachssteuer nicht vor den Toren Berlins Halt machen wird. Um ihr einen besseren Empfang zu bereiten, müßte allerdings der Grundbesitz in Berlin seiner kommunalen Macht entkleidet werden.

Möge, das ist unser Wunsch und dafür werden wir energisch kämpfen, der letzte Donnerstag „ein schwarzer Tag“ für das Hausbesitzerprivilegium im Roten Hause werden, und durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht den hausagrarischen Erzeugen des Grundbesitzes sowie dem antisozialen Treiben des herrschenden Kommunalliberalismus im Berliner Rathaus ein Ende gemacht werden.

Faule Späße.

Zur Kolonialpolitik ergreift nun auch Marx Schippel das Wort im jüngsten der „Sozialistischen Monatshefte“. Er hat sich den edlen Zweck gesetzt, nachzuweisen, der „Vorwärts“ werde von so unwissenden Leuten redigiert, daß sie die Revisionisten zu schlagen meinten und — Marx träfen. Und den armen verkannten Marx vor den „kernigen, zielbewußten Rippenstößen“ des „Vorwärts“ zu retten, fühlt sich — Marx Schippel energisch gedrängt!

Das kam so. Zuerst hatte Ströbel und dann die gesamte Redaktion des „Vorwärts“ erklärt, die Vereinigten Staaten seien seit langem keine Kolonie mehr. Marx aber schrieb in seinem „Kapital“: „Die Vereinigten Staaten sind, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas.“

Marx behauptet folglich das gerade Gegenteil dessen, was die Redaktion des „Vorwärts“ erklärt, ihre „Tragikomödie der marxistisch-revisionistischen Irrungen“, ihre völlige Unbekanntheit mit dem Marxschen „Kapital“ ist damit glänzend erwiesen!

Wollte der „Vorwärts“ vielleicht einwenden, daß Marx die Vereinigten Staaten bloß „ökonomisch gesprochen“ als Kolonialland hinstellt, so tritt dagegen Schippel als Vorkämpfer der „ökonomisch-historischen“ Denkart in die Schranken und ruft uns zu:

„Mit vollem Recht legt Marx ausdrücklich das Hauptgewicht auf die ökonomisch-historische Besonderheit, nicht auf die formale staats- und völkerrechtliche Stellung des betreffenden Erdstrichs.“

Sicher mit vollem Recht, das müssen auch wir zugeben. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir jetzt bei der Behandlung der Kolonialfrage in gleichem Sinne vorgehen müßten. Das kann nur jemand behaupten, der entweder vom „Kapital“ oder von den jetzigen Kolonialbehörden keine Ahnung hat, oder, da das bei Schippel ausgeschlossen, der an ein Publikum gewöhnt ist, das von diesen Dingen nichts Gründliches weiß und sich daher ein K für ein U machen läßt.

Die Kolonialfrage, mit der sich Marx im 25. Kapitel seines „Kapital“ beschäftigt, ist nämlich etwas ganz anderes als jene, mit der wir jetzt zu tun haben. Marx untersucht die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit dort gestaltet, wo ein Privateigentum am Boden gar nicht oder kaum existiert, und dazu führte er eine besondere Art Kolonien vor, jene „mit jungfräulichem Boden, die durch freie Einwanderer kolonisiert“ werden. Mit

Recht durfte er sagen, daß zu seiner Zeit auch noch die Vereinigten Staaten in diesem Sinne, „ökonomisch gesprochen“, Kolonialland Europas seien, durch europäische Einwanderer kolonisiert würden, für die noch weite Strecken Landes freilanden.

Bei der Frage der Kolonialpolitik, die in Stuttgart, wie schon auf früheren internationalen Kongressen aufgestellt wurde, handelt es sich dagegen nicht darum, zu erforschen, wie sich das Verhältnis zwischen dem Kapital und den freien europäischen Einwanderern in den Kolonien gestaltet, sondern darum, festzustellen, welche Haltung das Proletariat in den Staaten, die Kolonien besitzen oder zu erwerben wünschen, diesen gegenüber einzunehmen hat. Daß aber für diese Frage selbständige Staaten, wie die amerikanische Union, nicht als Kolonialland in Frage kommen können, ist selbstverständlich. Welches Land soll denn Kolonialpolitik in den Vereinigten Staaten treiben? Es genügt, diese Frage aufzuwerfen, um sofort erkennen zu lassen, wie unsinnig es ist, wenn man das Wort von Marx auf unsere jetzigen Diskussionen anwenden will.

Wir haben zu viel Respekt vor Schippels Scharfsinn, um anzunehmen, daß ihm das entgangen sein konnte. Wir können daher in seiner Verusung auf Marx nur einen niederträchtigen Trick sehen, durch den er auf Kosten des so bitter gehassten Zentralorgans seiner Partei die Lächer in der Bourgeoisie auf seine Seite zu bringen hofft.

Derartige Clownsstücke beweisen bloß, wie sehr Schippel sich bereits im Zirkus Busch zu Hause fühlt, wo vor ihm schon die Clowns der Agrarier und des Freisinnes ähnliche Mäxchen zum besten gaben!

Dauids Revision der Kolonialbeschlüsse.

Genosse David stellt in der „Mainzer Volkszeitung“ von seinem Standpunkte aus das „Ertragnis der Kolonialdebatte“ dar. Dieses Ertragnis erblickt er darin, daß der von ihm in Stuttgart vertretene Standpunkt gewissermaßen den Sieg davongetragen habe. Und das bildet sich David ein, trotzdem die in Stuttgart angenommene Minderheitsresolution Ledebour-Kautsky auch von dem Essener Parteitag gebilligt worden ist!

David bringt es ferner fertig, sich abermals auf die bekannten Wendungen der Rede Debels zu berufen, trotzdem Debels selbst in Essen erklärt hat, es sei ihm gar nicht eingefallen, damit eine Theorie der sozialistischen Kolonialpolitik aufstellen zu wollen. Ja, Debels war es gerade, der in Essen genau das selbe sagte, was die Kautsky, Ledebour, Sturm usw. in Stuttgart erklärt hatten. Daß es nämlich ein Streit um des Kaisers Bart sei, sich heute den Kopf zu zerbrechen, ob auch die sozialistische Gesellschaft „Kolonialpolitik“ treiben werde.

Aber nicht nur der Gedanke der kolonialen „Endziel“-politik soll in Essen triumphiert haben, sondern auch die koloniale Gegenwartspolitik im Sinne der David und van Kol. David definiert in seinem Artikel selbst diese Gegenwartspolitik dahin, daß es sich nicht darum handeln könne, die Kolonien abzugreifen, den Eingeborenen das Selbstbestimmungsrecht zurückzugeben, sondern sie zu bevormunden, zu erziehen. „Nicht plötzliche Abschaffung der Kolonien, sondern allmähliche Emanzipation muß unser Ziel sein.“ Diese Auffassung, so behauptet David, entspreche im Grunde auch völlig sowohl der Mainzer, wie der Amsterdamer Kolonialresolution. Denn auch die Mainzer Resolution fordere, „daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde... verwirklicht werden“ und daß die niedrigstehenden Völkernschaften „für die Aufgaben der modernen Kultur und Zivilisation gewonnen werden“. Wenn nun auch die Mainzer Resolution gleichzeitig betone, daß diese kolonialpolitischen Aufgaben „nur durch Lehre und Beispiel“ und unter Wahrung der „Rechte und Freiheiten, sowie der Unabhängigkeit der Völker“ gelöst werden sollten, so bedeute eine solche Forderung noch keineswegs das Aufgeben der heutigen Kolonien. Denn das eine gewisse Bevormundung, wenn auch nicht im Sinne einer Vergewaltigungspolitik, auch nach sozialdemokratischer Ansicht zulässig sei, gehe aus dem fünften Absatz der Amsterdamer Resolution hervor, der heiße:

„Für die Eingeborenen das Maß von Freiheit und Selbstständigkeit zu fordern, das ihre Entwicklung betragen kann, unter dem Gesichtspunkte, daß die vollständige Emanzipation der Kolonien das erstrebte Ziel ist.“

Also trotz Stuttgart und Essen, trotz Mainz und Amsterdam vertritt David den Standpunkt, daß die Sozialdemokratie die Kolonialpolitik nicht prinzipiell zu bekämpfen, sondern sich mit den vorhandenen Kolonien abzufinden und nur die „allmähliche Emanzipation“ der bevormundeten Eingeborenen zu erstreben habe!

Wie völlig unrecht David hat, wenn er der Mehrheit der Partei, speziell aber den betreffenden Resolutionen der Parteitage und internationalen Kongresse eine solche Ansicht unterstellt, soll nochmals kurz bewiesen werden.

Daß David nicht das geringste Recht hat, sich für seine koloniale Bevormundungspolitik auf die Mainzer Resolution zu berufen, beweist der Wortlaut dieser Resolution, deren in Betracht kommende Stelle wörtlich lautet:

„Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch

Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerten und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geschützt und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufzucht moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation.

Das ist eine so klare und prinzipielle Abgabe an alle kolonialen Besorndungspolitik, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann.

Und wenn sich David auf die Amsterdamer Resolution beruft, wo für die Eingeborenen in den Kolonien nur „das Recht von Freiheit und Selbständigkeit, das ihre Entwicklung vertagen kann“, verlangt wurde, so verschweigt David ganz, daß sich diese Forderung lediglich auf die praktische Reformarbeit in den Kolonien bezieht, die innerhalb der kapitalistischen Kolonialpolitik zu betreiben ist, aber keineswegs eine prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Kolonialpolitik selbst bedeutet. So wenig durch die praktische sozialdemokratische Reformarbeit, die auf Einschränkung der Schäden der kapitalistischen Produktionsweise hinausläuft, eine Anerkennung der Berechtigung des kapitalistischen Produktionsystems ausgesprochen werden soll, so wenig auch durch die Gegenwartsforderungen für die Kolonialpolitik eine Anerkennung der kolonialen Besorndung!

Wie dem Kapitalismus überhaupt, so steht die Sozialdemokratie auch der kapitalistischen Kolonialpolitik gegenüber. Sie fordert ihre Beseitigung! Sie fordert sie nicht nur, sondern sie hat sie auch mit dem Aufgebot aller Kräfte zu erkämpfen. Solange das Ziel nicht erreicht ist, tritt sie für mögliche Reformen ein.

Wenn nun David behaupten sollte, das wäre ja, nur mit anderen Worten ausgedrückt, auch sein Standpunkt, so entspricht das nicht den Tatsachen. Denn während die Sozialdemokratie durch ihren prinzipiellen Kampf der Kolonialpolitik so rasch als möglich den Garau machen will, legt David das Hauptgewicht auf die Verbesserung, Humanisierung, Reformierung der Kolonialpolitik.

Wie sehr die Sozialdemokratie bisher auf den prinzipiellen Kampf das Hauptgewicht gelegt hat, beweisen alle bisherigen Kolonialresolutionen. Nicht nur die in Mainz gefasste, sondern auch die Resolution von Amsterdam:

Ihre einleitenden Sätze lauten:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Ausbeutung eines stets wachsenden Kolonialgebietes immer größer und regelloser wird, den natürlichen Reichtum der Kolonien verdirbt und die eingeborenen Völker der jähverworfenen und oft blutigsten Unterdrückung aussetzt, welche Ausbeutung für das Proletariat nur eine Verschlimmerung des Elends bringt, bringt der Kongreß den Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 über die Kolonialfrage und die imperialistische Politik in Erinnerung und erklärt, daß es die Pflicht der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern und der Parlamentarier ist: 1. sich rückwärtslos jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersetzen.“

Die Amsterdamer Resolution verweist also auf die Pariser Resolution. Diese aber lautete:

„In Erwägung, daß die Entwicklung des Kapitalismus notwendig zur kolonialen Expansion, dieser Ursache von Konflikten unter den Regierungen führt;

daß der Imperialismus, der die notwendige Folge davon sei, in allen Ländern den Chauvinismus gebäre und zu immer größeren Ausgaben für den Militarismus zwingt;

in Erwägung, daß die Kolonialpolitik der Bourgeoisie keinen anderen Zweck habe, als den Profit der Kapitalistenklasse zu steigern und das kapitalistische System aufrecht zu erhalten, indem sie dabei Gut und Blut des alle Werte schaffenden Proletariats vergeudet und Verbrechen und Grausamkeiten ohne Zahl an den Eingeborenen der mit Waffengewalt eroberten Kolonien verübt,

erklärt der Kongreß:

daß das organisierte Proletariat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anwendet, um die kapitalistische Kolonialbesitznahme zu bekämpfen, die Kolonialpolitik der Bourgeoisieklasse zu verdammen und unter allen Umständen und mit allen einem ehr- und rückwärtslosen Kapitalismus ausgeliefert sind.“

Also nach der in Amsterdam ausdrücklich in Erinnerung gebrachten Pariser Resolution ist vom Proletariat nicht nur die kapitalistische Kolonialbesitznahme mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, sondern überhaupt die Kolonialpolitik der Bourgeoisieklasse zu verdammen!

David mag also seine vom Standpunkt der Partei abweichende Ansicht mit so viel Eifer verteidigen, als ihm immer gefällt: nur sollte er endlich darauf verzichten, Ausprüche von Bebel und frühere Kolonialresolutionen durch allerhand Wortklaubereien für sich auszuschlachten!

Marokko.

Der Madrider Vertreter des Londoner „Daily Telegraph“ hat seinem Blatte dieser Tage geschrieben:

Ich bin imstande, es aufrechtzuerhalten, daß Deutschland und Frankreich augenblicklich verhandeln und daß die Marokkofrage friedlich beigelegt werden wird auf der Basis einer von Frankreich mit Zustimmung Englands an Deutschland gewährten Entschädigung. Alle Dementis werden in kurzer Zeit durch die Ereignisse widerlegt werden, und Deutschland wird so gar in Marokko selbst Entschädigungen erhalten. Wenn einer den Ausdruck „Einflußsphäre“ nicht liebt, mag er ein gleich bedeutendes Wort wählen, aber es bleibt Tatsache, daß die Verhandlungen in diesem Sinne geführt werden. Sie machen augenblicklich gute Fortschritte, und Frankreich, welches sich nicht mehr zurückziehen kann, wird alles gewähren, was ihm seine nationale Ehre gestattet. Es ist nur ein Risiko für einen Bruch vorhanden. . . . Dieses Risiko würde entstehen, wenn Deutschland, die angebotene Entschädigung ablehnend, die Aufrechterhaltung des Status quo und die hauptsächlich Besetzung der Algeiras-Riffe in Bezug auf die Eingeborenenpolitik fordern sollte. Nach meiner, auf bester Information beruhenden Ansicht wird die Frage zu allgemeiner Verteidigung erledigt werden, und die französische Aktion wird sich in dieser Woche ohne jegliches Hindernis entwickeln können. Es ist kein Grund, den Mitteilungen Glauben zu schenken, daß die militärischen Operationen infolge maurischen Verlangens nach Frieden eingestellt worden seien. Die Operationen werden eingestellt oder fortgesetzt, je nach dem Fortschritt der Verhandlungen zwischen Paris und Berlin. . . . Nach Informationen aus guter Quelle erhielt Frankreich am Freitag die absolute Zustimmung Deutschlands zur Aktion in der Umgegend von Casablanca, innerhalb eines Radius von 40 Kilometern. . . . Nach dieser Information werden General Dru-

weitere Verstärkungen zugehen und er wird etwa 18 Kilometer von der Stadt ein neues Lager anlegen, welches die Stellungen des Feindes und die ganze Ebene von Casablanca beherrscht. Wir sind noch nicht am Ende der Angelegenheit angelangt, aber definitive Ereignisse stehen unmittelbar bevor, und man wird dann bald sehen, daß meine Behauptungen in allen Details richtig sind.

Die „Kölnische Volkszeitung“ findet es eigeniümlisch, daß auf diese und ähnliche frühere Behauptungen des „Daily Telegraph“ von deutscher Seite kein Dementi erfolgt sei und meint:

„Das englische Blatt beleuchtet hier die deutsche Marokkopolitik in einer Weise, die nur auf den Zusammenbruch allen Respekts vor derselben gedeutet werden kann, wie wir das neulich schon kennzeichneten. Deutschland hat sich nach dem „Daily Telegraph“ Frankreich gegenüber schon gebunden, bereit, sich für die Frankreich gewährte carte blanche mit einem Stück derselben Integrität und Souveränität bezahlen zu lassen, auf deren Unversehrtheit es in Algerias bis zur Gefahr eines kriegerischen Konflikts bestand, sich also zum Wilschuldigen desselben Frankreich zu machen, von dem es vor zwei Jahren auf moralische Weltferne abrückte. . . .“

Das Zentrumsblatt hat unzweifelhaft recht, wenn es die von dem englischen Blatt behauptete Schwächung der deutschen Regierung also bitter charakterisiert. Für uns aber ist viel wichtiger, daß eine solche Schwächung die Verfristung Deutschlands in ein gefährliches und kostspieliges Abenteuer bedeuten würde. Dagegen hat die deutsche Arbeiterklasse vor allem zu protestieren! Leider ist die Meldung des „Daily Telegraph“ keineswegs unwahrscheinlich. Und mit Dementis ist man ja sonst in der Wilhelmstraße nicht sparsam! Vom Kriegsschauplatz ist als wichtigeres Ereignis nur zu registrieren, daß sich noch vier in der Umgebung Casabancas wohnende Stämme den Friedensbedingungen der Franzosen unterworfen haben.

Die sonstigen Meldungen lauten:

Paris, 27. September. Nach einer amtlichen Meldung aus Casablanca vom gestrigen Tage ist zwischen General Druce und den Abgesandten der vier Stämme der Culad Jeyan, die alle ihnen gestellten Bedingungen annahm, ein Uebereinkommen zur Wiederherstellung der Ruhe getroffen worden. Es verleiht nichts von Ansammlungen aus dem Gebiete dieser Stämme, soweit ein Kreis von 50 Kilometer um Casablanca in Betracht kommt. Mehr als 400 Personen sind nach Casablanca zurückgeführt. — Es herrscht in der Gegend ein Sandsturm.

Langer, 27. September. Kriegsminister Gebas hat im Namen des Sultans den Wunsch geäußert, daß der Gesandte Regnault einwilligt, sich zu Abdul His nach Wadai zu begeben. Regnault hat zu diesem Schritte die Ermächtigung seiner Regierung erhalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September 1907.

Bayerischer Landtag.

Der Landtag wurde heute mittag 2 Uhr durch den Prinz-Regenten eröffnet. Die Landtagschronik hebt hervor, daß das Budget dank der günstigeren Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse ohne Erhöhung der direkten Steuern mit einer Reserve abschließt, welche eine durchgreifende Aufbesserung der Gehälter der staatlichen Beamten und Bediensteten in Aussicht zu nehmen gestattet. Ferner verheißt die Thronrede eine Reform der Steuerleggebung, die Einführung der allgemeinen Einkommensteuer, die Neuregelung der Umlagen der Gemeinden, die Einführung einer Wauschalentschädigung für die Landtagsabgeordneten, einen Entwurf der Kirchengemeindeordnung, mehrere Entwürfe zur Fürsorge für die Landwirtschaft und die kleinen Gewerbe, darunter ein neues Fischereigesetz, sowie ein Gesetz, welches für den Staat einen Anteil an den unterirdischen Bodenschätzen sichert.

Bei der Verkehrsverwaltung läßt sich infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges eine befriedigende Reineinnahme erwarten.

Zum Schluß kündigt die Thronrede Denkschriften über die Ausnutzung der Wasserkraft, die Elektrifizierung einzelner Eisenbahnlinien an und betont schließlich, wie zahlreich und bedeutungsvoll die Aufgaben der beginnenden Session sind. —

Eine feine Firma.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in der letzten Sonntagsnummer einen kurzen Bericht über den Verlauf eines Prozesses, den die Angehörigen eines bei der Rettung verunglückter Arbeiter erstickten früheren Obergeringens der Firma Thyssen u. Cie. (Wülheim a. d. Ruhr) gegen diese Firma geführt haben. Darauf erhielten wir heute von dem Justiziar dieser Firma, dem Herrn Dr. Breuer, unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine sogen. „Berichtigungs“, die, wie gewöhnlich, den Anforderungen dieses Paragraphen gar nicht entspricht, da sie auf allerlei Dinge eingeht, die wir gar nicht behauptet haben. Dennoch bringen wir, entgegenkommend wie wir nun einmal sind, nicht nur die Berichtigung, sondern daneben auch noch das Begleitschreiben zum Abdruck:

An den „Vorwärts“, Berlin.

Am 22. d. M. brachte Ihr Blatt unter der Ueberschrift: „Eine feine Firma“ einen Artikel, in welchem Sie über den Prozeß berichteten, der aus dem Unfall auf unserem Werke am 13. Juli 1906, bei welchem unser Obergeringenur Hanneken getötet wurde, sich entwickelte. Aus der Darstellung muß es für den mit dem Versicherungswesen in der Großindustrie nicht Vertrauten den Anschein gewinnen, als ob die Firma a einen geradezu rigoros ablehnenden Standpunkt gegenüber den Schadenersatzansprüchen der Hinterbliebenen des opfermütigen Obergeringenurs eingenommen hätte. Die ersuchen Sie daher, den von Ihnen mitgeteilten Sachverhalt in Ihrem Blatte wie folgt zu ergänzen und richtig zu stellen.

Begünstigt des Prozesses gegen die Firma Thyssen u. Cie. in Wülheim-Ruhr, von dem wir am 22. d. M. unter der Ueberschrift „Eine feine Firma“ berichteten, haben wir folgende Ergänzung und Berichtigung zu bringen: Zu der Schadenersatzklage der Hinterbliebenen des Obergeringenurs Hanneken, welcher am 13. Juli 1906 bei dem mütigen Versuch, Arbeiter der Firma Thyssen u. Co. in Wülheim-Ruhr vor dem Tode des Erstickens zu retten, durch austretendes Gas getötet wurde, hat die Firma Thyssen u. Cie. als Verlage nur ihren Namen hergeben müssen, aber selbst den betr. Prozeß nicht geführt. Der Rechtsstreit ist vielmehr auf Veranlassung und auf Verreiben des Versicherungsunternehmens eines privaten Haftpflichtverbandes, bei dem sich die Firma gegen alle derartige Betriebsunfälle versichert hält, durch alle Instanzen geführt worden, und war die Firma statutenmäßig dem Haftpflichtverbande gegenüber verpflichtet, den Prozeß durch einen vom Vorstande des Haftpflichtverbandes zu bestimmenden Anwalt und auch im übrigen nach den Anordnungen dieses Verbandes führen zu lassen. Statutengemäß durfte sie selbst ohne Einwilligung des Vorstandes des Haftpflichtverbandes weder den Haftpflichtanspruch anerkennen, noch durch Zahlung abfinden oder einen Vergleich abschließen, widrigenfalls sie ihrer Rechte aus dem Versicherungsvertrage verlustig gegangen sein würde.“

Wir ersuchen Sie unter Bezugnahme auf § 11 Abs. 2 des Preßgesetzes, vorstehende Berichtigung in demselben Teile Ihrer Zeitung und mit derselben Schrift zu veröffentlichen, wie der zu berichtende Artikel vom 22. d. M.

Hochachtungsvoll

A. A.: Dr. Breuer,
Justiziar der Firma Thyssen u. Cie.

Danach hat die Firma Thyssen u. Cie. zwar nicht direkt den Angehörigen des Ingenieurs Hanneken die Unterföhung verweigert, wohl aber indirekt, indem sie sich einem sogenannten Haftpflichtverband der Unternehmer ihrer Branche angeschlossen und dessen eigenartige Statuten akzeptiert hat. An der Sache selbst wird dadurch nichts geändert; nur trifft jetzt der gegen die Firma Thyssen u. Cie. erhobene Vorwurf die nicht mehr allein, sondern den ganzen Haftpflichtverband, d. h. die ganze in ihm vereinigte Unternehmerchaft. Das mag nach den ethischen Begriffen der Herren Thyssen u. Cie. eine Entschädigung sein, nach den Begriffen anderer Leute wird dadurch die Unterföhungsverweigerung nur um so charakteristischer für die Geistesbeschaffenheit der rheinisch-westfälischen Großindustriellen.

Sie drücken sich!

Wir hatten die „Freis. Jtg.“ gebeten, uns doch freundlichst zu sagen, welche Wahlrechtsforderungen in bezug auf die preussische Wahlrechtsreform sie für Minimalforderungen halte, an denen nichts abgehandelt werden könne.

Darüber aber schweigt sich die „Freis. Jtg.“ gründlich aus, obgleich sie unsere Notiz mit einem Schwall Idiotischer Schimpfereien beantwortet.

Wir ziehen daraus die Folgerung, daß der Freisinn überhaupt keine Minimalforderungen aufzustellen magt, sondern dem Wahlrechtsschacher zwischen Börse und Agrariertum unbegrenzten Spielraum gewähren will!

Freisinnige Verklumpung.

Die „Freis. Jtg.“ mißbilligt die mißglückte Aktion der „Liberalen Liga“ gegen die sozialdemokratische Parteischule. Aber nicht vom Standpunkte des liberalen Prinzips, sondern wegen seiner Erfolglosigkeit. So schreibt die Vornmerträgerin des „entschiedenen“ Freisinn:

„Wir halten dies Vorgehen der Polizei für ein sehr unangebrachtes, denn die Behörde muß sich doch selbst sagen, daß es der Sozialdemokratie sehr leicht ist, anstatt der auswärtigen Lehrer deutsche Sozialisten zu gewinnen. Bei dem Zweck, der mit dieser Parteischule verbunden ist, kommt es ja nicht im geringsten darauf an, daß die Vortragenden auch nur die bescheidenste wissenschaftliche Fähigkeit haben, sondern nur darauf, daß sie eingeschworene Marginalen sind, die es verstehen, ihren Schülern die reine und unverfälschte Lehre ihres Herrn und Meisters einzutrichtern. Solcher Leute gibt es aber in Deutschland hinreichend.“

Seht freisinnig!
Besonders hüßlich macht sich auch das Nasenrumpfen der Gelehrten der „Freis. Jtg.“, der Wiener, Kopsch und Müller-Sagan, über die wissenschaftliche Qualität der neugewonnenen Lehrer der Parteischule. Die genannten freisinnigen Geistesgrößen sehen allerdings auf wissenschaftlichen Gebiete außerhalb der Konkurrenz.

Steueraussichten.

Der nächstjährige preussische Etat wird den preussischen Steuerzahlern recht unangenehme Ueberraschungen bereiten. Wie wir vor einigen Tagen ausführten, sind zur Durchführung der Beamtengehaltsregulierung mindestens 110 Millionen Mark erforderlich. Doch dazu können noch einige andere ganz erhebliche Forderungen. Auch das Volksschulunterhaltungsgesetz, das am 1. April 1908 in Kraft treten soll, erfordert nicht unbedeutliche Mittel. Zwar weist bereits der Staatshaushaltsetat für 1907 eine Summe von etwa 4 1/2 Millionen Mark auf, die an Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes zurückzuführen ist. Doch bilden diese Mittel nur den kleineren Teil der Gesamtkosten, die das neue Gesetz mit dem Beginn des neuen Etatsjahres verursachen wird. Diese Kosten sind seinerzeit auf 10 bis 17 Millionen Mark veranschlagt worden.

Da diese Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Einkommensteuer aufgebracht werden sollen, kann sich die preussische Bevölkerung auf eine ansehnliche prozentuale Steigerung der Staatseinkommensteuer und zugleich der kommunalen Einkommensteuer gefaßt machen. Es wird fortgeworfen! —

Keine Klassenjustiz!

Der klaffende Unterschied in der Rechtsauffassung zwischen gelehrten Richtern und dem Volksempfinden trat wieder einmal deutlich zutage in einem Ueberschlagsprozeß, der sich dieser Tage vor der Strafkammer des Landgerichts Duisburg abspielte und gegen den Genossen Stephan Heise, den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, richtete. Ein Artikel in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ beschäftigte sich mit dem Urteil der Duisburger Strafkammer gegen zwei Flugblattverleiher, wovon der eine zu 50 M. Geldstrafe, der andere zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Das Flugblatt forderte in sehr gemäßigter Tonart, aber sehr wirksam auf zum Boykott von drei Wirtschaften, die sowohl der sozialdemokratischen Partei als auch den Gewerkschaften nicht zu Versammlungen zur Verfügung standen. Das damalige Urteil ist so außerordentlich charakteristisch für unsere Rechtsprechung, daß wir zum besseren Verständnis des seigen Urteils gegen den Genossen Heise die beiden Hauptstellen aus dem Erkenntnis hier folgen lassen. Es heißt da:

„. . . Durch das Vorgehen wurden die Witte, deren materielle Existenz durch das in hochgradige Erregung verfeht. Daß sie durch das brutale Vorgehen der sozialdemokratischen Partei (!!) bis zur äußersten Verzweiflung getrieben worden sind, geht daraus hervor, daß der Zeuge Waldmann, als er einmal jemand einen derartigen Zettel in der Nähe seiner Wirtschaft anlieben sah, diesem (!) nachließ und ihm eine Ohrfeige verfeht, und daß Plah dem Richter erzählt hat, er wolle den Leuten auflauern und dem Polizeisergeanten Stord gegenüber noch hinzugefügt hat, er habe sich mit einem Revolver auf die Lauer gelegt und werde jeben, von dem er merke, daß er Zettel anliebe, auf welchem zum Wahllatt seiner Wirtschaft aufgefördert werde, niederschleßen.“

Und am Schluß des Urteils hieß es in derselben Tonart:

„. . . Mit Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die den Gewerbetreibenden durch das terroristische Vorgehen der sozialdemokratischen Partei (!!) solchen Leuten gegenüber erwächst, welche wirtschaftlich von ihren Mitgliedern abhängig sind, und sich ihren politischen Ansichten nicht fügen, erschien die von dem Schöffengericht bewählte exemplarische Strafe durchaus nicht zu hoch gegriffen, sondern in jeder Weise angemessen.“

Um diese Urteilsbegründung in ihrer ganzen Schwere würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß die sozialdemokratische Partei an dem Boykott ebenso schuldlos war wie etwa die Straffammer in Duisburg. Nicht das geringste hatte die Partei mit dem Boykott zu tun, lediglich einige Mitglieder des Bergarbeiterverbandes hatten die Sache in-

gegenf. Und trotzdem in dem Urteil solche Angriffe auf die sozialdemokratische Partei!

Dies Urteil war nun in der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ von dem Gesichtspunkte aus beurteilt, daß die Richter in dem sie umgebenden Milieu nicht imstande seien, sich von dem Klassenempfinden und den Klassenurteilen ihrer Gesellschaftskreise zu befreien und daß demnach das Urteil als „Klassenurteil“ zu betrachten sei.

Genosse Heise, der als Verantwortlicher den Artikel zu vertreten hatte, führte aus, daß der Ausdruck „Klassenurteil“ durchaus keine beleidigende, sondern eine das Urteil erklärende Kritik sei. Als Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung habe er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, Angriffe auf die Partei, zumal wenn sie unberechtigt seien, wie im vorliegenden Falle, zurückzuweisen. Nichts weiter sei geschehen.

Recht leicht machte sich der Herr Staatsanwalt die Sache. Ob der Artikel beleidigend für die Richter sei, hänge nicht von der Interpretation des Angeklagten, sondern von dem Eindruck auf unbefangene Kreise ab. Der Artikel gehe in seiner Tendenz dahin, eine Klassenjustiz schlimmer Form zu konstruieren. Der vorliegende Artikel in der Zeitung sei ehrenkränkend in des Wortes schlimmster Bedeutung, weil aus ihm die Absicht der Beleidigung hervorgehe. Nicht weniger wie drei Monate Gefängnis beantragte der Staatsanwalt.

Demgegenüber suchte der Verteidiger Rechtsanwalt Saul unter Heranziehung von Urteilen bedeutender Juristen aus der juristischen Fachpresse nachzuweisen, daß die dem Artikel zugrunde liegende Tendenz, wonach auch der Richter das Produkt der Verhältnisse sei, die richtige ist.

Doch der Gerichtshof dachte anders. Er billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 nicht zu, indem er sich sogar in dem Gegensatz zum Staatsanwalt auf den Standpunkt stellte, daß ein sozialdemokratischer Redakteur nicht das Recht hat, unter dem Schutze des § 193 Angriffe auf die sozialdemokratische Partei zurückzuweisen, wenn dieser Redakteur nicht auch gleichzeitig an leitender Stelle in der Partei stehe!!

Das Urteil lautete auf 500 M. Geldstrafe eventuell 50 Tage Gefängnis.

Gegen das Urteil wird natürlich Revision eingelegt werden. Wir möchten noch eine Bemerkung an das Urteil gegen die Flugzetteldisseminanten knüpfen. Wir teilten dieser Tage den Fall mit, daß der Amtsvorsteher Dr. Guradze in Ostwieh bei Breslau einem Wirt, der sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen trotz aller Verbotensbeschlüssen des genannten Amtsvorstehers zur Verfügung stellte, schwerste materielle Schädigungen zugefügt hatte. Wie nun, wenn dieser Wirt dem Amtsvorsteher deshalb ohrfeigen und mit Niederstichlichen bedrohen wollte? Würde das dann auch als Beweis für den verwerflichen „Terrorismus“ des Amtsvorstehers angesehen werden?!

Vom Dreiklassenwahlsystem.

In Essen lag in der ersten Hälfte dieses Monats die Liste der stimmungsfähigen Gemeindeglieder auf. Nach dem Ortsstatut vom 19. März 1901 wird in Essen nach dem System der Wählstellung die Abstammungsbildung vorgenommen, auf die erste Abteilung entfallen demnach $\frac{1}{3}$, auf die zweite $\frac{1}{3}$ und auf die dritte Abteilung $\frac{1}{3}$ der Gesamtstimmkraft. Interessant ist nun die Wirkung dieses Systems auf die drei wahlpolitisch selbständigen Teile der Stadt Essen: Altstadt, ehemalige Bürgermeisterei Altenhof und ehemalige Gemeinde Rüttenfeld. In der Altstadt Essen gehören zur ersten Abteilung alle, die mindestens 8910,88, zur zweiten Abteilung, die mindestens 806,20 und zur dritten Abteilung, die weniger als 806,20 Mark Steuern zahlen. Der ersten Klasse gehören an 50, der zweiten 1757, der dritten 28 068 Wähler. In der Altstadt wohnt Herr Krupp von Bohlen-Halbach.

Wesentlich anders liegen die Dinge in der Gemeinde Rüttenfeld. Hier kann man bereits mit 400 M. Steuern der ersten und mit 98 M. der zweiten Abteilung angehören, letzteres in der Voraussetzung, daß man mit seinem Namen alphabetisch nicht weiter als bis zum St geht. Wer mit 98 M. Steuern Sondermann heißt, wählt in der zweiten Klasse, wer aber mit 98 M. Sondermann heißt, wählt in der dritten Klasse. Der ersten Abteilung gehören in Rüttenfeld 229, der zweiten 1178, der dritten 3984 Wähler an.

In dem Arbeiterort Altenhof gar kann man schon voraussetzen, daß man mit seinem Namen nur bis zu Di im Alphabet geht, in der ersten Klasse wählen; ihr gehören 2010 Wähler an. In der zweiten Abteilung geht der Steuerbetrag bis zu 63 M. herunter, allerdings nur bis zu den Buchstaben Vo; diese Abteilung zählt 6398 Wähler, während die dritte 8826 zählt.

Wie man sieht, sind die Unberechtigten des Dreiklassenwahlsystems gar nicht anzudenken. Seine Anhänger werden es für das gerechteste aller Wahlssysteme erklären, indem sie darauf hinweisen, daß unter Umständen ein Krupp'scher Arbeiter in Altenhof zur selben Abteilung wählt wie der Kanonenkönig in der Altstadt.

Liman's Freitischbegeisterung.

Herr Liman, der Altschweizer, wird sich bald durch alle Völkerverbrüderungen hindurch hantelieren haben. Derzeit taumelt er in Begeisterung für Frankreich. In Bordeaux hat in den letzten Tagen ein sogenannter „internationaler Pressekongress“ stattgefunden, der nach den Zeitungsberichten mit Ausnahme der wenigen Stunden, wo man sich vergebens bemühte zu „verhandeln“, glänzend verlaufen sein soll. Unter den deutschen Teilnehmern war Herr Liman, der auch bei dieser Gelegenheit die Geschmeidigkeit seines Talents für ordo- und zeitgemäße internationale Einführung bewies. Ein echter altschweizerischer Mann mag auch die Franzosen leiden, wenn sie ihm ihre Weine gratis spendieren. Er hört auf, ein Franzosenkrieger zu sein, wenn er bei den Franzosen essen darf. Unter diesen Umständen verstieg sich Herr Liman's Entschlossenheit zu folgenden Toastworten: „Ich habe das Bedürfnis, unseren Hefisten, aufrichtigsten Dank für die echt französische Gastfreundschaft und den wahrhaft unvergleichlichen Empfang auszusprechen. Und nun, meine lieben Kollegen, erlauben Sie mir in zwei Worten, die ein wahrer Herzensfreud sind, die Empfindung auszudrücken, die wir alle in den so kurzen Tagen hatten, die wir in Bordeaux, in Frankreich zu erleben das Glück hatten: Es lebe Bordeaux! Es lebe das schöne Frankreich!“ — Wenn nur Herr Liman diesmal seinem „Herzensfreud“ nicht wieder wie bei seiner Englandsfahrt eine professionelle Umdeutung und Chauvinistische für das Vertische „Bundes-Intelligenzblatt“ folgen läßt! Richtiger wäre es auch gewesen, wenn er seine frische Begeisterung für die „Belle France“ mit den Worten des französischen Dichters motiviert hätte: „Der wahre Amphitryon ist der, bei dem man zu Mittag speist.“

Die Abgeordnetenwahlen in Sachsen.

Die Wahl der Landtagsabgeordneten durch die Wähler, die am Donnerstag erfolgte, hat bestätigt, was aus dem Ausfall der Wahlmännervahlen geschlossen wurde. Die

Niederlage der Konservativen ist sogar noch größer geworden, als damals berechnet wurde, sie haben nicht 6 sondern 8 Mandate verloren, sodas die Zahl ihrer Vertreter in der Zweiten Kammer von 54 auf 46 und ihre Mehrheit von 13 auf 5 sinkt. Die von ihnen verlorenen 8 Mandate sind sämtlich den Nationalliberalen zugefallen, die jetzt 31 Sitze in der Kammer zählen. Für das sächsische Volk ist diese Verschiebung gleichgültig — das Ministerium Hohenthal aber darf jetzt hoffen, seine Wahlreform durchzubringen.

Im 1. ländlichen Wahlkreise (Zittau-Land) haben bei der Abgeordnetenwahl die 16 sozialdemokratischen Wahlmänner im dritten Wahlgange geschlossen für den nationalliberalen Kandidaten Müller gestimmt, so daß er über den Konservativen Feld siegte. Sie haben das kleinere Übel wählen wollen. Es fragt sich indes sehr, ob ein Nationalliberaler gegen einen Konservativen als kleineres Übel angesprochen werden kann. Herr Müller hat allerdings persönlich erklärt, daß er für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Sachsen sei. Er hat aber hinzugefügt, daß er mindestens das 1868er Zensuswahlrecht fordere. Und außerdem stehen diese seine persönlichen Bekenntnisse im schroffsten Widerspruch nicht bloß zur Haltung seiner Partei im allgemeinen, sondern auch zu der Haltung, die die Nationalliberalen des Kreises Zittau-Land eingenommen haben.

Die Heeresverwaltung als indirekter Anstifter zur Nahrungsmittelfälschung. Das Schöffengericht zu Strahburg verurteilte einen dortigen Bäckermeister zu 30 M. Geldstrafe, weil er Brot dadurch gefälscht hatte, daß er in die Teigmaschine für Roggenbrot alsbaldene aufgeweichte Milchsemmeln einliefen ließ und mit verarbeitet. Bei dem Urteil berücksichtigte das Gericht, daß die Motive der Handlungswelt darin lagen, daß ihm die Heeresverwaltung für das Kilo Brot nur 20 Pf. bezahlte. Und wohin wurden die Brode geliefert? — Ins Garnisonlazarett! Für allen möglichen zwecklosen Firlefanz an Uniformen usw. wird Geld verbraucht; um die gute Verpflegung kranker Soldaten scheint man nicht so besorgt zu sein. —

Landtagswahl in Hildesheim. In der heutigen Landtagswahl für den Wahlkreis Hildesheim 8 wurden im ganzen 284 Stimmen abgegeben; von diesen erhielten der Administrator Karl Feine-Weisenhausen (nationalliberal) 210, der Kaufmann Herold-Minden (Wirtschaftliche Vereinigung) 74 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. —

Morengas Ende.

Morengas Ende in dem am 20. September stattgehabten Gefecht wird von dem bei der englischen Truppe befindlichen Hauptmann v. d. Hagen, Generalstabsoffizier der Schutztruppe für Südwestafrika, folgendermaßen geschildert:

Am 10. September vormittags kam Morenga, trotzdem er versprochen hatte, nicht zur Besprechung mit Major Elliot, der mit seiner Truppe in Long Klippe halbwegs Okamas-Uplington stand. Daraufhin beschloß Major Elliot, sofort Morenga zu verfolgen. Die Verfolgung wurde am 10. September nachmittags in Long Klippe aufgenommen und führte die ganze Nacht hindurch und während des 20. September durch die Kalahari. In Uenzanheit, etwa 100 Kilometer nördlich Uplington, fand der Zusammenstoß mit Morenga und das vier Stunden lange Feuergefecht statt. Morenga und fünf Mann fielen, darunter sein Bruder und zwei Weiber. Zwei Mann wurden gefangen, vier entlassen, sechs Geiseln wurden erbeutet. Bei uns fiel ein Korporal, ein Polizist wurde verwundet. Die englische Truppe erwies sich unter der geschickten Führung des Majors Elliot hervorragend im Gefecht von Anstrengungen trotz von Ausdauer und Tapferkeit im Wesentlichen. Truppe und Tiere waren 80 Stunden ohne Wasser. In 24 Stunden wurden bei großer Hitze und schweren Dänen 121 Kilometer zurückgelegt.

So lebhaft die Genugtuung für die führenden Kreise der Schutztruppe darüber sein mag, daß ihr fähigster und unverwundlichster Gegner nunmehr gefallen ist, so wenig angenehm mag es von ihnen empfunden werden, daß er, der sich mehrere Jahre lang allen Nachstellungen von deutscher Seite entzogen, beim ersten Angriff englischer Polizeitruppen sein Ende fand! —

Ungarn.

Der Massenstreik vom 10. Oktober.

Mit täglich steigender Mächtigkeit trifft die organisierte Arbeiterbewegung im ganzen Lande ihre Vorkehrungen zu den Massendemonstrationen am Tage der Parlamentsöffnung. Bislang wurde in 63 Städten und Gemeinden die Arbeitsruhe am 10. Oktober beschlossen. In Budapest werden die Fleischhauer und Selcher in städtischen Schlachthäusern den ganzen Tag feiern, in den Privatgeschäften dagegen bis 10 Uhr vormittags arbeiten; auch die Fahrwerker und Kohlenabträger werden den ganzen Tag über ihre Tätigkeit einstellen. Streiken werden ferner nach den bisherigen Meldungen die Stadtbahnarbeiter in Großkaniza und Stuhlweißenburg, die Staatsbahnarbeiter in Debreczin, Szolnok und Ploki, in letzterem Orte auch das Stationspersonal; desgleichen die Zeitungssetzer in Jünskirchen, Szabadka und Raab, wo sonach am nächsten Tage keine Blätter erscheinen werden.

Interessant ist eine auf den politischen Massenstreik Bezug nehmende Verordnung des — Handelsministers. Herr Kossuth fordert die Gewerbebehörden in einer Zirkularverordnung auf, eine amtliche Zählung der Teilnehmer an dem Massenstreik vom 10. Oktober, der „nach Zeitungsmeldungen von den Delegierten der Arbeiterschaft beschlossen wurde“, vorzunehmen. Mit Hilfe von Zählblanketten, die ihnen von den Gewerbeinspektoren zugesendet werden, haben die Gewerbebehörden erster Instanz von den Gewerbebetriebsorganen, einzelnen Fabrikleitungen wie auch von den Arbeiterorganisationen oder von den Arbeiterführern Daten über den Umfang der Arbeitseinstellung eingeholen und selbe den zuständigen Distrikts-Gewerbeinspektoren bis spätestens 15. Oktober d. J. einzusenden. — Der Minister fügt hinzu, daß er solche statistischen Erhebungen künftig auch bei der Arbeitseinstellung am 1. Mai anordnen werde.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu dieser Verordnung des Ministers:

Will der Leiter des Handelsamtes damit dem Minister des Innern zu Hilfe kommen und die Massenparteilichkeit der Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht daraufhin einer genauen Kontrolle unterziehen, inwiefern sie zu berücksichtigen sind? Soll damit gleichsam eine „sozialistische Volkszählung“ vorgenommen werden? Ueber die Massenparteilichkeit wird er nicht lange im Zweifel bleiben; aber als Sozialistenzählung wird sich das einlaufende statistische Material nicht verwerten lassen, denn dieses würde über das sozialdemokratische Landwirtschaftsproletariat und Kleinbauerntum keinerlei Aufschluß geben. —

Schweiz.

Der Stand der Bundesfinanzen.

Bern, 23. September. (Eig. Ber.) Der Nationalrat behandelte in seiner Sitzung vom 21. d. M. den Bericht des Bundesrats über die finanzielle Lage des Bundes.

In dem Berichte spielen die Einnahmen die Hauptrolle: Sie sind von 41,20 Millionen Frank im Jahre 1894 gestiegen auf 53,85 Mill. im Jahre 1904 und betragen 1905: 63,74, 1906: 62,40 Millionen, während sie im laufenden Jahre voraussichtlich mindestens 67 Mill. betragen und bis 1917, dem Endjahre der neuen Handelsverträge, auf 76 Millionen steigen werden. Der Bundesrat glaubt, die Finanzierung der neuen Militärorganisation, falls sie angenommen wird, mit mindestens 5 Millionen und ebenso die der Kranken- und Unfallversicherung, die vor 1911 nicht in Kraft treten wird, ohne die Erleichterung neuer Einnahmequellen sichern zu können. —

England.

Parlamentarische Nachwahl.

Im Wahlkreise Kirkcaldy (Liverpool) ist infolge des Todes des bisherigen parlamentarischen Vertreters eine Nachwahl nötig geworden, die am 27. d. M. vorgenommen wird. Es kandidieren dort: Mc Arthur (konservativ oder unionistisch) und D. Hill (Sekretär der Kesselschmiede und Mitglied der Arbeiterpartei). Der Wahlkreis ist seit vielen Jahren konservativ vertreten. Das Wahlergebnis wird wahrscheinlich erst am Sonnabend bekannt werden.

Finnland.

Verbot alkoholischer Getränke.

Aus Petersburg wird gemeldet: Das finnländische Parlament hat mit Mehrheit einen Gesetzentwurf angenommen, wodurch die Einfuhr und der Verkauf von alkoholischen Getränken in Finnland verboten wird. Dagegen haben einige Regierungen, insbesondere Frankreich, bei der russischen Regierung Einspruch erhoben, weil das Gesetz den internationalen Handelsverträgen widerspreche. Im finnländischen Senat ist darüber ein großer Konflikt entstanden.

Amerika.

Eine Warnung für Auswanderer erläßt die sozialdemokratische Presse in den Vereinigten Staaten neuerdings wieder und empfiehlt sie den europäischen Bruderorganen nachdrücklich zur Beachtung. Es wird geschrieben:

„In neuerer Zeit werden von interessierter kapitalistischer Seite außerordentliche Anstrengungen gemacht, den Strom der Einwanderung wenigstens teilweise nach den südlichen Staaten der amerikanischen Republik zu lenken. Die Vertreter der betreffenden Staaten, die Beamten der Bundesregierung sowie die Agenten der Dampfschiffen und Eisenbahnen reichen sich in diesen Bestrebungen brüderlich die Hände.“

Europäische Arbeiter, namentlich solche aus nicht englisch sprechenden Ländern, können nicht nachdrücklich genug vor der Einwanderung nach den südlichen Staaten gewarnt werden. Die Zustände in jenen Staaten sind auch heute noch derart, daß man sie nur mit den ostelbischen oder polnischen Verhältnissen vor der Aufhebung der Leibeigenschaft vergleichen kann. Von einem auch nur halbwegs wirksamen Rechtsschutz für Proletarier ist keine Rede. Die Nachkommen der vormaligen Plantagenbarone haben sich mit den bibelfrommen Kapitalisten Neu-Englands brüderlich zusammengetan, um im Süden ein geradezu ideales Feld für skranke Loslöse und brutale Ausbeutungsmethoden zu schaffen. . . .

Die sogenannte öffentliche Meinung des Südens ist heutzutage, soweit die kapitalistische Klasse und ihre Verwalter in Frage kommen, völlig von dem Massenproblem befreit. Seitdem die Negerrasse auf dem Papiere politisch befreit wurde, hat man alle Hebel angelegt, um diese Millionen von Hülfslosen in eine um so größere materielle Abhängigkeit zu versetzen. Allen papierenen Garantien zum Trost sind heute die südlichen farbigen Schulbesucher der grimmigsten und schamloseten Ausbeutung preisgegeben. Mit geradezu diabolischer Hinterlist hat man zur Erreichung dieses Zweckes die Belegung der Interessen der bestehenden Ausbeuterklasse entsprechend umgewandelt.

Die Waffen, welche so gegen die Negerrasse geschmiedet wurden, werden selbstverständlich auch gegen weiße Lohnsklaven zur Anwendung gebracht.

Es existiert in den Südstaaten so gut wie gar keine Gesetzgebung zum Schutze der Lohnarbeiter. Frauen- und Kinderarbeit werden dort in einem Grade ausbeutet, wie vielleicht nirgendwo sonst in der ganzen zivilisierten Welt. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden arbeiten durchweg im Sinne und Geiste der profitwärtigen Ausbeuter.“

Gewerkschaftliches.

Terroristisches.

Der Bergbauische Verein im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet scheint seine Arbeitsklaven unter die berückichtigte preussische Gefolgsordnung zu rubrizieren und demnach auch ganz nach Art unserer Ostelbier wie sogenanntes „Gesinde“ zu behandeln. Die in Wuer im westfälischen Kohlengebiet erscheinende „Ruersche Zeitung“ ist in der Lage, folgenden Steckbrief des Bergbauischen Vereins gegen angeblich kontraktbrüchige Arbeiter zu veröffentlichen:

Verein für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.

An die Vereinsmitglieder!

Essen, 9. April 1907.

Wir teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß auf dem Schacht IV/V der Gewerkschaft „der Konstantin der Große“ folgende Leute unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt und infolgedessen ihre Abklee erhalten haben:

1. Brendel, August, Knappsch.-Bl. I, Nr. 310 108, geboren am 24. Juli 1880.
2. Pinta, August, Knappsch.-Bl. I, Nr. 217 044, geboren am 9. November 1875.
3. Milbe, Paul, Knappsch.-Bl. II, Nr., geboren am 18. März 1883.
4. Warszinsh, Christ, Knappsch.-Bl. I, Nr. 191 756, geboren am 10. Juni 1875.
5. Polus, Jos., Knappsch.-Bl. II, Nr., geboren am 27. Januar 1886.
6. Rudek, Gustav, Knappsch.-Bl. I, Nr. 217 062, geboren am 13. März 1876.
7. Wahl, Reinhold, Knappsch.-Bl. I, Nr. 189 096, geboren am 26. Juli 1876.

Wir bitten die Vereinsmitglieder, die genannten Leute nicht anzulegen, oder, falls sie bereits angenommen sein sollten, sie wieder zu entlassen.

Glück auf!

Die Geschäftsführung des Vereins für die bergbauischen Interessen.

v. Loewenstein.

Die Art und Weise, wie die Berggewaltigen im westlichen Industriegebiet den Bergmann durch die Dingerpeitsche mürbe zu machen suchen, reicht sich würdig der Methode der Hütten- und Eisenwerke im Duisburger Kreise an, die, wie der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete, sich vertragsmäßig zur Mißachtung der Befehle verbunden haben, und sogar noch höhner in öffentlicher Gerichtsbarkeit sich eines solchen Vertrages rühmen. Es scheint, als ob man auch den Dummsten mit Gewalt von dem Bestehen eines kapitalistischen und eines Arbeiterrechts überzeugen will.

Berlin und Umgegend.

Waltung, Metallarbeiter!

In der Berliner „gutgesinnten“ Presse werden Dreher, Gärtler, Schleifer, Gießer, Schlosser, Ziseleure, Kupferschmiede und sonstige Arbeiter für Selbstmetallindustrie gesucht.

Man hat es dabei besonders auf Unorganisierte abgesehen, die in Mäntchen zu Streikbrechern werden sollen. In Mäntchen tobt zurzeit durch die Fribolität der Unternehmer eine Ansperrung, die den Herren der Selbstmetallindustrie nun doch etwas teuer zu stehen kommt, so daß sie nimmehr Handreichdienste dringend benötigen würden.

Weide jeder Kollege daher Mäntchen, falle keiner auf die Verlockungen der Arbeitgeber der Selbstmetallindustrie herein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Mäntchen.

Der Streik der Kernmacher bei der Firma Senter ist beendet. Die Sperre ist aufgehoben.

Die Tarifbewegung der Fliesenleger.

In einer öffentlichen Versammlung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter am Donnerstagabend im „Neuen Klubhause“ wurde der Bericht der Tarifkommission entgegengenommen. Püttlich berichtete, daß seit der letzten Versammlung am 14. September eine Sitzung mit den Vertretern der Unternehmer stattgefunden habe. Letztere erklärten, daß es „unmöglich“ sei, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. Lenkten die Arbeiter nicht ein, so müßte davon abgesehen werden, in Verhandlungen einzutreten. Die Kommission verlangte dann Gegenanträge von den Unternehmern, die auch bald schriftlich einliefen. Darin wird eine Lohnerhöhung von nur 2½ Pfennig zugesagt; von einer Verkürzung der Arbeitszeit ist keine Rede; in bezug auf den Jahrgeldbeitrag wird kein Entgegenkommen gezeigt, ebensowenig in der Frage des Feiertags vor den hohen Festen; im allgemeinen wird an dem alten Tarif festgehalten; von Verbesserungen will man nicht viel wissen. Es scheint, als fühlen sich die Unternehmer vollständig als die Herren der Situation. Entschieden verlangen sie, daß die Affordarbeit gestattet sein soll, während die Arbeiter das Verbot der Affordarbeit wünschen. In diesem Punkte, um den sich vorwiegend der Streik dreht, gab Püttlich zu bedenken, ob es nicht angezeigt sei, neben einer Regelung der Lohnarbeit auch eine Regelung der Affordarbeit vorzunehmen, da durch die Zwischenunternehmer vielfach unelidliche Zustände Platz gegriffen haben. Prinzipiell könne man sich nicht für die Affordarbeit erklären, aber nach Lage der Dinge sollte man vielleicht versuchen, Einfluß auf die Affordarbeiter zu gewinnen. Die Entscheidung darüber sollte die Versammlung selbst treffen und der Tarifkommission damit eine Richtschnur geben. — Eine geheime Abstimmung fand über diese Frage statt; das Resultat soll aber vorläufig noch nicht bekannt gegeben werden. — In der lebhaft geführten Diskussion wurde viel Widerspruch gegen Zugeständnisse laut; die Vorschläge der Unternehmer wurden als nicht annehmbar bezeichnet.

Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von den der Tarifkommission übermittelten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fliesenleger Berlins, sie kann dieselben aber, da sie in keiner Weise den jetzigen Verhältnissen entsprechen, sondern sogar wesentliche Verschlechterungen der bisherigen Bedingungen enthalten, nicht akzeptieren. Die Versammlung beauftragt jedoch die Tarifkommission, die Verhandlungen weiter zu führen und hofft, daß die Arbeitgeber sich zu solchen Zugeständnissen herbeilassen, die auch für die Berliner Fliesenleger und Hilfsarbeiter als Basis zu künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen können.“

Der Tarifvertrag der Jaloufearbeiter.

Am Mittwoch fand im Gewerkschaftshause eine Branchenversammlung der Jaloufearbeiter statt, die sich mit den Fragen beschäftigte, wie die Unternehmer den Tarifvertrag gehalten haben und ob man den Vertrag kündigen solle. Der Referent Rosemann, Mitglied der Tarifkommission, führte hierzu aus, daß man, als im Jahre 1905 der Tarif abgeschlossen wurde, geglaubt habe, daß nun friedliche Verhältnisse im Beruf eintreten würden. Das sei denn auch der Fall gewesen, so lange der gute Geschäftsgang anhielt. Als aber die flauere Zeit kam, hätten die Unternehmer sofort versucht, den Tarif zu durchbrechen und einen Teil nach dem anderen davon abzubrockeln. Wenn den Unternehmern das gelang, so seien auch die Arbeiter zu einem guten Teil schuld daran, weil sie nicht die nötige Festigkeit bei der Wahrnehmung ihrer Rechte gezeigt hätten. Ob der Tarif gekündigt werden solle, darüber werde die Tarifkommission der Versammlung keinerlei Vorschläge machen; die Entscheidung solle sich lediglich aus der Diskussion und der Abstimmung ergeben. Werde die Kündigung beschlossen, so sei das keineswegs gleichbedeutend mit einer Lohnbewegung. Die Kommission werde dann die Aufgabe haben, einen neuen Tarif auszuarbeiten und mit den Unternehmern in Verbindung zu treten.

In der lebhaften und gründlichen Diskussion, die dem Referat folgte, wurde gesagt, daß in fast allen Betrieben Tarifverletzungen vorgekommen seien. Änderungen des Tarifs wurden allgemein für wünschenswert und notwendig erachtet, namentlich auch hinsichtlich der Löhne der Innearbeiter, die durchaus unzureichend sind. Die Abstimmung ergab eine starke Mehrheit für die Kündigung des Tarifs, die bis zum 1. Dezember zu erfolgen hat. Der Tarif gilt noch bis zum 1. März 1908.

Tarifbewegung der Berliner Glaserarbeiter und Arbeiterinnen.

Gestern trat die Schlichtungskommission zu Verhandlungen über den neuen Vertrag zusammen. Dieselben sind, obwohl sie bis 3 Uhr nachmittags dauerten, trotz der eifrigsten Bemühungen des Vorsitzenden Herrn Dr. Meyer ergebnislos verlaufen. Die Forderungen der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden, sowie Festsetzung von Minimallohnen an Stelle der bestehenden Durchschnittslohne wurden von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt. An Stelle der geforderten Zulage von 3 Pf. pro Stunde, die alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten sollten, wollen die Arbeitgeber eine Zulage von 2½ Proz. dreimal während der dreijährigen Vertragsdauer gewähren, was jedoch wie dreimal 1 Pf. bedeuten würde.

Die Arbeiterschaft wird am Montag zu einer Versammlung zusammentreten und zu diesem Ausgange der Verhandlungen Stellung nehmen.

Differenzen in der Glimmerfabrik von Jaroslaws zu Weihensee, Streuf. 94. Wegen fortgesetzter Mißregelungen wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen des genannten Werkes bei der Betriebsleitung vorstellig, um durch eine Aussprache derartige Dinge in der Zukunft möglichst zu verhindern. Die Antwort von seiten der Firma war die Entlassung des Vertrauensmannes. Daraufhin legte die Abteilung der an den Ring- und Rohrpressen Beschäftigten ebenfalls die Arbeit nieder. Nun erfolgte von seiten der Betriebsleitung nachsichtiger Anschlag: „Durch die Niederlegung der Arbeit seitens der Ring- und Rohrpresser ist eine Fortsetzung der Arbeit untunlich gemacht worden.“

Der gesamte Betrieb der Mikant-Abteilung wird deshalb heute, Donnerstag, den 28. September, 6 Uhr abends, eingestellt.

Löhnung findet morgen, Freitag, mittags 12 Uhr, statt.“

Verhandlungen wegen der eventuellen Wiederaufnahme der Arbeit sind bis dato nicht möglich gewesen. Wir warnen hiermit alle in ähnlichen Betrieben Beschäftigten davor, Arbeit in genannter Fabrik anzunehmen. Ein Filialbetrieb befindet sich in Friedenau-Schöneberg. Fabrikarbeiterverband, Berlin.

Achtung, Buchbinder! In der Papierwarenfabrik und Buchdruckerei von Imberg u. Lesson in Neubabelsberg sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinder wegen der Nichtbewilligung der Lohnforderungen in den Streik getreten. Da versucht werden wird, die Arbeiten der Firma in Berlin herzustellen, wollen die Kollegen und Kolleginnen darauf acht geben, daß dies nicht geschieht und Zugum im übrigen von Neubabelsberg ferngehalten wird. Als Streikarbeiten kommen zunächst in Frage die Zeitschriften: „Soldatenhort“, „Fachzeitung für Tischler“ und „Hundzeitung“.

Der Verbandsvorstand.

Deutsches Reich.

Brüder, Gärtler, Schleifer usw. Von der Sächs. Metallwarenfabrik Mulda h. Kreisberg, S. m. h. S., werden in Berlin, Leipzig, Chemnitz und Dresden in bürgerlichen Mäntern Brüder und Schleifer bei hohem Verdienst gesucht. Es wird ein Verdienst von durchschnittlich 80 M. wöchentlich versprochen, in Wirklichkeit aber erreichen die dort beschäftigten Kollegen einen Affordverdienst von 13 bis 14 M. pro Woche. Unser Vertrauensmann in Mulda ist plötzlich entlassen worden, weil er angeblich dem Betriebsleiter nicht gesagt hat, was auf einem verteilten Handzettel stand. — Außerdem ist der Betrieb ein Taubenschlag engros. Wir ersuchen deshalb, den Zugang von obengenannten Arbeitern streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Ein Schritt zur Einigung.

Zu einer Einigung zwischen dem Zentralverband organisierten und den Isalorganisierten Hafenarbeitern dürfte es in Lübeck ereignisreicher Weise demnächst kommen. Am Dienstag nahm eine Versammlung des Isalverbandes, nach einem Referat des Arbeiterssekretärs Genossen Wisell, einstimmig eine Resolution an, in der es heißt: „Die Versammlung sieht ein, daß unter den jetzigen Verhältnissen ein Isalverband gegenüber dem sich immer mehr zusammenziehenden Isalunternehmertum wertlos ist; sie beschließt deshalb, da in einem und vielleicht aufgezwungenen Kampfe nur durch eine starke Macht Erfolg erreicht werden können, Schritte zu unternehmen zwecks Anschließung an eine Zentralorganisation.“ Dieser verständige Beschluß ist im Interesse der Arbeiterbewegung nur zu begrüßen und verdient auch anderorts Nachahmung.

Zehn Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung in Frankfurt a. M.

Die Arbeiterschaft Frankfurts feiert am Sonntag, den 29. September, das zehnjährige Bestehen eines eigenen Heimats. Am 1. Oktober 1897 war die Eröffnung des früheren Gewerkschaftshauses „Erlanger Hof“. Mit dieser Zeit beginnt ein starkes Wachsen der Gewerkschaften in Frankfurt a. M. Die beschränkten Raumverhältnisse im „Erlanger Hof“ genügt bald nicht mehr und liegen weitergehende Pläne aufzuheben. Die günstigen Resultate der eigenen Gewerkschaften trugen zur Ausführung dieser Pläne bei. Im Jahre 1901 entstand das mächtige Gewerkschaftshaus am Schwimmbad, das rund 600 000 M. kostete. Durch die rapide Erstarzung der Gewerkschaften und der damit verbundenen Anstellung von Beamten wurden die Bureauräumlichkeiten auch im neuen Gewerkschaftshause in einigen Jahren zu eng. Im Juli 1906 schritt man zum Anlauf eines großen Nebengebäudes, das nicht umhin eine Aufwendung von 300 000 M. verursachte. Das Frankfurter Gewerkschaftshaus hatte daher heute einen Realwert von fast einer Million Mark. So wuchs aus dem kleinen „Erlanger Hof“ in einem Jahrzehnt ein Riesengebäude, auf das die Arbeiterschaft stolz sein kann.

In wirtschaftlicher Beziehung schloß das Gewerkschaftshaus in den vorletzten Jahren ganz günstig mit einem erheblichen Ueberschuß ab. Es hatte aber unter der eminenten Lebensmittelerhöhung in letzter Zeit sehr stark zu leiden. So wurden in den ersten acht Monaten dieses Jahres über 8000 M. mehr für das gleiche Quantum Lebensmittel bezahlt, als wie in denselben Monaten im vorigen Jahre. Merkwürdiger ist, daß trotz des steigenden Verzehrs und der Zunahme des Konsums von Lebensmitteln ein beständiges Zurückgehen des Bierverbrauchs zu verzeichnen ist; und zwar nicht nur des Bierkonsums, sondern sämtlicher — auch alkoholfreier — Getränke. Dies für die Arbeiterschaft erfreuliche Zeichen hat seine Ursache keineswegs nur in der Abstinenzbewegung, sondern in der gewerkschaftlichen Erziehung. Die Gewerkschaftshäuser, die auf der Grundlage des Konsums von alkoholischen Getränken aufgebaut sind, müssen naturgemäß unter diesem Rückgang leiden. Die Gewerkschaften werden daher nicht umhin können, schon in kurzer Zeit einen prozentualen Beitrag an die Gewerkschaftshäuser abzuführen.

Die ständige Vergrößerung des Gewerkschaftshaus zeigt das starke Wachsen der Gewerkschaftsbewegung. Bei der Eröffnung des „Erlanger Hofes“ zählten die Gewerkschaften Frankfurts rund 5000 Mitglieder. Gewerkschaftsbeamte waren noch keine angestellt. Aber schon in den Jahren 1898 und 1899 machten die Maurer, Maler, Holzarbeiter und Schneider mit der Anstellung von Beamten Versuche, die alle Erwartungen erfüllten. Das Arbeiterssekretariat wurde am 1. Januar 1899 eröffnet und 1900 der Gewerkschaftssekretär Dorfsch u. ange stellt. Nun pulsierte ein hartes gewerkschaftliches Leben in Frankfurt a. M., die Gewerkschaften machten sprunghafte Fortschritte. Bei der Einweihung des neuen Gewerkschaftshaus am Schwimmbad bezogen vier Verbände eigene Bureaus. Heute ist das vergrößerte Gewerkschaftshaus ein großes Verwaltungsgebäude: Bureau reißt sich an Bureau, in 87 Bureaus arbeiten 57 Gewerkschafts- und Parteiangestellte. Für die 17 Gewerkschaften, die ihre Bureaus im Gewerkschaftshause haben, sind 48 Beamte und eine Sekretärin (für die Dienstboten) tätig. Das Gewerkschaftskartell hat selbst fünf Angestellte: 1 Sekretär, 3 Arbeitersekretäre und 1 Bibliothekar. Die Parteigeschäfte erledigen 2 Sekretäre und 1 Hilfsarbeiter. Sechs Gewerkschaften mit sechs Beamten haben ihre Bureaus Raum mangels halber nicht im Gewerkschaftshaus. Sie arbeiten nun mit 15 Hausleitern über 60 Beamte für die organisierte Arbeiterschaft Frankfurts, deren Zahl von 5000 im Jahre 1897 auf heute 35 000 emporgeschwungen ist. Also um das Siebenfache hat sich in einem Jahrzehnt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Frankfurt a. M. vermehrt. In diesem Verzuge spiegelt sich die Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Es zeigt sich, was durch intensive Agitation geleistet werden kann, und die Frankfurter Arbeiterschaft kann stolz auf die Früchte der letzten zehn Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit sein. Nichts kann den weiteren Fortschritt der modernen Arbeiterbewegung hemmen. Die klassenbewusste Arbeiterschaft wird weiter kämpfen, bis sie die Macht hat: die Macht, das Kapital abzulösen und menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Buchbinder, Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen, Arbeiter der Prägebranche usw. Die bereits gemeldete Bewegung in Annaberg-Buchholz nimmt größere Dimensionen an. Nach Ablauf der Kündigungsfrist sind es bei 200 Personen, welche um ihr Koalitionsrecht, um das gesetzlich gewährleistete, kämpfen. Austritt aus der Organisation verlangen die Unternehmer von „ihren“ Arbeitern, die diesem Verlangen ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. „Ist es denn ein Verbrechen, wenn wir uns der Organisation anschließen?“ so und ähnlich mühten jene Herrenmenschen bei ihren Verjuchungen, die zumeist jung Organisierten von ihrer Gewerkschaft abwendig zu machen, hören. Und was tun sie nicht alles, um ihren Zweck zu erreichen. Man will Unterhaltungsvereine schaffen, die besser sein sollen als die Verbandsvereine. Natürlich müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen dann den Verbandsbeitrag allwöchentlich an die Betriebsleitung abführen. Kränkchen sollen arrangiert werden und Ausflüge, diese auf Kosten des Unternehmers, und anderes mehr. Aber nicht genug damit. Durch entsprechende Zeitungsnotizen wird diesen Sirenen gesungen der notwendige Druck gegeben. So berichtet die „Papier-Zeitung“ allen Ernstes: „Der Zustand in der Prägeindustrie ist als gefährdet anzusehen, da die Unternehmer auswärtige Hilfskräfte heranziehen und Leute aus der Nähe anlernen.“ Und in den Zeilen vorher ist zu lesen, daß zunächst einmal „77 Arbeiter die Kündigung eingereicht haben, um in 14 Tagen in den Ausstand zu treten“. Die Bewegung ist noch nicht im vollen Umfange abgesehen und schon fast man vom Scheitern derselben. Auch solche Nachrichten verhehlen vollständig ihren Zweck gleich wie die Räuberjöhlen vom bankrotten Buchbinderverband. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch diese

Armenmärchen nicht zum Austritt zu bewegen, inwiefern sie von deren Unwahrheit überzeugt sind. Die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Verbandsangehörigen des Erzgebirges erwarten Fernhaltung jeglichen Zugangs, damit das Begehren der Unternehmer zunichte wird.

Ausland.

Scharfmacher und kein Ende.

Antwerpen, 20. Sept. (Fig. Ver.)

Gibt es eine frivolerere Gesellschaft, als diese Proyen- und Scharfmacher-„Föderation“? Die Föderation, die der verhängnisvolle Streik beendet ist, hat in allen Kreisen Freude und tiefste Befriedigung hervorgerufen. Was tut die „Föderation“? In Interviews mit Journalisten, in einem Briefe an die Mänter und schließlich heute morgen, im Augenblick, da die Tausende Doder sich zur Arbeit melden, auf Plakaten verkündigt die Unternehmervereinigung, daß alle jene Zusagen im Briefe des Bürgermeisters, auf Grund deren die Generalversammlung der sozialistischen Doderorganisation die Arbeitsaufnahme beschloß, auf einer Irreführung beruhen, daß die Föderation nichts bewilligt und nichts hinweggelassen, sagt die Föderation wieder wie am ersten Tag: vertraut Eure Wünsche der „Union“ an — jener Unternehmerorganisation, der die Hafenarbeiter auf gut blämisch den bezeichnenden Namen „Hoerensind“ gegeben haben, weil sie bei der Arbeitsaufnahme ihre Karte als Mitglied der „Union pour la protection du travail“ vorweisen mußten, um von den Unternehmern Arbeit zu erhalten.

Und keine 48 Stunden vorher hat das Schreiben des Bürgermeisters den Doderarbeitern die Befreiung von der famosen „Union“ in sichere Aussicht gestellt. Bis zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, hat der Bürgermeister, der von der Föderation direkt lägerischer Versprechungen beschuldigt wird, das ausklärende Wort noch nicht gesprochen. Aber die allgemeine Meinung ist, daß der Bürgermeister eben seine Zusagen zwar nicht von der Föderation, sondern von den einzelnen Unternehmern erhalten hat, was nicht von geringerer Bedeutung wäre. Auch weiß man, daß in der Föderation nur eine Clique dem Scharfmacherkommando des Präsidenten Steinmann zustimmt. Democh bleibt die provokatorische Kundgebung der „Föderation“ ein gefährliches Spiel, das in der jetzigen heißen Situation auch gefährliche Folgen haben kann. Man kann sich auch dem Eindruck nicht entziehen, daß die Proyen-Föderation den Dogen überspannen und die Hafenarbeiter auch nach ihrem Friedensbeschlusse weiter provozieren will. So hat sie auch schon die heutigen begreiflichen Zwischenfälle, die sich aus der Anwesenheit der „Gelben“, mit denen die Doder nicht zusammen arbeiten wollen, ergaben, mit der Drohung einer neuerlichen Ansperrung beantwortet. Auch die Nichterhaltung der Arbeitsbedingungen ist von derselben Drohung begleitet. Kurz dies und anderes zeigt die Absicht der Föderation über den durch die Verschönlichkeit der Doder ermöglichten Frieden hinaus den Kampf in der radikalsten Form fortzusetzen. Versteht sich doch die „Föderation“ soweit, zu ermuntern, daß sie jedes sieghafte Gebaren der Doder — wobei freilich gleich ihr Sieg zugestanden wird! — als Frevel bestrafen wird — natürlich mit Arbeitsentziehung. Und es wurde heute mit dieser Praxis bereits begonnen, indem man die Doder, die die „Gelben“ boykottierten, gleich wieder von der Arbeit schied. Der Frieden ist auf Grund der Zugeständnisse des Bürgermeisters gemacht worden — an dem Bürgermeister liegt es nun, für die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens zu sorgen.

Die Erntestreiks in Schweden.

Mit dem gewünschten Erfolg ist der Landarbeiterstreik in der Nähe von Gälle beendet worden. Die Verhandlungen, die der für diesen Distrikt angestellte Staatsbeamte zur Schlichtung von Arbeitsvertragsfragen eingeleitet hatte, führten zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Landarbeiterorganisation, der genaue Bestimmungen über die Arbeitslöhne, die Arbeitszeit, Prozentbezahlung für Ueberstunden usw. enthält. Der Vertrag ist auf ein Jahr abgeschlossen, gilt jedoch weiter, wenn er nicht zur bestimmten Zeit gekündigt wird.

Der Landarbeiterstreik in der Landschaft Schonen dauert fort. Die bürgerliche Presse Schwedens wußte jüngst zu berichten, daß die Streikenden sich gegen eine Vermittelung des Schlichtungsbeamten erklärt hätten. Das Gegenteil ist Tatsache und muß jetzt auch von den reaktionären Blättern anerkannt werden, die schon darüber frohlockt hatten, daß sie die Landarbeiter als die unveröhnlichen Streikführer hinstellen konnten. Die Versammlung der Streikenden hat dem Schlichtungsbeamten nämlich kundgetan, daß man nach wie vor zu Verhandlungen mit dem Verband der Landwirte bereit sei. Dieser Verband hatte die Vermittelung des Schlichtungsbeamten unter einem wichtigen Vorwand zurückgewiesen; er wird sich nun von neuem dazu äußern müssen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Geborstene Ordnungsfälle.

Breslau, 27. September. (Privatdepesche des „Vortwärts“.) Der städtische Hafenmeister Mühlisch wurde heute auf Grund einer Anzeige wegen umfangreicher Unterschlagungen vom Amte suspendiert. Daß Mühlisch als Ordnungsführer ein Feind aller gewerkschaftlichen Bestrebungen war, verdient besonderer Erwähnung.

Boyeraufstand.

Schanghai, 27. September. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Aus Nankanghien im Süden der Provinz Kiangsi wird der Ausbruch eines Boyeraufstandes gemeldet. In dem Dorfe Jauwli sind mehrere chinesische Christen und ein italienischer Priester ermordet worden. Die Missionsstation der Lazaristenpatres in Kantschufu wurde abgebrannt, die Missionare entflohen aber nach Kianfu und erbaten dort telegraphisch Hilfe. Der französische Konsul ist von dem Aufstand in Kenntnis gesetzt worden.

Streik in der Gasanstalt.

Lemberg, 27. September. (M. T. W.) Hier sind heute die in der städtischen Gasanstalt beschäftigten Arbeiter und Lampenanzünder in den Ausstand getreten.

Eisenbahnunfall.

Gastellau, 27. September. (M. T. W.) In der Nähe von Altkuelz stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. 3 Wagen des Güterzuges wurden total zertrümmert, 2 Schaffner schwer verletzt. Das Unglück geschah während dichten Nebels, der die Signale nicht erkennen ließ.

Große Feuersbrunst.

Hongkong, 27. September. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Heute sind in Wucho durch Feuer mehrere hundert Häuser, Boote und Pontons zerstört worden. Man vermutet Brandstiftung, die auf die Errichtung einer neuen Klink-Station in Kaitow zurückgeführt wird. Das Feuer dürfte viele Opfer gefordert haben. Der Handel ist lahmgelegt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Berantio. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil berantio.

Die Agrarbewegung in Apulien.

Rom, 25. September. (Fig. Ver.)

Aus Apulien kommen Nachrichten über Agrarbewegungen, die an Aufstände grenzen. An mehreren Orten ist Blut geflossen. Die Willen von Grundbesitzern sind angegriffen, usurpierte Gemeindegüter gewaltsam besetzt worden. Die Bewegung ist in jeder Hinsicht ernst zu nehmen. Nicht daß barbarische Ausschreitungen von Seiten des Landproletariats zu befürchten wären, wie die bürgerliche Presse glauben machen will, wohl aber, weil die Ursachen der heutigen Unruhen sehr tief liegen und die Besitzenden Klassen in Apulien teils unfähig sind, Wandel zu schaffen, teils keinerlei Willen zeigen, sich zu irgend welchen Reformen zu entschließen. Heute wird man die Bewegung noch erdrücken können, indem man die Region mit Militär überflutet, Massenverhaftungen vornimmt und nach bekanntem Rezept die Arbeiter durch Drohungen und Versprechungen fesselt. Aber niemand wird verhindern können, daß die Unruhen in immer ernsterer Form wiederkehren, so lange die Lebens- und Arbeitsverhältnisse des apulischen Volkes keine gründliche Aenderung erfahren.

Von dem Leben der Landproletarier in Süditalien kann man sich in Deutschland nur schwer eine Vorstellung machen. Der süditalienische Landarbeiter lebt — in der Stadt, und dies ist eine Form der Anpassung an die Lebensbedingungen früherer Zeiten, als auf dem flachen Lande Malaria und Briganten sich um die Herrschaft stritten.

So haust der Arbeiter also in irgend einer dunklen sonnenlosen Höhle einer städtischen Straße, zahlt eine verhältnismäßig hohe Miete sowie Verbrauchszugaben von den notwendigsten Lebensmitteln, und er hat noch den ungeheuren Nachteil, oft viele Stunden weit zu seiner Arbeitstätte gehen zu müssen. Das Aufbrechen in finstere Nacht, um die Arbeit bei Sonnenaufgang beginnen zu können, ist die Regel! Dabei nötigt der Wassermangel der Gegend, der Mangel an Kapitalien und an Kenntnissen auf Seiten der Besitzer sowie deren starrs Festhalten am Vergebrachten zur Verhinderung auf wenige Kulturen, meistens Wein und Oliven. Die Folge dieser geringen Variation im Anbau sind lange Perioden der Arbeitslosigkeit. Deshalb und wegen des hohen Preises der Lebensmittel kann der apulische Landarbeiter, der höchstens zweihundert Arbeitstage im Jahre hat, auch bei einem Tagelohn von 4 Lire sich nicht die Not vom Halse halten.

Daher ist es natürlich, daß seitdem in Apulien Landarbeiterorganisationen bestehen — und die Region hat nach offizieller Statistik 36 767 Organisierte — vor jeder Ernte Lohnbewegungen ausbrechen. In diesem Jahre kommt noch die leidige Frage der Gemeindegüter in einigen Orten hinzu. Des Schneidenspostens der Justiz müde, befehlen die Arbeiter gewaltsam die usurpierten Ländereien und weichen auch nicht vor den Drohungen der Polizei.

So hat jetzt Apulien allgemein Landarbeiterstreiks in Ruvo, Canosa, Disceglie, Minervino, Gravina, Terlizzi, Bitonto. Gewaltsame Besetzungen usurpierter Wälder sind in Santeramo und in Cassano Murge vorgekommen, von den zahllosen kleineren Bewegungen ganz zu schweigen.

In Ruvo und in Canosa ist Blut geflossen — natürlich Arbeiterblut. In Ruvo hat die Landarbeitergewerkschaft den Bürgermeister aufgefordert, zur Diskussion der Tarife die Gutbesitzer zusammenzubringen. Der Bürgermeister, der sich als „Herr des Ortes“ fühlt, tut nichts von alledem, beauftragt einen von seiner Clique gegründeten politischen Landarbeiterverein „Libertà o Lavoro“ (Freiheit und Arbeit), macht mit diesem einen Tarif ab und läßt ihn allen Grundbesitzern vorzeichnen. Darauf treten die gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter in den Ausstand und veranlassen auch die Schließung aller Wälder in dem 24 000 Einwohner zählenden Orte. Sodann demonstrieren sie vor dem Lokal der „Libertà o Lavoro“, wobei einhundert demonstriert wurde. Aus dem Pseudowaldarbeiterverein fiel ein Schuß auf die Menge, der einen Demonstranten bedenklich verletzete.

Zwei Tage darauf kam es zu einem Konflikt, dank dem provozierenden Verhalten des Bürgermeisters. Dieser edle Mann — Spada heißt er — wollte höchstselbst 7 Wagen voll Streikbrecher auf die Felder befördern. Daran wurde er von den Streikenden gewaltsam gehindert — ohne daß es aber Verwundete gegeben hätte. Darauf hielt der Bürgermeister an seine Parteigänger und an die städtischen Polizisten eine Ansprache, deren Wirkung sich sofort in zahlreichen Revolvergeschüssen zeigte, die „seine Leute“ auf die Streikenden abgaben. Hierbei wurden mehrere Demonstranten verletzt.

In Canosa wurden die Streikenden hinterrücks von einem Besitzer angegriffen, der mit drei Söhnen und zwei Dienern auf sie losstieß, weil sie ihm den Auszug auf die Felder verweigert hatten. Ein Streikender blieb sofort tot, zwei sind seitdem gestorben. Der blutdürstige Gutbesitzer und seine fünf Spießgesellen sind verhaftet, und die äußere Ruhe ist wiederhergestellt, nachdem die Grundbesitzer einen Teil der Forderungen bewilligt haben.

Keuchend drohend ist die Situation in Bitonto, wo die Grundbesitzer es abgelehnt haben, den Arbeitstag auf 14 Stunden festzusetzen! —

In Santeramo haben die Arbeiter eine Landstrecke, die nachweisbar Gemeingut ist, gewaltsam in Besitz genommen. Es handelt sich um 15 000 Hektar, in die sich Anfang vorigen Jahrhunderts 28 Adelsfamilien teilten. Hieron haben die Arbeiter, 7000 an der Zahl, nur die 8000 Hektar genommen, die sie unbesetzt vorfinden. Diese Ländereien haben einen Wert von etwa neun Millionen und werden jetzt von den Arbeitern aufgeteilt und bestellt, während die Soldaten machtlos zuschauen. Die Landleute, die sich in dieser Weise ihr Recht selbst schaffen, haben sich keiner Sachbeschädigung schuldig gemacht und bald wie Weinberge nicht angepflanzt.

Daß eine schwer bedrängte und unwissende Bevölkerung, die sich der Gewalt einer gewissenlosen Clique überliefert sieht, leicht zu Erzeuern verleitet wird, liegt auf der Hand. Die Bevölkerung hat eben von der herrschenden Klasse gelernt, daß Machtkritik mit Gewalt ausgefochten werden. Sieht sie doch bei jeder Wahl, daß die Gegner durch Bedrohung und bewaffnete Angriffe auf die andere Partei ihren Kandidaten den Sieg zu sichern suchen. Außerdem wird sie ja systematisch in größter Unwissenheit gehalten: so dachten die Streikenden von Canosa, die die Stadt umzingelt hielten, um die Streikbrecher mit allen Mitteln am Auszug zu hindern, daß dies ihr gesetzlich verbürgtes Recht sei! — (In diesem Orte können von 81 000 Einwohnern 21 000 nicht lesen noch schreiben.) Unter diesen Verhältnissen ist schließlich die Gewalt die einzige normale Form der Machtausübung. Leider ziehen aber auch hierbei die Arbeiter stets den kürzeren; denn die Toten sind immer auf ihrer Seite.

Die bürgerliche Presse rächt natürlich wieder mit der üblichen Mär von den Aufwieglern heraus. Demgegenüber ist es nicht uninteressant, eine volkswirtschaftliche Wochenschrift, den liberalen, freihändlerischen „Economista“ zu hören:

„Wer die sogenannten „Häuser“ gesehen hat, in denen die Landarbeiter Süditaliens lebt, wer die Mahlzeiten dieser Familien, ihre Not, wenn die Dürre die Ernte verbrennt oder sie im Regen verfault, miterlebt hat, wer all dies Glend sieht, der kann nicht den Mut haben, von Aufwieglern zu reden. Die Aufwieglern solcher Bewegungen sind irgend eine Gelegenheitsursache, die den Konflikt auslöst, der seit Jahren unbewußt und latent in der Seele dieser Unglücklichen lag. Das Haus ohne Luft und Licht, ohne die geringste Bequemlichkeit, die unzureichende Nahrung, die krasse Not, die jede Extraausgabe, eine Niederkunft, eine Krankheit, ein Todesfall bringt — das sind die Aufwieglern. Die Landarbeiter Süditaliens befinden sich heute noch fast in derselben Lage wie vor 50 Jahren; nicht einmal die Elementarschule hat ihnen das Vaterland gegeben, und sie lehren ihm entweder den Mord oder werden zu Aufständigen.“

So schreibt ein bürgerliches Blatt. Aber die herrschenden Klassen haben Augen, um nicht zu sehen . . .

Die Lodzer Greuel.

Lodz, 24. September, vorm. (Fig. Ver.)

Der Fabrikant Silberstein wurde vor einigen Tagen während erregter Lohnverhandlungen ermordet. Wer den Mann erschossen hat, weiß niemand, und es ist anscheinend auch nicht zu ermitteln. Der verhängnisvolle Schuß fiel aus der Mitte eines Arbeiterhauses, abgefeuert sicher von einem Arbeiter, der in der Erbitterung über die Parnächtigkeits des Arbeitgebers nicht mehr wußte, was er tat. Dieser Schuß war eine unüberlegte Handlung, schädlich für die Arbeiterbewegung und gewiß ein Unglück für die Familie Silberstein. Wir sind weit entfernt, den heißblütigen Schützen zu vertheidigen.

Wie gesagt, ist es unmöglich, zu wissen, wer geschossen hat. Trotzdem weiß der zaristische Henker, wen er bestrafen soll. Die Familie des erschossenen Silberstein hat viel Geld und der Fabrikantenverband auch. Es verlanft, eine halbe Million sei ausgesetzt für die Ergreifung des Mörders. Dafür kann man schon etwas leisten! Der „beste Prokurator“ kam aus Warschau, um die Sache zu untersuchen. Die nächste Folge seiner „Untersuchung“ war, daß man 48 Arbeiter nach dem Hospital bringen mußte — sie waren durch Kolbenschläge, Bajonettstiche, Fußtritte „untersucht“ worden. Dann steckte der Herr „beste Prokurator“ 900, sage und schreibe neunhundert Arbeiter ins Loch. — Durch die Drohung, jeden dritten Mann nach Sibirien zu schicken, bekam man endlich heraus — nicht, wer der Täter war, nein, wer der Vorstand der sozialdemokratischen Organisation in der Silbersteinschen Fabrik war! Außerdem erfuhr man auf diesem Wege die Namen der Vertrauensleute der P. P. S. Nicht Leute im ganzen. Und was tat man mit den Leuten? Man hat sie wie tolle Hunde niedergegeschossen! Man schoß sie nieder, gestern früh, sans façon auf das bloße Gutheissen des Gouverneurs hin, ohne Verhandlung, ohne juristischen Firlefanz. —

Es ist unnötig zu sagen, daß gerade diese Menschen an dem Morde völlig unschuldig sind; denn die Sozialdemokratie sowohl wie die P. P. S. verurteilt den Terror aufs strengste. Man möchte den Verstand verlieren über die bestialisches Rohheit, die hier im Namen der Justiz verübt worden ist. Eine solche sinnlose Brutalität hat kaum ein Blatt des Buches der Reaktion aufzuweisen. Nirgends in der Welt hat die Konterrevolution so zynisch zu mordem gewagt. Wenn man — um nur ein Beispiel zu nennen — die Kommunekämpfer geschachtet hat, so waren dies doch Leute, denen gegenüber man wenigstens den Vorwand hatte, man habe sie mit der rauchenden Waffe in der Faust erwischt. Aber hier! —

Das Lodzer Komitee der Sozialdemokratie hat gestern abend den Generalkstreik beschlossen. Die Proklamationen sind in diesem Augenblick noch nicht fertig. Heute nachmittag werden wohl alle Fabriken stehen.

Lodz, 24. September, nachm.

Soeben höre ich, daß man bereits wieder vierzehn Mitglieder der P. P. S. erschossen hat. Das ist vorläufig ein Verächt. Die Proklamationen der P. P. S. sind heute früh beschlagnahmt worden. Es ist, als ob die ganze Stadt den Atem anhält . . .

In den Regierungsbestien scheint nachträglich das Bewußtsein der Schimpflichkeit ihrer seigen Schandtat aufzudämmern. Die russische Regierung läßt nämlich folgendes Beschwichtigungs-Telegramm verbreiten:

Der Generalgouverneur hat fünf Kontorbeamte der Aktiengesellschaft Silberstein zu Geldstrafen bis 3000 Rubel verurteilt, weil ihnen die Nachricht über die dem Fabrikbesitzer drohende Gefahr zwei Stunden vor der Ermordung vorlag, ohne daß ihrerseits eine Denachrichtigung der Polizei erfolgte. Die Untersuchung sowie die Urteilsfällung unterliegen auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über den Kriegszustand den Nachbefugnissen des Generalgouverneurs.

Zur Bestialität die Zeitgeist: Die Ueberwälzung der Schuld auf den Generalgouverneur!

Wenn das unglückliche russische Proletariat einst Rache heischen wird für die an ihm begangenen Frevel, dann wird es allen Verschleierungen zum Trost seine Peiniger zu finden wissen.

Das Auslandskomitee der Polnischen Sozialistischen Partei sendet uns folgende Mitteilung über die Vorfälle in Lodz: Die standrechtlich erschossenen Leute bilden die erste Serie! Sie wurden ausgesucht aus einer Gruppe von circa 60 bis jetzt „verhörten“! Unter ihnen sind Angehörige der verschiedenen Parteien, also Nationaldemokraten, Christliche, Sozialisten und Parteiloze. Die Henker selbst klagen sie nicht der Teilnahme an der Ermordung des Fabrikanten Silberstein an! Einigen von ihnen wurde vorgehalten: sie hätten beim Telefon gestanden, anderen wieder: sie hätten den Eingang bewacht, der erschossenen Arbeiterin, der 33jährigen Müller; daß sie Silberstein angespuckt habe! Die gegenwärtigen Informationen der bürgerlichen Presse sind irtig.

Die „rechtliche“ Grundlage zu diesen Massenhinrichtungen ohne Gericht, auch ohne Feldgericht, ist die folgende:

Nach § 12 des Gesetzes über den Kriegszustand hat der befehligende Offizier auf dem Schlachtfelde das Recht, wenn es die Sicherheit des Vaterlandes erfordert und keine Möglichkeit zur Einberufung eines Gerichts vorhanden ist, die Erschießung der Verletzten anzuordnen; er muß jedoch zu diesem Zwecke eine spezielle und persönliche Erlaubnis des Zaren besitzen; davon kann er nur im Falle der Unterbrechung aller Kommunikationwege mit dem Zaren dispensiert werden. Der General Kazniafow, gewesener Adjutant des „berühmten“ Henkers von Sibirien, Köllner-Sekomelsky, stellte als Bedingung für die Uebernahme des Lodzer Generalgouverneurpostens die Erteilung einer solchen Vollmacht, die er auch erhielt!

Schon im Jahre 1906 ließ Stalin einige Anarchisten auf Grund desfeldes § 12 erschießen; ebenso geschah es in Lublin, wo ein 16jähriger Knabe erschossen wurde.

Die ganze juristische Welt in Polen erhob gegen ein solches Verfahren Protest in Petersburg; man gab ihr insofern recht, als man zugab, Stalin hätte vorher die Erlaubnis des Zaren einholen müssen! Dem Stalin ist selbstverständlich nichts geschieden, und diesmal wurde auch dieser „Formalität“ genügt.

In den Arbeiterkreisen herrscht gewaltige Erregung. Es gehen die unglaublichen Gerüchte und die verschiedensten Legenden um. Ein Teil der Arbeiter will durch einen Generalkstreik protestieren, es sind daher elementare Ausbrüche des Volkzornes zu befürchten. Die Arbeiterparteien arbeiten diesen Bestrebungen entgegen, planen jedoch in den nächsten Tagen einen einheitlichen, ruhigen Proteststreik. Selbst in den Kreisen der nationalen Arbeiter herrscht Erregung und Erbitterung; schießt man doch auch sie nieder!

Der Weg, den die Regierung weiter ging, ist aus den Tagesblättern bekannt. Wir meinen: die Errichtung der Fabrikpolizei auf Kosten der Fabrikanten! Diese gaben bereits über 700 000 Rubel für die Polizei, darunter 50 000 für eine Detektivabteilung. . . . Wenn es so weiter geht, wenn Tausende arretiert werden (General Kazniafow erklärte, daß beim nächsten Streik jeder zweite Arbeiter in Ketten geschlossen und nach Sibirien verschickt wird), so muß man der schrecklichsten Dinge gewärtig sein.

Es bestätigt sich, daß General Kazniafow Lodz verlassen hat; dort ist ihm der Boden zu heiß geworden. . . .

Aus der Partei.

Gemeindevahltag. In Altenbusch (Hessen) wurden zwei Genossen gewählt.

Zum Parteisekretär für den Wahlkreis Lübeck wurde Genosse Behers gewählt, der bisher als Parteisekretär für den Bezirk Duisburg-Rülheim tätig war.

Aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ zu Köln ist Genosse N. Schiller nach sechszehmonatiger Tätigkeit wieder ausgeschieden. Er wird den am 1. Oktober in Berlin beginnenden zweiten Kursus der Parteischule besuchen. An seine Stelle tritt der Genosse Eugen Prager, der zuletzt als Redakteur am „Offenbacher Abendblatt“ tätig war. Die Redaktion besteht nun aus den Genossen Meerfeld, Kempfen, André und Prager.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Noch hinter Preußen und Sachsen. Der Genosse Karl Mehe vom „Norddeutschen Volksblatt“ zu Vant-Wilhelms-hoven verblüht zurzeit in Barel eine Gefängnisstrafe von einem Monat, die ihm wegen Verleumdung eines Bauern zudiktiert wurde, dessen Verhalten er im „Volksblatt“ bei der Vertretung der Rechte der Landarbeiter kritisiert hatte. Die oldenburgische Gefängnisverwaltung zu Barel hat dem Preshänder nun nicht nur die Selbstbestrafung, sondern auch die Selbstbeschäftigung verweigert! Genosse Mehe hat Beschwerde erhoben. Das Resultat ist noch nicht bekannt.

Reichstädtische Polizeipraktiken. Am Sonnabend abend wollten unsere Genossen in Mittersholz i. Elsaß eine öffentliche Versammlung abhalten, die aber infolge eines Verfehens nicht angemeldet wurde. Nun verdrängten unsere Genossen eine Privatversammlung zu stande zu bringen, die nicht anmeldepflichtig ist, weil sie sich auf einen besonders eingeladenen begrenzten Personenkreis beschränkt. Der Gendarm aber, vom Bürgermeister gerufen, löste die Versammlung auf, obwohl sie noch gar nicht eröffnet war. Protestieren half nichts. Beschwert euch über mich — so rief der „Hüter des Gesetzes“ den Versammelten zu, als sei er überzeugt, daß ihm von seiner vorgelegten Behörde ob seines ungesetzlichen Handelns kein Haar gekrümmt würde. Jetzt wollten die Mitglieder der Parteiorganisation eine Mitglieder-Versammlung veranstalten, die nicht angemeldet zu werden braucht, und in der Gäste, die dem Verein beitreten wollen, Zutritt haben können. Doch auch diese Versammlung verbot der Gendarm, war aber nicht in der Lage, sich auf einen Gesetzesparagrafen berufen zu können. Auch hier meinte er nur: „Ich dulde es nicht, beschwert euch!“ Inunterlegt drohte er noch mit Gewalt. Zur Ausführung dieser Drohung liehen es unsere Genossen natürlich nicht kommen. Dem Ansehen der Regierung würde es sicherlich dienlich sein, wenn sie nun einmal die Versammlung überwachen will, wenigstens gefegesundige Personen dazu zu bestimmen, aber nicht Leute, die nicht einmal die elementarsten Begriffe vom Vereins- und Versammlungsrecht haben.

Straffkonto der Presse. Von der Strafkammer zu Breslau wurde in der Berufungsinstanz der Genosse Steinkamp vom „Volksblatt für Wosum“ wegen Verleumdung des Verlegers des „Vohumer Generalanzeigers“ zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. St. hatte die Abonnentenversicherung dieses Blattes scharf kritisiert. Der Vertreter des Klägers führte aus, daß das „Volksblatt“ in geradezu verletzender Weise städtische Einrichtungen und Gerichtsurteile kritisiere, und daß es an der Zeit sei, einmal einen Regel vorzuschreiben. Das Schöffengericht hatte ebenfalls auf vierzehn Tage Gefängnis erkannt.

Wegen Verleumdung eines Streikbrechers wurde der Genosse Alesfoot von der „Pfälzischen Post“ zu Ludwigshafen vom Schöffengericht zu Auweiler zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verleumdung eines Kaplans wurde der Genosse Peter Haberer vom „Offenburger Volksblatt“ zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Das Reichsgericht berwarf am Donnerstag die Revision des Genossen Jander von der „Volksstimme“ zu Frankfurt a. M. gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M. vom 28. April, das ihn wegen Verleumdung Königsberger Richter mit zwei Monaten Gefängnis belegte. Die angebliche Verleumdung soll in der Besprechung eines Urteils verübt sein, das einen Redakteur bestrafte, der den Freispruch des Inspektors Reumann zu Kaufmann von der Anklage des Totschlags eines Arbeiters kritisiert hatte.

Soziales.

Ein Bezirkspräsident gegen Krankenkassen.

Für die Arbeiter ist genug gesorgt, ihre Kompottschüssel ist gefüllt, so dachte jedenfalls in Anlehnung an ein bekanntes Vorbild der Bezirkspräsident des Unterelbs, als er die Pflegesätze für das Straßburger Bürgerhospital genehmigte. In diesen Pflegesätzen waren bei einer Neuregelung entgegen dem vorgeschlagenen Satz der Verwaltung von 2,80 M. pro Tag und Person die Sätze für die Mitglieder der Krankenkassen von Gemeinderat auf Antrag der Sozialdemokraten wie folgt beschlossen worden: a) Bei der Krankenkasse und bei der gleiche Pflegedauer während der Anwesenheit für ihre hier wohnenden Mitglieder 1,80 M. für ihre auswärtigen Mitglieder 2 M. b) Bei den übrigen Krankenkassen mit derselben Unterscheidung 2 M. bzw. 2,20 M. Diese Sätze hat nun der Bezirkspräsident nicht genehmigt, sondern den hohen Satz von 2,80 M. wieder eingesetzt. Jetzt müssen nun die Krankenkassen für ihre im Spital untergebrachten erkrankten Mitglieder 30 Pf. mehr bezahlen, als die Privaten, für die der Satz 2,50 M. pro Tag beträgt, auch wenn sie noch so reich sind. Dieser Beschluß des Bezirkspräsidenten ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die Regierung zum Schaden der Volkswirtschaft die praktische Arbeit der Sozialdemokraten hindert und illusorisch macht.

Gelbe Ehrenmänner.

1. Dieser Tage wurde ein freierorganisierter Arbeiter in der Riebingerschen Maschinenfabrik in Augsburg entlassen und zwar ohne Angabe eines Grundes. Der Entlassene erfuhr aber zufällig den Grund seiner Abfertigung: Ein Gelber hatte den Organisierten bei der Direktion verleumdend denunziert. Der Entlassene wurde sofort wieder eingestellt, der Schwindler aber — bleibt nach wie vor dem Betriebe als nützliches Element erhalten. — 2. Ein Arbeiter einer Spinnerei in Augsburg hatte gegen einen gelben Meister der Fabrik den Vorwurf erhoben, dieser habe sich den ihm unterstellten Frauen in der Fabrik gegenüber schamlos benommen. Der Meister beschloß die Unverschämtheit, den Arbeiter zu verklagen. Nach durchgeführtem Wahrheitsbeweis erfolgte die glatte Freisprechung des klagenden Arbeiters unter Ueberbürdung aller Kosten auf den Kläger. Auch dieser Ehrenmann bleibt nach wie vor „Borgesetzter“ der Arbeiter!

Steuerschraube gegen Arbeiter.

Wiederholt haben wir ausführlich dargelegt, daß durch die Novelle zum preussischen Einkommensteuergesetz alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis 3000 M., insbesondere die Arbeiter, erheblich schlechter als früher gestellt sind. Dasselbe Einkommensteuergesetz, das dem Hausbesitzer und Grundbesitzer große Vorteile einräumt und auch bei anderen Klassen der Bevölkerung Abzüge gestattet, besteuert das Einkommen des Arbeiters bis fast auf den letzten Pfennig. Ueberdies hat es den Hausbesitzer und Arbeitgeber eine Art Denunziationspflicht auferlegt.

Da über den Inhalt dieser vom Dreiklassenparlament als Blodgesetz für die Handlungsgelassenen, Gewerbegehülften, Landarbeiter und das Befindliche benachteiligten der Arbeiter fortwährend Anfragen an uns ergehen, wiederholen wir den Wortlaut des § 23 des Einkommensteuergesetzes, der diese neue Ungerechtigkeit für die Arbeiter besichert hat. § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes lautet in seinem jetzigen Wortlaut:

„Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personensandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbsort, Geburtsort, Geburtsjahr und Religionsbekenntnis für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehülften auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.“

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehülften haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dieses Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 M. nicht übersteigt, dem Gemeinde- (Guts-)vorstande seiner gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seines Wohnortes auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen.

Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf folgende Angaben:

a) Bezeichnung der zur Zeit der Anfrage beschäftigten Personen nach Namen, Wohnort und Wohnung; eine Verpflichtung zur Angabe von Wohnort und Wohnung besteht jedoch nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind;

b) das Einkommen, welches die zu a) bezeichneten Personen seit dem 1. Januar des Auskunftsjahres oder seit dem früheren Beginn ihrer Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an barem Lohne (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen haben. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen der Auskunft erteilung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben. Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung oder freie Station, sind ohne Wertangabe namhaft zu machen.

Diese Pflicht liegt auch den gesetzlichen Vertretern nicht-physischer Personen ob.“

Gerichts-Zeitung.

Im Kampf gegen Auffklärung.

Dem Königsberger Polizeipräsidenten erschienen, wie wir feinerzeit meldeten, sogar die Wandergewerbeschein-Vorschriften der Gewerbeordnung im Kampf gegen die Auffklärung über die russische Freiheitsbewegung verwendbar. Jetzt hat das Oberverwaltungsgericht das Ungeheul seines Vorgehens anerkannt. Der Genosse Redakteur Markwald in Königsberg i. Pr. hatte die dortige örtliche Parteileitung und die Leitung des Gewerkschafts-faktells auf die in diesen Orten gehaltenen Lichtbildervorträge des Ingenieurs Grempe aus Berlin über die russische Freiheitsbewegung aufmerksam gemacht, worauf diese Instanzen durch Markwald Grempe zu zwei solcher Lichtbildervorträge bestellen ließen. Für Auslagen, Ankosten usw. wurden 94 M. vereinbart. Der Kassierer Linde hatte erfahren, daß der Polizeipräsident die Duldung der Vorträge davon abhängig machen wollte, daß Grempe im Besitz eines — Wandergewerbescheins sei. Er schrieb deshalb dem Polizeipräsidenten, es handele sich um zwei wissenschaftliche Vorträge, die zu Bildungszwecken dienen sollten; ein Gewerbe komme auch nicht in Frage. — Die Abhaltung der Projektionsvorträge wurde demnach auf Anweisung des Polizeipräsidenten verhindert, weil Grempe keinen Wandergewerbeschein hatte.

Beschwerden Grempes beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten hatten keinen Erfolg. Die Beschwerdeinstanzen gingen davon aus, daß es sich bei den Lichtbildervorträgen um Schaustellungen handele, die Grempe gewerbmäßig im Umherziehen darbiete und die unter § 55 Nummer 4 der Gewerbeordnung fielen, so daß Grempe einen Wandergewerbeschein hätte haben müssen. Ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft, das nach § 55 Nummer 4 davon befreit hätte, sei nicht nachgewiesen

worden. Aus der in der „Königsberger Volkszeitung“ angeführten Erhebung eines Eintrittsgeldes von 20 Pfennig habe die Gewerbmäßigkeit der Grempeschen Darbietung u. a. entnommen werden können.

Grempe klagte nunmehr gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Er wies darauf hin, daß er zu den Vorträgen bestellt worden sei.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts hob die ungünstigen Bescheidteile auf und setzte die polizeiliche Verfügung, die Grempe an dem Halten der Vorträge hinderte, außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: § 55 der Gewerbeordnung sei nur anwendbar, wenn die Darbietung der Schaustellung ohne vorherige Bestellung erfolge. Die Gewerkschafts- und Parteileitung hätten aber Grempe bestellt, wie feststehe. Es komme nun aber — auch das Kammergericht sei der Meinung — durchaus nicht darauf an, ob etwa der Betreffende selber vorher die Anregung zur Bestellung gegeben habe. Solche Anregung wäre ganz gleichgültig. Auch darauf komme es nicht an, daß die Polizei glaubte, Anlaß zu haben zu der Maßnahme, er sei nicht bestellt usw. Entscheidend sei die Tatsache an und für sich, daß eine Bestellung stattgefunden habe. Daran liege die strikte Bestimmung der Gewerbeordnung keinen Zweifel aufkommen. Der Polizeipräsident hätte auch nicht ohne jede Nachforschung auf Annahmen hin handeln dürfen. Da eine Bestellung vorlag, bedurfte Grempe keines Wandergewerbescheins.

Mithin hat das Oberverwaltungsgericht anerkannt, daß der Polizeipräsident von Königsberg, der Regierungspräsident und der Oberpräsident (jetziger Minister des Innern in Preußen) außerordentlich klar liegende Gesetzesbestimmungen falsch verstanden und deshalb total mißbräuchlich angewendet haben. Es ist bedauerlich, daß nach Lage der Gesetzgebung, im Gegensatz zu englischer Rechtsprechung, den Beamten nicht auch die Lasten des Prozesses und eine Schadenersatzsumme vom Oberverwaltungsgericht auferlegt werden könnten. Wird der Ausgang des Prozesses insbesondere dem Minister des Innern endlich nahe legen, den Bestrebungen zur Aufklärung nicht entgegenzutreten, sondern sie zu fördern? Mit Rücksicht auf die bekannte, gegen die Parteischule gerichtete und mit dem Gesetz gleichfalls nicht zu vereinbarende neueste Leistung der Polizei zur Vermeidung ähnlicher geschwinder Verbote für die Herren die Teilnahme an einem Kursus über Gesetzeskunde dringend zu empfehlen.

Hau-Demonstranten vor Gericht.

Am Tage nach der Urteilsfällung im Mordprozeß Hau hatte ein großer Teil der bürgerlichen Presse die Strafe, die Schuld an den bekannten Kravallen in der Nacht zum 23. Juli — dem Zeitpunkt, an welchem Hau zum Tode verurteilt wurde — der Marklsruher Arbeiterschaft in die Schuhe zu schieben. Sie sprach davon, daß nur ein starkes Militäraufgebot imstande gewesen sei, dem Marklsruher Arbeiterpöbel den Respekt vor gerichtlichen Aktionen beizubringen. In Zukunft müsse noch strenger vorgegangen werden, damit Gerichtsburten nicht durch den Pöbel von der Straße beinflusst würden.

Am vorigen Mittwoch hatten sich nun zehn von den Demonstranten wegen Widerstandes und Beleidigung der bewaffneten Macht — wie schonenerregend klingt so etwas — vor dem Marklsruher Schöffengericht zu verantworten. Und siehe da: Yene Leute mit dem Kravallinstinkt und der Parteinahme für Hau waren, wie wir gleich bei der Meldung über die Kravalle als wahrscheinlich hinstellten, nicht organisierte Arbeiter, sondern Leute, deren Sensationslust und innere Hohlheit durch sogenannte „unparteiliche“ Blätter und durch die vom Reichslügenverband bediente Presse genährt waren. Es erschienen auf der Anklagebank ein Händler, ein Weinreisender, ein Friseur, ein Antiker, ein Hausdrucker, ein Röbelpacker usw. Sie konnten sämtlich nicht in den Verdacht kommen, prinzipielle Gegner des heutigen Militarismus und seiner Begleiterscheinungen zu sein. Gleichwohl hatte man als Reuten 40 Militärpersonen, vor allem die diensthabenden Offiziere jenes Abends, ihnen gegenübergestellt, um ihnen nachzuweisen, daß auch der geringste Versuch, sich vermeintlicher ungerechter Behandlung durch die „bewaffnete Macht“ zu erwehren, strafbarer Frevel sei. Es wurden denn auch verurteilt der Antiker zu 6 Wochen Gefängnis, der Händler zu 3 Wochen Gefängnis, der Hausdrucker zu 3 Wochen Haft, der Weinreisende zu 10 Tagen, der Friseur zu einer Woche Haft, der Röbelpacker zu 10 Tagen der gleichen Straftat, ein Schlosser und ein Klempner zu 10 und 30 M. Geldstrafe. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Die Verhandlung nahm fast den ganzen Tag in Anspruch. Auch nicht eine Zeugnisaussage oder ein anderes Moment konnte zugunsten der sozialdemokratischen Partei von Karlsruhe geäußert werden.

Ein Todesurteil.

Das Stettiner Schwurgericht verurteilte gestern den Arbeiter Krüger aus Eggeln zum Tode, weil er am 12. Mai den Förster Krüger im Forst getötet hatte.

„Tom Abel.“

Die Folgen eines Nachtrunks durch Berlin führten gestern den Wapfelser Kolmir von Nowarthy unter der Anklage des Betruges, der veruchten Erpressung, der Beamtenbeleidigung, des Hausfriedensbruchs und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Eines Tages im Juli d. J. unternahm der Angeklagte, der wegen ähnlicher Ergeße schon empfindlich vorbestraft ist, eine Diarreise. Wie er angab, habe er sich infolge des schlechten Wetters tüchtig an Grog gelabt und schließlich noch im Café „Scandinavia“ Wein und Liqueurmischungen getrunken. In ziemlich angeheitertem Zustand kam er spät nachts in das Café „Reichs Adler“ in der Essenerstraße. Hier verübte er einen fürchterlichen Spektakel, warf Gläser herunter, schlug mit seinem Stock umher und belästigte andere Gäste. Als er schließlich seine Reche bezahlen sollte, erklärte der Angeklagte, man solle ihn gefälligst ungeschoren lassen, er bezahle überhaupt nichts. Von dem Inhaber des Cafés wurde ein Schuhmann herbeigeholt, der die Säterung des Angeklagten vornahm. Dieser weigerte sich, mit zur Polizeiwache zu gehen, so daß ihn der Beamte schließlich, trotz seines Hinweises, daß er einem alten Abeldergeschlecht abstammte, am Kragen nahm und ihn mit Gewalt zur Polizeiwache transportierte. Der Reviervorstand, Polizeileutnant Degner, versuchte den Angeklagten durch gut gemeinte Worte zur Begleichung der Reche zu bewegen. Es stellte sich dabei heraus, daß v. R. nur noch ein — Fünftelpfennigstück in der Tasche hatte. Schon vorher hatte er in dem Café gedroht, er werde durch seinen Bruder, der Polizeileutnant sei, die ganze „Spelunke“ ausheben lassen, wenn man ihn nicht ohne Begleichung der Reche gehen lasse. Auf der Polizeiwache trat er plötzlich vor den Reviervorstand hin und sagte schnarrenden Tones: „Mein Herr, Sie sehen in mir den Erbherrn eines alten Adelsgeschlechts und müssen sich deshalb mit mir schlagen. Ich werde Ihnen meinen Sekundanten, den Hauptmann von Scholl auf die Wade schicken!“ — Der Polizeileutnant forderte den Angeklagten wiederholt ohne jeden Erfolg auf, das Maßlosal zu verlassen. Als v. R. trotzdem wiederholt wieder in die Polizeiwache eindrang, um, wie er sagte, sein altes Wappen sofort wieder mit Blut rein zu waschen, ließ ihn schließlich der Polizeileutnant mit Gewalt an die frische Luft setzen. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er könne sich an die Vorgänge in jener Nacht absolut nicht mehr bestimmen, da er sinnlos betrunken gewesen sein müßte. Die Zeugen bezeugten, daß v. R. zwar stark angetrunken, nicht aber sinnlos betrunken gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte, da es sich um einen gefährlichen Ergeße eines gebildeten Mannes handele, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht ließ jedoch Milde walten, weil es sich an-

scheinend um einen Ergeße in der Trunkenheit handele. Von der Anklage des Betruges und der veruchten Erpressung wurde der Angeklagte freigesprochen, wegen der übrigen Delikte lautete das Urteil auf eine Geldstrafe von 300 M. event. 60 Tage Gefängnis.

Ueber einen Fall, in dem dieselbe Milde einfachen Arbeitern gegenüber Platz gegriffen hat, würden wir gern berichten.

Unparteilichkeit des Richters.

Wie unmöglich es manchem Richter ist, selbst in unpolitischen Prozessen dem allgemeinen Rechtsempfinden zu entsprechen, wenn auf der Anklagebank ein nicht der bestehenden Klasse Angehöriger sitzt, weil ihnen die Kenntnis der realen Wirklichkeit, insbesondere der Schwere des Kampfes und Dasein, fehlt, zeigte ein am Donnerstag vor dem Spandauer Schöffengericht verhandelter Fall. Angeklagt war ein Arbeiter Karl Schreiber wegen Diebstahls. Er ist beschuldigt, einer Witwe, mit deren Sohn er befreundet war, aus einem Tischkasten 6 Mark gestohlen zu haben. Die Tat selbst wird selbstverständlich von uns weder entscheidend noch beschönigt. Bemerkenswert war nur die Art und Weise, wie der Vorsitzende des Schöffengerichts, ein Amtsgerichtsrat, der aus Schlesien nach Spandau versetzt wurde, den Angeklagten behandelte. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten, der schon längere Zeit ohne Arbeit ist, weshalb er nicht arbeite. Als der Angeklagte darauf erwiderte, er fände keine Arbeit, laßt der Vorsitzende laut auf und meinte: „Wer hier in Spandau arbeiten wollte, der finde immer Arbeit und wenn wirklich in Spandau selbst keine Arbeit sein sollte, dann gehen Sie hinaus aufs Land, da werden immer Arbeiter gesucht; die beiden Herren Schöffen beschäftigen mit dies. Aber Sie sind ein Hummer, der nicht arbeiten will.“ Der Angeklagte bemerkte auf diese Auslassungen, daß man doch die ausländischen Arbeiter fortbringen solle, dann würden die Spandauer Arbeiter vielleicht eher Arbeit finden. Der Vorsitzende fällt hier dem Angeklagten in die Rede mit den Worten: „Halten Sie und hier keine sozialpolitischen Vorträge, dazu sind Sie der am wenigsten geeignete Mensch.“ Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten beantragt. Das Gericht geht aber über diesen Antrag hinaus und erkennt auf 6 Monate Gefängnis und ordnet auch die sofortige Verhaftung an, trotzdem der Angeklagte in Spandau Wohnung hat. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, der Angeklagte habe bereits einmal wegen Diebstahl eine Gefängnisstrafe erlitten. Diese habe ihn aber nicht gebessert, das Gericht habe daher auf eine längere Gefängnisstrafe erkannt.

Zeigt schon die Anhängerschaft des Urteils an der verfehlten Abschredungstheorie, daß dem Gericht das Verständnis für den Zusammenhang der sozialen Verhältnisse mit den Straftaten abgeht, so vertritt die Bemerkung, wer in Spandau arbeiten wollte, finde auch Arbeit, eine Unkenntnis der Dinge, über die die Richter sich gar leicht belehren könnten. Sie brauchen nur einmal in früher Morgenstunden einen Gang mit den Arbeitslosen zur Arbeitsbörse machen, die Liste des Arbeitsnachweises im Feuerwerkslaboratorium einsehen und Schuldbüchungen einziehen, wie lange die Arbeitsuchenden warten müssen, ehe sie Beschäftigung erhalten. Dann werden die Richter zu der Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit ihrer Ansicht kommen. Der Hinweis auf den Leutenmangel in der Landwirtschaft und das Abschneiden der Entgeltung, die die Landtage der vorzugsweisen Beschäftigung von Ausländern mit Recht betonte, vermag den Mangel an Kenntnis der tatsächlichen Schwierigkeit, Arbeit zu finden, nicht zu ersetzen. Würden die Richter, statt solche irreführenden Ansichten zu propagieren, mit der Befestigung der gegen Landarbeiter und Befinde bestehenden Ausnahmegesetze hinwirken und durch ihre Kraft dazu beitragen, die Hauptgründe für die sogenannte Leutenot zu beseitigen, menschenwürdige Behandlung eintritt, so würden sie dazu beitragen, die Hauptgründe für die sogenannte Leutenot zu beseitigen. Zu bedauern ist, daß der Angeklagte ohne Rechtsbeistand war. Wäre die Verteidigung obligatorisch, so würde man wohl über die wirklichen Ursachen des Diebstahls und auch durch ein Vernehmen der verschiedenen Reuten darüber Auskunft erhalten haben, welche Gründe der Vorsitzende zu der Behauptung zu haben glaubte, der Angeklagte sei ein „Hummer“ und auf welche Gesetzesbestimmung hin er glaube, sich dieses Ausdrucks dem wehrlosen Angeklagten gegenüber bedienen zu dürfen.

„Sankt Nikolaus.“

Eine aufgelöste Versammlung des katholisch-polnischen Arbeitervereins „Sankt Nikolaus“ hat ein Strafverfahren zur Folge gehabt, welches gestern in der Berufungsinstanz die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Vergehens gegen den § 12 des Vereinsgesetzes waren der Tischler Coelchlin Wilhelm und die Arbeiter Franz Wortschewicz, Stanislaus Lubaszewski, Wojciech Bobaszewski, Stefan Wlaszak, Jakob Konieczny und Andreas Vietzjak angeklagt. — Der katholisch-polnische Arbeiterverein „Sankt Nikolaus“, dessen Mitglieder die sämtlichen Angeklagten sind, tagte unter Vorsitz des Angeklagten Wilhelm jeden Dienstag abends in einem besonderen Vereinsaal des Schankwirts Kalkowsky in der Jägerstraße zu Kirdorf. Der Zweck des Vereins war die Pflege der Geselligkeit, Religion und der Muttersprache sowie die Erhaltung der Mitglieder vor sozialdemokratischen Einflüssen. Nach Ansicht der Polizeibehörde soll der Verein aus diesem Grunde einen politischen Charakter tragen, weil er sich mit der Erörterung politischer und öffentlicher Angelegenheiten befaßt. Die ständigen Versammlungen waren zwar stets angemeldet und genehmigt worden, die darin gehende Vereinstätigkeit war jedoch verloren gegangen. Am 10. Februar d. J. erschien bei einer Versammlung des Vereins der Schuhmann Keller und verlangte die Vorlegung der nach § 1 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erforderlichen Anmeldebefcheinigung. Wilhelm berief sich, wie schon wiederholt vorher, auf die ein für allemal erfolgte Anmeldung, über die er die Vereinstätigkeit nicht zur Hand habe, auch nicht vorzulegen verpflichtet sei. Der Beamte läßt schließlich die Versammlung auf. Wilhelm bestritt dies von Anfang an und behauptete, er habe selbst aus eigenem Antriebe die Sitzung für geschlossen erklärt. — Das Schöffengericht Kirdorf hielt, wie wir feinerzeit mitteilten, sämtliche Angeklagte des Vergehens gegen das Vereinsgesetz für schuldig und verurteilte Wilhelm zu 30 M., die übrigen zu je 15 M. Geldstrafe. — Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Berufung ein. Vor der Strafkammer erhob Rechtsanwalt Dr. James Friedländer den Einwand, daß seitens des Beamten keinesfalls klar zum Ausdruck gebracht worden sei, daß er die Versammlung aufgelöst habe. Das Wort Auflösung sei überhaupt nicht gefallen, vielmehr habe der Beamte nur gesagt, er könne die Versammlung nicht stattfinden lassen, wenn ihm nicht die Genehmigung vorgelegt würde. Das Gericht nahm nach längerer Beweisaufnahme an, daß der Angeklagte Wilhelm unbedingt Kenntnis davon gehabt habe, daß die Versammlung aufgelöst sei und verwarf die von ihm eingelegte Berufung. Dagegen hielt es für zweifelhaft, ob auch die übrigen Angeklagten, die in dem Lokal nach einige Minuten verweilt hatten, von der Auflösung Kenntnis gehabt hätten und erkannte demgemäß auf Freisprechung.

Eingegangene Druckschriften.

„Witua“. Wochenblatt für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: G. Bernbach). Heft 29. Vierteljährlich vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Wollhefer, 69.

„Morgen“. Wochenblatt für deutsche Kultur. Heft 16. Preis 50 Pf. Verlag: Marquardt u. Co., Berlin W. 50.

„Der Beruf des praktischen Volkswirts“ von D. C. Krüger. 31 Seiten. Verlag Dunder und Humblot in Leipzig.

„Kassenbericht 1906 des Verbandes der Vorkasse- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen.“ 21 Seiten und Tabellen. Verlag Otto Goerke, Charlottenburg, Wollhefer, 69.

„Von unbekanntem Gott“ von Dr. M. Nieß. Eine Rede bei der Schulabschlussfeier der katholischen Gemeinde in München. Preis 20 Pf. Verlag O. Th. Scholl, München, Theresienstr. 130.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.
 Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Zweifeln, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfnähte. Qualitative Blat- u. Taschen. Große Hüften umfassen.
 Die Herkules-Hose **4 M. 50**
 Kontur-Rosett „Edison“ schilblau Körper oder Decol 2 M. 65
 Kontur-Hose „Edison“, schilblau Körper oder Decol 2 M. 25
 Manchester-Hosen 10,50, 5 M. 75
 Gest. Manchester-Rosett 19, 10,50
 Koller-Mittel 3, 2,50, 2 M. 25
 Mechaniker-Mittel (braun) 3, 2 M. 50
 Weiße Lederhosen 4,50, 2 M.
 Respektreiner „Vingänge, blau, 5 M. 50
 Weiße Jacketts für Herren, Herren-Rondirenen, Röcke usw.
 Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
 En gros. Export. En detail.
 Chaussee 24a/25, Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Katalog gratis und franko.
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Röcken die Brustweite anzugeben. 53672*

A. B. Koch
 Kohlen-Groß-Handlung
 Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
 Preise für nur 14 Marken ab Platz von 10 Str. an:
 Prima in Galbicine (bekanntes Marken) pr. Str. 97 Pf.
 Ferdinand 1,00 M.
 Pfannerhaff 1,05 M.
 in Diamant pr. Str. (110 bis 120 Stk.) 1,10 M.
 in Nisse u. Nisse 1,10 M.
 in Anthrazit-Gabep. Str. 2,40 M.
 Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abschüssen verlangen Sie meine Spezial-Offerte

H. Piano 100 Pf., H. Stuykugel, Hoffmannstr. 4-9, Sonntag bis 5. Gerichtstr. 32, Hofes Barf. 2575

Sherlock Holmes!

der berühmte Detektiv hat als billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß die allbekanntesten Konfektionshäuser



befunden. Durch den Ankauf des L. Feige'schen Warenlagers, Frankfurter Chaussee 19, sind die Preise enorm herabgesetzt.

3 Preise!		Maß-Abteilung.		3 Preise!	
Anfertigung in eigenen Werkstätten unter Leitung erster Zuschnneider.					
Anzüge.		Paletots.		Hosen.	
Serie I, wunderbare Muster	27.50 M.	Serie I, prima Qualitäten	24.50 M.	Serie I, eisenfeste Qualität	9.50 M.
Serie II, Kammgarne u. Chev.	37.50 M.	Serie II, prima Modestoffe	34.50 M.	Serie II, elegante Streifen	13.50 M.
Serie III, extrafeine Qualitäten	47.50 M.	Serie III, das Allernoueste	44.50 M.	Serie III, prima Ia Kammgarn	17.50 M.

Tel. III. 3535. II. 7099. VII. 790. Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden. Tel. II. 7999. IIIa. 4687. III. 3835.

Blitz. Konfektions-Abteilung. Blitz.

Herren-Anzug, früher bis 12 M., jetzt von	7.90 an.	Herren-Paletots, ausnahmsweise, früher bis 14 M., jetzt von	8.50 an.
Herren-Anzug, " " " " 18 " " " "	10.50 an.	Herren-Paletots, selt. Gelegenheit, früher bis 18 M., " " " "	11.50 an.
Herren-Anzug, " " " " 28 " " " "	18.00 an.	Herren-Paletots, gestepptes Futter, früher bis 24 M., " " " "	14.50 an.
Herren-Anzug, " " " " 36 " " " "	24.50 an.	Herren-Paletots, auf Seide, früher bis 32 M., " " " "	18.50 an.
Herren-Anzug, " " " " 48 " " " "	32.00 an.	Herren-Paletots, extra prima Ia, früher bis 42 M., " " " "	24.50 an.
Herren-Hosen bis 33 1/2 % unter Preis.		Schlafröcke bis 50 % unter Preis.	
Loden-Joppen 1.80, 2.40, 3.— bis 18.— M.		Piqué-Westen bis 40 % unter Preis.	
Kinder-Anzüge 12.—, 8.—, 6.—, 4.—, 2.— M.		Kinder-Paletots bis 40 % unter Preis.	

Vor Täuschung wird gewarnt! Nur kein Neid, wer kann, kann! Seltene Gelegenheit!

früher 80
jetzt **85** Chaussee-Str. **jetzt 85** Ecke Auguststr.
137 Große Frankfurter Straße **137** **9** Rosenthaler Straße **9**
29-30 Kottbuser Damm **29-30**

Schöneberg: **10** Haupt-Str. **10** Lichtenberg: **19** Frankfurter Chaussee **19**.

Möbel-
 und Polsterwaren-
 Einrichtungen.
 Anzahlung **15 Mark** an.
 von
 Einzelne Möbelstücke
 Anzahlung **3 Mark** an.
 von
 In bunten Küchen
 große Auswahl.

D. Sechner
 Brunnenstraße 192,
 6. Haus vom Rosenthaler Tor.
 Sonntags von 8-10 u. 12-2 Uhr geöffnet.

Ich verschenke
 Belohnung 50852*
 Monatsanzüge von . . . M. 9.—
 Handbleibanzüge von . . . 10.50
 Urbanmentanzüge . . . 13.50
 Gehrockanzüge . . . 18.50
 Anzüge, Ersatz für Maß . . . 16.—
 Stapelanzüge . . . 14.50
 Paletots . . . 9.50
 Joppen . . . 5.—
 Rosenbergl, Weiden 25,
 an der Köpenickerstraße, 3 Minuten
 von der Stadtbahn Jannowitzbrücke,
 Straßenbahn-Vergütung.

Bürgerliches Café,
 gutgehend, täglicher Umsatz ca. 100 M.,
 5000,00 Jahresmiete, wegen Ueber-
 nahme eines anderen Geschäftes so-
 fort zu verkaufen. Lage: Kottbuscher
 Str. 19, Berlin. 2586*
 Offerten unter H. 3 an die Ex-
 pedition des „Vorwärts“.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Fritz Hinte, Wasserstr. 99.
- Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße
- 1. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Bülowsstr. 52, Hof-
 Säden und Säden: Hermann Werner,
 Oranienstr. 72, Laden.
- 2. Wahlkreis: St. Fritz, Wilmersdorfer Str. 31, Hof rechts part.
- 3. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Köpenickerstr. 3, am
 Kottbuscher Platz — Wilhelm Rann, Köpenickerstr. 4 (Laden).
- 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kottbuscherplatz 14/15
 (Laden).
- 5. Wahlkreis: Leo Rucht, Köpenickerstr. 42 (Laden).
- 6. Wahlkreis (Noahel und Hansviertel): Karl Anders,
 Salzweberstr. 8, im Laden.
- Wedding: Karl Weige, Nazarethstr. 49.
- Rosenthaler und Oranienberger Vorstadt: Hermann
 Raabte, Köpenickerstr. 56, Eingang Köpenickerstraße.
- Gesundbrunn: F. Krapp, Köpenickerstr. 10.
- Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Köpenickerstr. 123.
- Alt-Glönike: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
- Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Köpenickerstr. 1, Ecke
 Goethestraße, Laden.
- Wilmersdorf-Balensee: Georg Feest, Berlinerstr. 46, Laden.
- Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto
 Seidel, Kronprinzenstraße 60, I.
- Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Witt-Vorhagen 56.
- Grünau: Otto Scherber, Köpenickerstr. 1.
- Rixdorf: W. Heinrich, Köpenickerstr. 2, im Laden.
- Schmargendorf: Gustav Ramin, Köpenickerstr. 2.
- Schöneberg: Wilhelm Schüller, Köpenickerstr. 51, im Laden.
- Tempelhof: W. Müller, Köpenickerstr. 41/42.
- Ober-Schöneweide: Julius Grunow, Köpenickerstr. 10, I.
- Nieder-Schöneweide: Bonifant, Köpenickerstr. 8.
- Johannisthal: Franz Händel, Köpenickerstr. 7.
- Adlershof: Erich Steiner, Köpenickerstr. 5, II.
- Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalder-
 Straße 4b.
- Köpenick: Friedrich Wolf, Köpenickerstr. 6, Laden.
- Friedenau-Steglitz-Südende: G. Bernses, Köpenickerstr. 115,
 Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz
 G. Wöhr, Köpenickerstr. 92, und Fr. Schellhals, Köpenickerstr. 15a.
- Mariendorf: Paul Müller, Köpenickerstr. 35, Hof I.
- Baumgartenweg: G. St. Köpenickerstr. 2, II.
- Treptow: Rob. Gramenz, Köpenickerstr. 412, Laden.
- Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Köpenickerstr. 105, parterre.
- Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
 G. Ulrich, Köpenickerstr. 108, II.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
 Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck,
 Köpenickerstr. 10.
- Pankow-Niederschönhausen: G. F. Köpenickerstr. 73.
- Bornau: Heinrich Brose, Köpenickerstr. 71, part.
- Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage:
 Alton Gräß, Köpenickerstr. 82, I.
- Teltow: Wilhelm Köhler, Köpenickerstr. 7.
- Nowawes: Wilhelm Jäde, Köpenickerstr. 46.
- Spandau: Köpenickerstr. 9.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
 Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
 den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden.

Castan's Panoptikum
 165 Friedrichstr. 165
 Größte Schaustellung der Welt.
 Im neuen Konzertsaal allabendlich:
Harburger Sänger.
 Wochentags 80 Pf. — Panoptikumbesucher frei!

Nowawes. Geschäfts-Eröffnung.

Den werten Genossen von Nowawes zur gefl. Kenntnis, daß ich
 hierseits Wilhelmstraße Nr. 7 ein
Barbier- u. Zigarrengeschäft
 eröffnet habe. Es soll mein Bestreben sein, durch aufmerksame und laubere
 Bedienung sowie durch ein reichhaltiges Lager vorzüglicher Qualitäts-
 Zigarren (eigenes Fabrikat) mit dem Vertrauen der mich Besuchenden zu
 erwerben und zu erhalten. Um gütigen Zuspruch bittend zeichne
 Hochachtungsvoll **Swald Dittner, Wilhelmstr. 7.**

Möbel
 zu staunend billigen Preisen
 auch auf **Teilzahlung.**
 Riesenauswahl.
M. Landau
 Oranienstraße 193.

Bettfedern und Betten

Beachten Sie beim Einkauf von
 die enorm billigen Preise in
L. Beutler's 4 grossen Spezialgeschäften
 Oranienstr. 8, nahe Hochbahn. — Ackerstr. 25, Ecke Invalidenstr.
 Neanderstr. 29. — Köpenickerstr. 115, Bahnhof Wedding.
 Grosse Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Klassen 12, 15, 20, 25, 30 M.
 Daunenbetten 35—75 M.
 Bettfedern u. Halbdauen / Gänsefedern und Daunen
 Pfd. 60 Pf., 1.—, 1.50 bis 2.50 M. Pfd. 2.50 bis 8 M.
 in nur erprobten staubfreien Qualitäten.
 Grosse Lager fertiger Inletts, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.
Bettfedern Dampf-Reinigung
 Versand gegen Nachnahme. — Telefon Amt IV, No. 8971.

Möbel gegen bar
 und
 auf Teilzahlung
 liefert in bester Ausführung
H. Lichtenthal,
 Oranienstraße 14a, am Heinrichsplatz,
 Gneisenaustraße 17, Ecke Solmsstraße.
 Das 28jährige Bestehen meiner Firma
 bürgt für reelle preiswerte Waren.
 Bei Arbeitslosigkeit weitgehendstes Entgegenkommen

Erprobt und bewährt!
Spiritus-Glühlicht
 Lampen und Brenner.
 Centralo für Spiritus-Verwerthung,
 BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.
 Illustrierte Preisliste kostenlos!

Achtung!
Mexiko St. Andre
 schwarz-grau, kein im Brand,
 per Pfd. M. 3,60.
Sumatra
 lebhaft, reine Farben,
 per Pfd. M. 6, 6,50, 7,50.
 Hamburger Rohtabak-Haus,
 Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Von Sonnabend, den 28. September bis Sonntag, den 18. Oktober:

Zur Eröffnung der Herbst-Saison

extra billige Preise für große Posten Herbst- und Winter-Schuhwaren!

Damen-Schnürstiefel 5 90 M.
echt Boxhorse, schicke Form, enorm billig.

Damen-Schnürstiefel 6 50 M.
mit Lackzierkappe, elegant.

Herren-Schnürstiefel 7 80 M.
fein Boxkalbin, moderne Form, hervorragend preiswert.

Herren-Schnallen-Stiefel 8 40 M.
echt Boxhorse, vorzüglich im Tragen, sehr bequem.

Herren-Schnürstiefel 9 40 M.
echt Boxsalf, weich und äußerst haltbar.

Knaben- und Mädchen Knopf- und Schnürstiefel
aus dauerhaftem Wicksleder
Gr. 31-35 27-30 25-26
3 75 M. 3 25 M. 2 75 M.

Knaben- u. Mädchen-Schnürstiefel
echt Boxhorse, bewährte Schusst., naturgemäße Paßformen
Gr. 34-35 31-33 29-30 27-28 25-26
5 30 M. 4 90 M. 4 50 M. 4 20 M. 3 90 M.

Herren-Leder-Hauschuhe 3 45 M.
schwarz und farbig, warm gefüttert.



Damen-Leder-Hauschuhe 2 45 M.
schwarz u. farbig, warm gefüttert, M. 2.85 u.

Damen-Meltonchuhe 1 55 M.
mit kräftiger Ledersohle u. Absatz, enorm billig.

Damen-Filz-Hauschuhe 1 45 M.
in hübschen Farben, mit Filz- und Ledersohle M. 1.58.

Kinder- und Mädchen-Filz-Ohrenchuhe

mit Filz- und Ledersohle, warm und bequem
Größe 25-29 22-24
78 Pl. 68 Pl.

Kinder-Melton-Knopfstiefel 98 Pl.
mit Lederspitze und Ledersohle Größe 19-24

In **Gummi-Schuhen**
unterhalten wir ein reichhaltiges Lager bewährter Marken wie beste englische, schwedische und echte Petersburger fabrikate.

Ferner sind eingetroffen:
Sämtliche Neuheiten für die Herbst- und Winter-Saison!
Die Auswahl ist äußerst geschmackvoll.
Die Qualitäten bekannt erstklassig. ::
Die Preise anerkannt billig.

Kinder-Melton-Ohrenchuhe 73 Pl.
mit Filzsohle Gr. 19-24

Damen-Filz-Pantoffel 98 Pl.
mit kräftiger Sohle, Plüschfassung.

Plüsch-Pantoffel 95 Pl.
mit starker Ledersohle für Herren 1 15 M. für Damen

Damen-Melton-Pantoffel 28 Pl.
mit Filzsohle 85 Pl.

Unsere Spezialität für Herbst und Winter:

„Original-Goodyear-Welt“

Damen- und Herren-Stiefel

Neueste Formen. **10⁵⁰** Mark. Bellebteste Leder-sorten.

Eigenes Fabrikat.

Einlegesohlen aller Art. • Beste Schuh-Crèmes. • Annahme von Reparaturen. • Auswahl-Sendungen.



Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.
Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Mehr als **100** eigene - in 85 Städten des Deutschen Reiches befindliche Geschäfte.
Davon in Berlin und Umgegend:

C., Rosenthalerstraße 14.
C., Spittelmarkt 15, ab Anfang Oktober interimistisch Gertrautenstr. 22.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
SO., Oranienstraße 32, zwischen Oranienpl. u. Adalbertstr.

SO., Oranienstraße 2a.
SO., Wrangelstraße 49.
SW., Friedrichstraße 240-241, am Halleschen Tor.
NW., Beusselstraße 29.
NW., Turmstraße 41, Ecke Oldenburgerstraße.
NW., Wilsnackerstraße 22.

O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
N., Danzigerstraße 1.
N., Friedrichstr. 127, schräg gegenüber der Oranienburgerstraße.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstraße 23.

Charlottenburg:
nur Wilmersdorferstr. 122-123.
Rixdorf: Burgstraße 30-31.
Potsdam:
Brandenburgerstraße 54.

Beiträge für das Auer-Denkmal

gingen ein vom 4. Kreis, Stadtbezirk 329 5.—, Eisengießerei...
Kühnemann 5.—, 8. Bezirk der Einleger 6,60. Auktion des Karls...
Geburtsfest 8,70. Lesersammlung der öffentlichen Bäder- und...
Kreditorenversammlung 8,10. Gesammelt von den Kollegen der...
Firma Schäfer Nachf. Litgowitz. 107/108, Abt. Stanzerei 8,50...
Bezirk 887 2.—, Bezirk 349 5.—, Billy Garndt 1.—, Bezirk 202...
5.—, Kollegen der Leserschen Schufabrik 10.—, G. B. 32...
10.—, S. G. 10.—, Verbandsmitglieder der Firma Lenz...
u. Co., Holzmarktstraße 6.—, Vertrauensperson der Firma...
Bergmann 10.—, Bezirk 464 4,85. Organisierte Arbeiter...
der Brauerei Döwold Berliner 37,90. Formner, Sieber, Gieser...
Kernmacher von Duxki 9,50. Tischlerei von Jäde, Weissen...
see 3.—, Grunewaldpartie 652, Bezirk 15,75. Sammlung...
v. d. Kadelwerk Ober-Schönebeide, Abteilung Blechwalzwerke 7,05...
Sechserliste der Wieserei Hartmann, Köpenickerstraße 3.—, Wahl...
bezirk 401a, Teil I 5.—, A. S. 2.—, Sechserliste der Antiker...
v. d. Holzbearbeitungsfabrik Süd-Ost 3.—, Möbelfabrik von Felzer...
u. Koler 5.—, Wahlbezirk 201, Teil II 5.—, Wahlbezirk 175 5.—...
Wahlbezirk 171, Teil I 6.—, Wahlbezirk 171, Teil II 3.—, Wahl...
bezirk 174 5.—, Von den Möbelwerkern der Firma Raschig...
Soal II 18.—, 2. Kreis, 8. Abt., Heberich u. d. Kranzpende v...
Seidel d. B. 32,65. Nauchhaus „Virginia“ 5.—, Dachdecker der...
Firma Halbtag 3.—, S. G. 40.—, Bezirk 407/408 10.—, Bez...
zirk 418 4,10.

Aus Industrie und Handel.

Lohnsteigerung und Warenpreise.

Nicht in dem Bestreben, „einseitig“ die Interessen der Ar...
beiter wahrzunehmen, sondern vielmehr um die ungünstige Lage...
der mittleren Beamteten zu bekämpfen, geht die „Breslauer Ztg.“...
einer Schwindel zu Leibe. Sie führt die Behauptungen, die...
gefügigen Löhne der Arbeiter bedeuteten einen sozialen Aufstieg...
und die hohen Warenpreise seien eine Folge der Lohnsteigerungen...
ad absurdum. Mit Hinweis auf die auch im „Vorwärts“...
(Nr. 212) mitgeteilte Statistik des Preussischen Beamtenein...
in Breslau über Preissteigerungen für wichtige Bedarfsartikel...
schreibt das genannte Blatt:

Die Steigerungen schwanken in diesem einem Jahrzehnt...
von etwa 10—50 Proz. Wenn man aber nur die allerwesentlichsten...
Faktoren berücksichtigt, also Nahrungsmittel, Kleidung, Heizung...
sowie die in jener Statistik weniger berücksichtigte Steigerung der...
Wohnmieten, so wird man den Durchschnitt auf etwa 25 Proz...
also ein Viertel, annehmen können, ohne zu hoch zu greifen.

Es ist klar, daß bei der Frage nach der Ursache dieser Leuerun...
g zunächst die uns allen bekannte Steigerung der Arbeitslöhne ins...
Auge fällt, die teils freiwillig gewährt, teils im Kampfe erzwingen...
wurde. Nur muß man sich dabei fragen, ob nicht diese Steigerung...
der Arbeitslöhne, deren Notwendigkeit man sich nicht entziehen...
konnte, nicht vielmehr die Folge, als die Ursache der großen...
Preissteigerungen in unserem wirtschaftlichen Leben bedeutet.

Man wird sich fragen müssen, ob nicht gewisse Ausgaben, die dem...
Volke auferlegt wurden, zu so wesentlichen Verteuerungen im...
Lebensunterhalte geführt haben, daß ein Auskommen mit den...
bisherigen Löhnen unmöglich wurde. Werfen wir einmal einen...
Blick auf die Ausgaben, die dem Volke durch unsere Zollpolitik...
ermöglicht. Nach dem letzten Jahrgang des statistischen Jahr...
buches für das Deutsche Reich betragen im Jahre 1906 die Ein...
nahmen aus Zöllen im Deutschen Reich etwas über 643 Millionen...
Mark, während sie vor zehn Jahren 463 Millionen Mark betragen...
also rund 180 Millionen Mark weniger, oder auf den Kopf der...
Bevölkerung gerechnet, 8 Mark weniger. Greifen wir nun aber...
aus diesem Gesamtbetrag den Hauptfaktor heraus, so finden wir...
daß im letzten Jahre das deutsche Volk an Zöllen für Getreide...
und andere Landbauzeugnisse etwas über 225 Millionen Mark...
bezahlt. Da es ja nun eine feststehende Tatsache ist, daß infolge...
der Zölle das gesamte in Deutschland zum Konsum gelangende...
Getreide um so viel höher über dem Weltmarktpreis steht, wie...
der Zoll beträgt — von kleinen Schwankungen natürlich abgesehen...
— so müssen wir rechnen, daß das gesamte in Deutschland ver...
zehrte Getreide durch die Zölle die entsprechende Verteuerung er...
fahren hat. Da nun Deutschland rund drei Viertel seines Ge...
treidebedarfes selbst deckt und ein Viertel importiert, so werden...
wir zu dem obigen Betrage noch den dreifachen Betrag hinzu...
rechnen, so daß als Resultat eine Mehrausgabe von rund 900...
Millionen anzunehmen ist, von denen drei Viertel der deutschen...
Landwirtschaft zugute kommen. Das bedeutet aber auf den Kopf...
der Bevölkerung jährlich 15 Mark, oder auf eine fünfköpfige Familie...
gerechnet, jährlich 75 Mark, was also von einem Einkommen einer...
leiblich gut gestellten Arbeiterfamilie von 1000 Mark bereits eine...
75prozentige Steigerung des gesamten Einkommens ausmachen...
würde. Denn gerade an diesem Hauptnahrungsmittel haben...
selbstverständlich auch die geringen Einkommen ihren Anteil, der...
dem Durchschnitt des Gesamteinkommens entspricht, wenn er ihn...
nicht übersteigt. Und nun rechnen wir hinzu die entsprechenden Preis...
steigerungen beim Fleisch, die noch erheblicheren bei der Kohle...
bei der Kleidung usw. Man wird zugeben, daß angesichts aller...
dieser Tatsachen die Erhöhung der Arbeitslöhne eine absolute...
Notwendigkeit war. Doch lie in einer Wechselwirkung dann wieder...
zu einer weiteren Preissteigerung auf den verschiedensten Gebieten...
geführt hat, trifft natürlich gleichfalls zu.

Und will es scheitern, als ob unter den gewaltigen Preissteige...
rungen der letzten Jahre tatsächlich am schwersten die große Schar...
der Privatbeamten und Privatangestellten in kaufmännischen und...
ähnlichen Betrieben gelitten haben, auf deren Lebensbedingungen...
man ja eigentlich erst in den letzten Jahren aufmerksam zu...
werden beginnt, vielleicht weil man sich nicht länger der Erkenntnis...
verschließen kann, wie schwierig und reformbedürftig sie sind. Man...
frage nur einmal, wo man will, ob die Stellen, die vor zehn...
Jahren 1000 oder 2000 Mark gebracht haben, oder auch die besser...
besetzten Stellen mit 3000, 4000 und 5000 Mark heute höher dotiert...
werden. Nirgends wird dabei die Rede sein, ja man wird eher...
ein geringeres Durchschnittsniveau der Gehälter feststellen können...
worauf zum Teil die Konkurrenz durch das stärkere Eintreten der...
Frau in das Wirtschaftsleben schuld sein mag. Und all diese...
Tausende und Hunderttausende haben doch nicht minder unter den...
gesteigerten Preisverhältnissen zu leiden, müssen nicht minder in...
ihrer Wirtschaftsführung darauf Rücksicht nehmen, ohne daß ihnen...
dies doch auf eine andere Weise möglich wird, als durch ein Zurück...
schrauben der Lebensführung. Mag es in einzelnen Betrieben...
vorkommen, daß einsichtige und humane Prinzipale die Teuerung...
durch Gehaltszulagen berücksichtigen, im allgemeinen stellen sich...
zweifellos die Arbeitgeber dieser Betriebe auf den bequemen...
Standpunkt, daß sich die Angestellten eben mit dem eintreten...
müssen, was sie haben. Daß diese unerfreulichen Verhältnisse im...
wesentlichen eine Folge der allgemeinen Lebensmittelpreuerungs...
politik sind, wird diesen Angestellten nur ein schwacher Trost...
sein.

Man braucht den Ausführungen in einzelnen Punkten nicht...
zustimmen, was über die Wirkung der Preissteigerung für...
Lebensmittel gesagt ist, kann im allgemeinen nicht widersprochen...
werden.

Eisenmarkt.

Mit der Dedung des Holzgebirgsbedarfes für das letzte Jahres...
viertel hatten viele Holzwerke noch zurück, da die Ausfuhrver...
gütungen für fertige Erzeugnisse fortgefallen sind. Die Preise...
für fertige Erzeugnisse sind, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, wesentlich...
niedriger geworden, namentlich für Bleche. Die Spannung...
zwischen den Holzgebirgspreisen und Preisen für einzelne Fertig...
waren ist so gering geworden, daß die weiterverarbeitenden Werke...
nur mit Verlust arbeiten können. Die Preise auf dem Sieger...
länder Eisenmarkt neigen nach unten, besonders die reinen Walz...
werke sind recht schwach beschäftigt. Der Rohstoffmarkt ist noch...
fest.

niedriger geworden, namentlich für Bleche. Die Spannung...
zwischen den Holzgebirgspreisen und Preisen für einzelne Fertig...
waren ist so gering geworden, daß die weiterverarbeitenden Werke...
nur mit Verlust arbeiten können. Die Preise auf dem Sieger...
länder Eisenmarkt neigen nach unten, besonders die reinen Walz...
werke sind recht schwach beschäftigt. Der Rohstoffmarkt ist noch...
fest.

Internationale Bohrergesellschaft. Der bekannte Kobold, dessen...
Antugenden so oft Unheil anrichtet, hat den Aktionären der Inter...
nationalen Bohrergesellschaft, wahrscheinlich aus Reib, 5 Millionen...
Mark eskamotiert. Mit solcher unpraktischen, platonischen Teilerlei...
 können wir uns nicht befreunden und beecilen und...
daher, das Kapitalverbrechen wieder gut zu machen. In Nr. 224...
des „Vorwärts“ in der Notiz unter vorstehender Stichmarke muß...
es im dritten Absatz heißen: „In den letzten drei Jahren...
sind auf eine Million Mark Aktienkapital 11 Millionen Mark (anstatt...
„sechs Millionen Mark“) Dividenden — verteilt worden.“ Im...
übrigen werden jetzt folgende Gewinnziffern für das letzte Geschäft...
jahr bekannt: Reingewinn 9 037 853 Mark, Dividende 500 000 Mark...
5 Millionen Mark, Lantime 388 217 Mark, Gratifikationen 200 000 Mark...
Vortrag 3 469 636 Mark. Die Abschreibungen sind diesmal auf...
1 908 477 Mark bemessen.

Vom Baumarkt. Ueber den Stillstand im Baugewerbe wird...
der Frankfurter „Morgen Post“ mitgeteilt: Zurzeit hält nicht ein...
Schiff mit Bausteinen im Hafen. Die Bausteinfabriken von Frank...
furt haben ihren Betrieb eingestellt und ihre Arbeiter entlassen, da...
sie noch große Vorräte an fertigen Steinen haben und keine Ab...
nehmer dafür vorhanden sind. Viele Baugeschäfte haben ebenfalls...
Arbeiterentlassungen vorgenommen.

Schienen- und Schmelzlieferung. Zwischen der preussischen...
Staatsbahnverwaltung und dem Stahlwerksverband in...
Düsseldorf ist ein neuer dreijähriger Vertrag über die Lieferung...
von Schienen, eisernen Schwellen und gewissen Kleinsorten...
geschlossen worden. Der Grundpreis für Schienen wurde auf...
120 Mark und für eiserne Schwellen auf 111 Mark für die Tonne...
festgesetzt. Für die Bemessung der Kleinpreise sind die...
Grundzüge vereinbart, die Verständigung über die Einzelpreise...
wurde noch vorbehalten. Die Forderungen des Stahlwerks...
verbandes waren mit Rücksicht auf die seit dem letzten Vertrags...
abschlusse (1904) erfolgte beträchtliche Steigerung der Selbstkosten...
wesentlich höher. Die Verständigung wurde auf mittlerer Linie...
erzielt.

Fusion. Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, hat der Aufsichtsrat der...
Elsasser Farbenfabriken, vormals Friedr. Bayer u. Co. in Elber...
feld, das Angebot des Grubenvorstandes der Gesellschaft „Auguste...
Victoria“ von mindestens 751 Aktien akzeptiert. Das zur Versteigerung...
des Anteils der Farbenfabrikation an diesem Geschäft und zum...
Ausbau der norwegischen Wasserkräfte und Salpeterfabriken er...
forderliche Kapital soll durch eine Erhöhung des Aktien...
kapitals um 15 Millionen Mark auf 36 Millionen Mark beschafft...
werden. Die jungen Aktien werden den Aktionären dergestalt an...
geboten, daß auf je sieben alte fünf neue Aktien zum Kurse von...
106 Proz. entfallen. Im außerdem die Befreiung der zwischen...
der Gesellschaft und der holländischen Anilin- und Sodafabrik be...
stehenden Ungleichheiten anzubahnen, soll der Hauptversammlung...
vorgeschlagen werden, Rücklage II 4 200 000 Mark zu entnehmen und...
neben der ordentlichen Dividende als außerordentliche von 20 Proz...
an die Aktionäre auszuschütten.

Ueber den Tabakbau im Jahre 1906 entnehmen wir dem...
reichsstatistischen Vierteljahrsheft folgende Angaben:

Der Flächeninhalt der mit Tabak bepflanzt Grundstücke...
betrug 14 084 Hektar gegen 14 111 im Jahre 1905; er hat also um...
547 Hektar zugenommen, wobei aber zu bemerken ist, daß das...
Jahr 1905 den Tiefstand in den letzten 20 Jahren gehabt hat...
6181 (1905: 5816) Hektar entfallen allein auf Baden; ferner...
4001 (3947) Hektar auf Preußen, 2242 (2239) auf Bayern und...
1816 (1244) auf Elb-Lothringen. Die Menge des geernteten...
trockenen Tabaks betrug 320 845 gegen 318 603 Doppelzentner im...
Jahre 1905, so daß auf den Hektar durchschnittlich 21,8 Doppel...
zentner entfallen gegen 22 im Jahre 1905, 21,7 im Jahre 1904...
und 22 im Jahre 1903. Der mittlere Preis für den Doppelzentner...
Tabak betrug 94,25 gegen 88,89 Mark im Jahre 1905, ist also um...
7,86 Mark gestiegen. Der Wert der gesamten Tabakernte berechnet...
sich mithin auf 30 220 698 gegen 27 523 071 Mark im Jahre 1905...
so daß eine Zunahme um fast 2 1/2 Millionen Mark festgefunden hat.

Amerikanischer Tabak. Das Censusbureau in Washington hat...
einen Bericht über die Tabakfabrikation in den Vereinigten Staaten...
veröffentlicht. In den Jahren 1900 bis 1905 nahm der Wert der...
hergestellten Tabakfabrikate um 25,6 Proz. zu, die Kosten des Roh...
materials stiegen um 85,8 Proz., die Arbeitslöhne um 8,6 Proz. Das...
in der Tabakindustrie angelegte Kapital stieg um 190 Proz. Es...
waren in 1905 gegen 160 000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt...
damunter über 66 000 Frauen und 7416 Kinder unter 16 Jahren. Von...
den Tabakarbeitern waren 85 Proz. mit der Herstellung von...
Zigaretten und Zigaretten in 16 895 Etablissements beschäftigt...
während es nur 433 Fabriken für Rauch-, Kau- und Schnup...
tabak gab.

Nach dem Bericht des Inlandsteuer-Kommissars wurden im...
Jahre 1904 über 44 1/2 Millionen Tabak verarbeitet, mehr als 141...
Millionen Pfund zu Zigaretten und Zigaretten und fast 307 1/2...
Millionen Pfund zu Rauch-, Kau- und Schnupstabak. Doch war der...
Wert des Rohmaterials zu Zigaretten und Zigaretten mehr als doppelt...
so groß, als der des zu anderen Zwecken verarbeiteten. Es wurden in...
1904 mehr als 787 1/2 Millionen Zigaretten und 3484 Millionen...
Zigaretten fabriziert, ein Mehr von 10 Proz. in der Fabrikation von...
Zigaretten und 5,4 Proz. in der Herstellung von Zigaretten.

Zigaretten- und Zigarettenfabriken gibt es in allen Staaten und...
Territorien. Die größten hat der Staat New York, in dem allein...
über 28 Prozent der Gesamtproduktion (im Werte von...
214 1/2 Millionen Dollar hergestellt werden. Die Staaten...
Pennsylvania, Ohio, Florida und Illinois folgen mit Produktionen...
von Zigaretten und Zigaretten im Werte von 39, 10 1/2, 13 1/2, und...
11 1/2 Millionen Dollar. New Jersey ist in den letzten fünf Jahren...
durch Neuanlagen des Tabaktrafikes in der Zigarettenfabrikation von...
der zehnten auf die sechste Stelle vorgeschritten.

Die Herstellung von Rauch-, Kau- und Schnupstabak ist auf...
eine kleinere Zahl Staaten beschränkt, von denen Missouri und North...
Carolina oberan stehen. Hier mehr als fünf Millionen Dollar...
fabrizieren jährlich noch die Staaten Kentucky, Virginia, Ohio und...
Maryland. Die Zigarettenindustrie arbeitet hauptsächlich für den...
Inlandkonsum. Während der Wert der im Jahre 1905 fabrizierten...
Zigaretten über 198 Millionen Dollar betrug, belief sich der Wert...
der exportierten Zigaretten auf nur 59 633 Dollar. Die Ausfuhr...
von Zigaretten ist bedeutender. Von den in 1905 fabrizierten...
Zigaretten im Werte von 161 1/2 Millionen Dollar wurden für rund...
drei Millionen Dollar exportiert.

Versammlungen.

Die Situation im Baugewerbe

wurde in der am Donnerstag abgehaltenen Generalfammlung...
des Bauerverbandes vom Referenten Hankle folgendermaßen...
dargestellt: Gegenwärtig hat das Berliner Baugewerbe unter einer...
starken Depression zu leiden. Während im vergangenen Frühjahr...
der Zugang von Arbeitskräften nach Berlin nur gering und die...
Arbeitsgelegenheit daher recht günstig war, macht sich seit der Auf...
hebung des Streiks ein harter Zugang von außerhalb bemerkbar.

Auch die Bautätigkeit hat, veranlaßt durch die ungünstige Lage...
des Geldmarktes, erheblich nachgelassen. Bei der letzten Bauten...
kontrolle, die am 10. September vorgenommen wurde, sind 1585...
Bauten ermittelt, auf denen 10 475 Maurer beschäftigt waren. Auf...
631 Bauten mit 4045 Maurern sind die Forderungen bewilligt, auf...
552 Bauten mit 4040 Maurern wird zu den alten Bedingungen...
gearbeitet. Auf 197 Bauten sind 2302 Affordmurer beschäftigt. Auf...
den Bauten, wo die Forderungen bewilligt sind, erhalten bei...
8 1/2 stündiger Arbeitszeit 24 Maurer 75 Pf., 3894 Maurer 80 Pf.,...
174 Maurer 85 Pf., 153 Maurer 75—100 Pf. Stundenlohn. Auf...
den Bauten, wo nicht bewilligt ist, erhalten bei 8 stündiger Arbeits...
zeit 2932 Maurer 75 Pf., 841 Maurer 80 Pf., 60 Maurer 85 Pf.,...
207 Maurer 70—100 Pf. Stundenlohn. Die ermittelten Bauten...
befanden sich in folgenden Stadien: Im Keller 53 Lohn, 28 Afford...
bauten, im Erdgeschoh 88 Lohn, 21 Affordbauten, im 1. Stock...
31 Lohn, 17 Affordbauten, im 2. Stock 29 Lohn, 19 Affordbauten, im...
3. Stock 25 Lohn, 35 Affordbauten, im 4. Stock 37 Lohn, 25 Affordbauten, gerichtet 85 Lohn, 30...
Affordbauten, im Ausbau 804 Lohn, 19 Affordbauten, Schaw...
werke und Umbauten 204 in Lohn, 3 in Afford, außerdem...
12 Kanalisationsbauten. — Von den Affordmureuren arbeiten...
717 8 1/2 Stunden, 1438 9 Stunden, von den übrigen war die Ar...
beitszeit nicht festzustellen. — Die Zahl der Affordmurer hat seit...
der vorigen, am 7. August vorgenommenen Bautenkontrolle, wo...
2197 ermittelt wurden, etwas zugenommen, aber das Verhältnis...
der Zahl der Affordmurer zur Zahl der Lohnmurer ist ge...
ringer ge worden. In allen Spezialbranchen des Berufes ist die...
Arbeitsgelegenheit gegenwärtig ziemlich beschränkt. Nur bei den...
Plattenlegern war die Situation bisher günstig, sie läßt aber jeht...
nach. Den Maurern erwidert eine beachtenswerte Konkurrenz...
durch die in Eisenbeton aufgeführten Bauten, bei denen vorwiegend...
ungernehte Arbeiter beschäftigt werden. Dieser Konkurrenz wird...
am besten dadurch begegnet, daß die Arbeiter der Eisenbetonbranche...
organisiert und ihre Löhne auf die Höhe des Maurerlohnes ge...
bracht werden. — Der Herbst werde noch keine Besserung der Ar...
beitsgelegenheit bringen. Wie sich die Lage im nächsten Frühjahr...
gestalten wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Die Unternehmer...
werden ja versuchen, die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu...
brücken, wenn nicht die Organisation der Arbeiter diesen Ver...
strebungen entgegentritt. Es muß deshalb die nächste...
Aufgabe der Maurer sein, ihre Organisation zu stärken, die ihr...
unten gewordenen Kollegen wieder heranzuziehen und neue Mit...
glieder zu gewinnen.

Die Ausführungen des Referenten fanden Beifall und all...
gemeine Zustimmung in der Diskussion.

Für das erledigte Amt des ersten Vorsitzenden des Zweig...
vereins ist der bisherige zweite Vorsitzende Hankle vorgeschlagen. Die...
Wahl findet in den Viertelversammlungen statt, ebenso die...
Wahl eines zweiten Vorsitzenden, wozu die Versammlung Wilh...
Kersten und Gust. Zimmermann vorgeschlag.

Die Delegiertenhauptversammlung des Berliner Konsumvereins...
fand am Sonntag im Gewerkschaftshause statt. Der Zentralbureau...
kassierer W. Lamm, der während des Berichtsjahres Verwaltungsvor...
sitzender war, erstattete den Bericht dieser Korporation. In...
längeren Ausführungen ließ er die Vereinsverhältnisse klarer passieren...
beruhte auf die Begründung von zwei neuen Verkaufsstellen, auf...
die Entlassung von zwei Lagerhaltern, auf die neuen Steuerver...
hältnisse und die sich daraus ergebenden Konsequenzen usw. Zum...
Schluß berichtete er ausführlich über die Stellung der Propaganda...
kommission für das Genossenschaftswesen zur Einigungsfrage und...
in Verbindung damit über den Bericht der Konsumgenossenschaft...
für Berlin und Umgebung im Vergleich zum Konsumverein. Hierauf...
erstattete der Geschäftsführer Junger als Mitglied der Propaganda...
kommission einen genaueren Bericht über ihre Tätigkeit und...
machte Vorschläge betreffs der Einigungsfrage. Des weiteren er...
läuterte er die gedruckt vorliegende Rechnungsbücher und gab...
näheres Details über die Lage und Rentabilität der einzelnen Ver...
kaufsstellen. Der Umsatz in sämtlichen 13 Verkaufsstellen betrug...
773 665 Mark, der Umsatz im Lieferantennetzwerk 82 016 Mark. Den...
höchsten Umsatz hatte die Verkaufsstelle Kottbuserstraße mit 127 014...
Mark, darauf Kummelsburg mit 88 804 Mark und Stralauer Allee...
mit 68 425 Mark. Den niedrigsten Umsatz hatte die Verkaufsstelle in...
der Frankfurter Chaussee mit immer noch 33 972 Mark. In allen Ver...
kaufsstellen war eine schöne Steigerung des Umsatzes zu ver...
zeichnen, ihr Durchschnitt betrug 33 Proz., in der Kronprinzen...
straße belief sich die Steigerung auf 57,1 Proz. Das Geschäfts...
ergebnis war unter diesen Umständen ein besseres als es ge...
wesen, und es konnten trotz Gewährung eines Rabattes von 5 Proz...
Abfärbungen im Betrage von zirka 4000 Mark und Referendons...
dotierungen von zirka 900 Mark vorgenommen werden. Der Ge...
samterwaltung (zirka 60 Personen), der im vorigen Jahre eine...
Entschädigung nicht gewährt werden konnte, wurden dies Jahr...
800 Mark zugebilligt. Das Mitgliederbudget beläuft sich bereits...
auf 42 556 Mark, der Referendons auf 8823 Mark; beide Fonds werden...
aber jezt eine beträchtliche Erhöhung erfahren. Das in den Verein...
gesetzte Vertrauen dokumentiert sich auch durch die demselben an...
vertrauten Sparguthaben von 33 612 Mark. Der Geschäftsführer...
hofft, daß der Verein im laufenden Jahre einen Umsatz von mehr...
als 1 Million erreichen wird.

In der Debatte wurde besonders die Einigungsfrage behandelt...
und als deren Resultat eine Resolution gegen 1 Stimme an...
genommen, die sich der Einigungsfrage sympathisch gegenüberstellt...
dabei aber wünscht, daß die Vorteile, welche die Organisationsform...
des Berliner Konsumvereins demselben gebracht haben, nicht ver...
loren gehen.

Nach einstimmiger Entlassung der Geschäftsleitung und des...
Verwaltungsrates wurde beschlossen, den Punkt 6 der Tages...
ordnung: Anträge der Verwaltung und der Abteilungen in einer...
innerhalb vier Wochen einzuberufenden neuen Generalversammlung...
zu beraten. Aus der Verwaltungsratsratswahl gingen hervor: Bräuer...
(Abt. I), Schulze, Krahe (Abt. II), Kallig, Randler, Benkert, Frau Krieg (Abt. III), Fenzel, Müller...
(Abt. IV), Plade, Michel (Abt. V), Gebert (Abt. VI). Der gleichfalls...
von Abteilung VI vorgeschlagene Genosse W. Schulz (bisher Vorstands...
führer) erhielt nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen und wurde...
darauf Riets (von Abt. V) gewählt. Gebert protestierte gegen die...
damit folgende Behandlung der Abteilung VI (Stralau) und legte sein...
Amt sofort nieder.

Aus der Frauenbewegung.

Abkündigung der Ehebruchstrafen.

Der § 1312 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt, daß...
wenn die Ehe wegen grober Verletzung der ehelichen Treue, d. h...
wegen Ehebruchs, geschieden und dieser Ehebruch als Grund der...
Scheidung in dem Scheidungsurteil festgesetzt ist, die Ehe zwischen...
dem Ehegatten und demjenigen, mit welchem er den Ehebruch be...
gangen hat, verboten ist. Das Eheverbot ist weder moralisch, noch...
paßt es in die heutigen Verhältnisse hinein. Die Zeitzei fordert...
vielmehr eine freiere Gestaltung des Eheverhältnisses, bei dem in...
erster Reihe die gegenseitige Juncigung ausschlaggebend sein soll...
nicht aber eine starre Begrenzung des Rechtes der Ehegatten gegen...
einander. Fast alle sogenannten zivilisierten Völker Europas nehmen in...
dieser Frage dieselbe Stellung ein; eine rühmliche Ausnahme bildet...
England. Das englische Recht steht auf dem Standpunkt, daß die Ehe...
durch die Scheidung, ebenso wie durch den Tod, aufgelöst sei. Nehmen...
also der im Auslande wegen Ehebruchs geschiedene

Ehegatte und sein Mitgeschuldiger ihren Wohnort in England, so können sie dort die Ehe miteinander eingehen, auch wenn sie deutsche Staatsangehörige bleiben.

Der Ehebruch ist aber auch mit Freiheitsstrafe bedroht. Der Ehebruch wird, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist und der geschiedene Ehegatte innerhalb 3 Monaten nach der Scheidung Strafantrag stellt, an dem geschiedenen Ehegatten und dessen Mitgeschuldigen mit Gefängnisstrafe von einem Tage bis zu 6 Monaten bestraft.

Wird der Ehebruch, der zur Scheidung geführt hat, bestraft wegen der dadurch bewirkten Zerrüttung der Ehe, so mäßigen auch die Strafanträge im Belieben des „verletzten Ehegatten“.

Der zweite Punkt bei vielen Antragsvergehen, d. h. die Rechtsverfolgung als Mittel zur Ausübung der Rache oder Schikane, ist bei den Strafanträgen wegen Ehebruchs wohl am stärksten vorhanden.

Und was wird durch die Bestrafung des Ehebruchs erreicht? Selbst die strengen Strafen des Mittelalters, von denen Dr. Foresta bemerkt: „Es war mit dem Ehebruch wie mit der Häuberei und Hegerie, daß sie am strengsten bestraft wurden, je weniger sie es verdienten“, waren erfolglos.

Durch Bestrafung des Ehebruchs wird das „Recht auf eheliche Treue“ nicht geschützt; die Straandrohung hat wohl nicht vermocht, auch nur „einen“ Ehebruch zu verhindern.

Welchen Wert aber hat die Treue zweier Ehegatten, die nur aus Furcht vor dem Staatsanwalt nicht gebrochen wird? Die Bestrafung des Ehebruchs ist lediglich eine Herabwürdigung der Ehe und wird auch als solche in weiten Kreisen des Volkes empfunden.

Noch weniger entspricht es dem Rechtsgefühl, daß der Mann die Frau wegen Ehebruchs bestrafen lassen, und doch die aus dem Ehebruch stammenden Kinder bei sich behalten und als die seinigen anerkennen kann.

Der § 1503 des B. G. B. spricht dem Manne allein das Recht zu, die Ehelichkeit des Kindes anzufechten. Tut er dies nicht, so steht ihm das volle gesetzliche Recht an, das Kind eines anderen Mannes zu begehren, auch dann, wenn er die Frau verlassen und seit Jahren von ihr getrennt lebt.

Der Justizhausler, dessen Frau sich von ihm hat scheiden lassen, kann die Kinder, die während der

Ehe, und noch bis 302 Tage nach der Scheidung geboren wurden, auch wenn er zu dieser Zeit schon jahrelang im Gefängnis gesessen hat, auf Grund seiner väterlichen Gewalt der Mutter einfach wegnehmen.

Alle gesetzlichen Bestimmungen, das Familienrecht betreffend, werden durch diesen, jeder Vernunft Hohn sprechenden § 1503 des B. G. B. illusorisch, Erbrechte werden geschaffen und gegenstandslos, Unterhaltansprüche begründet oder beseitigt und dergleichen mehr.

Diese willkürliche Veränderung des Personenstandes, die sonst kriminelle Bestrafung nach sich zieht, wird hier durch ein die Rechte von Mutter und Kind schädigendes Gesetz als eheherrliches Recht ausdrücklich privilegiert.

Rosalie Fuchs.

Witterungsübersicht vom 27. September 1907.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. September 1907. Trocken und zunächst meist heiter, aber etwas kühler bei ziemlich frühen nordöstlichen Winden und langamer Zunahme der Bewölkung.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, 28. September. Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Einführung aus dem Senn.

Königl. Schauspielhaus. Wallenstein Lager. Die Biccolomini.

Deutsches. Prinz Friedrich von Domburg.

Kammertheater. Frühlingserwachen. (Anfang 8 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. Raffles. Schiller O. (Kammer-Theater.)

Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.

Freiburg-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Die Nibelungen.

Berliner. Die tanzenden Mädchen. Fessing. Die Säulen der Gesellschaft.

Kleines. Der Dieb. Kleines. Vater und Sohn.

Lehring. Unbitt.

General. Unsere blauen Jungen. Komische Oper. Carmen.

Westen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Nibelungen.

Reichshallen. Nibelungen. Nibelungen. Haben Sie nichts zu verzollen?

Robert de Trivelin: Rich. Alexander. In Vorbereitung: Ganz der Papa. (Le fils à papa.)

Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr: Der Schatzwagentrouffleur.

Zentral-Theater. Abends 8 Uhr: Unsere blauen Jungen. Sauberville in 3 Akten.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung: Prinzessin von Marzipan.

Abends 8 Uhr: Die beiden Reichenmüller. Sonntag nachm.: Carmen. Abends: Mutterlegen. Montag: Amerikaseppel.

Rixdorfer Theater. Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Direktion: Julius Färz. Sonntag, den 29. September 1907, abends 7 1/2 Uhr: Lumpacivagabundus oder: Das hederliche Kleeblatt.

Metropol-Theater. Behrenstraße 55-57. Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a. D. F. Massary B. Darmand a. D. E. Withney a. D. Bender. Giampietro. Josephi. Anfang präzise 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

WINTER GARTEN. Triumphierender Erfolg des Monstre-Eröffnungs-Programms mit Anne Danerey, Olga Preobrajensky, Le Roy, Talma und Bosco und anderen Glanznummern.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Anfang 8 Uhr. Die Nibelungen. Sonntag 3 Uhr: Jugend. 8 Uhr: Der blinde Passagier. Montag: Der blinde Passagier.

Urania. Wissenschaftliches Theater. 4 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge u. die Eiszeit unserer Heimat. Abends 8 Uhr: Die Entwicklung und die neuesten Resultate der Farbphotographie. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mond, Saturn, Mars und Doppelsterne.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab nachm. 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Nibelungen.

Residenz-Theater. 8 Uhr. Direktion: Richard Alexander. Haben Sie nichts zu verzollen? Robert de Trivelin: Rich. Alexander. In Vorbereitung: Ganz der Papa. (Le fils à papa.)

Sonntag, den 29. September, nachmittags 3 Uhr: Der Schatzwagentrouffleur.

Zentral-Theater. Abends 8 Uhr: Unsere blauen Jungen. Sauberville in 3 Akten.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung: Prinzessin von Marzipan.

Abends 8 Uhr: Die beiden Reichenmüller. Sonntag nachm.: Carmen. Abends: Mutterlegen. Montag: Amerikaseppel.

Rixdorfer Theater. Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Direktion: Julius Färz. Sonntag, den 29. September 1907, abends 7 1/2 Uhr: Lumpacivagabundus oder: Das hederliche Kleeblatt.

Metropol-Theater. Behrenstraße 55-57. Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a. D. F. Massary B. Darmand a. D. E. Withney a. D. Bender. Giampietro. Josephi. Anfang präzise 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

WINTER GARTEN. Triumphierender Erfolg des Monstre-Eröffnungs-Programms mit Anne Danerey, Olga Preobrajensky, Le Roy, Talma und Bosco und anderen Glanznummern.

Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft.

Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus. Anfang 8 Uhr. Die Nibelungen. Sonntag 3 Uhr: Jugend. 8 Uhr: Der blinde Passagier. Montag: Der blinde Passagier.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Kammer-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Monna Vanna. Schauspiel in 3 Aufzügen von Maurice Maeterlinck. Deutsch von J. v. Döppel-Grönkowsk. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Traumulus. Sonntag, abends 8 Uhr: Rosmersholm. Montag, abends 8 Uhr: Rosmersholm.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Herr Senator. Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Gustav Kadelburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Monna Vanna. Sonntag, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot. Montag, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

XIII. Saison. Zirkus BUSCH. Bahnhof Börse. Sonnabend, den 28. September, präzise 7 1/2 Uhr abends: Premiere! Auf der Hallig

der diesjährigen gr. Ausstattungs-Pantomime in 4 Bildern. Verfaßt und einstudiert von Herrn Burkhardt-Footitt. Tänz einstudiert vom ital. Hofballtänzer Ottavi. Musik vom Kapellmeister Taubert. - Dekorationen u. maschin. Einrichtungen von Obrenski, Impekoven & Co. - Kostime aus dem Atelier der Hoflieferanten Hugo Baruch & Co. - Elektr. Lichteffekte von den Hoflieferanten Schwab & Co. - Projektionen der großen Wasser-Illusions-Effekte von der Firma Willy Hagedorn (D. R. Patent 175 186).

1. Bild: Die Fischerhütte. 2. Bild: Auf hoher See (Schiffsuntergang). 3. Bild: Nach dem Sturm. 4. Bild: Auf dem Meeresgrunde. (Auffindung des Wracks durch Taucher.) Zum Schluß: Neptun mit seinem Gefolge.

Phantast. Massenaufzug der gesamten Unterseewelt, Nixen, Najaden u. Delphine. Im 1. Bild: Mr. D. Bruce-Ridpath. Produktionen im Kanoo, - Kentern und Aufrichten des Bootes. - Sport- u. Schwimm-Evolutionen.

Außerdem: Herr E. Caroll, Fakirkünste. Herr W. Nanns Elefantendressuren. Herr Ernst Schumanns Neudressuren sowie das große Programm.

Sonntags 2 Vorstellungen: 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. 4 Uhr Kinder unter 10 Jahren halbe Preise.

Zirkus Schumann. Heute Sonnabend, den 28. September: Gala-Premiere. Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomime Die lustigen Heidelberger.

Humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben mit plastischen Darstellungen auf dem Wasser in zwei Abteilungen von August Niemb. groß. hessischer Hofballtänzer. Inszeniert vom Dir. Albert Schumann. 1. Abteilung: Fidelitas im Neckertale. 2. Abteilung: An den Ufern des Neckar.

Vorher: Gala-Programm und die großartigen neuen Spezialitäten. Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr (nachm. 1 Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr zum 2. Male: Die lustigen Heidelberger.

DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurterstr. 132. Heute: Der Schlotjanker. Von Paul Gantel. Anfang 8 Uhr. - Wochentagspreise. Sonnabend nachm. 4 Uhr: 1. Kinder-vorstellung: Der gestiefelte Kater.

Prater-Theater. Kastanien-Allee 7-9. Bühne und Welt. Schauspiel in 4 Akten von P. Gantel. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Abends 7 1/2 Uhr: Die Logenbrüder.

Haben Sie schon die Deutschen Konzertthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Theater an der Spree. Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: Der Aktienbändler. Alt-Berliner Gesangsposse v. D. Kallisch. In Originalkostümen und Dekorationen der fünfziger Jahre.

Theater des Zentrum. Sophien-Str. 17/18. Bis früh um Fünfe. v. Aren u. Uppschütz, Russk v. G. Lind. Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Das kolossale Programm! 9 1/2 Uhr: Sylvester Schaffner jr. der weltberühmte Universalkünstler.

Passage-Theater. Lona Nansen. 14 erstklassige Nummern.

Lortzing-Theater. Eröffnungsvorstellung Sonnabend, den 28. September etc. Anfang 8 Uhr. Undine. Sonntag 3 Uhr: Rartha. 8 Uhr: Undine. Montag: Lustige Weiber.

Palast-Theater. Burgstraße 24. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Das schwimmende Theater. Die 5 Marnos The Lunas und zehn erstklassige Nummern.

Trianon-Theater. Fräulein Josette - meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Gebr. Herrnfeld-Theater. 57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2. Die erfolgreichsten Bach-Konzerte seit 17 Jahren.

Madame Wig-Way. Operetten-Burleske, Russk von L. Stal. Es lebe das Nachtleben! Separat-Büffe in 2 Akten. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ein verrücktes Hotel und Gattisch geht zur Jagd mit Anton und Donat Herrnfeld.

Theater Folies Caprice. Liniestr. 132, Ecke Friedrichstraße. Täglich 8 Uhr abends: Geteilte Liebe. Die Antiduellanten. Sinter Teil.

Mortons, Fleischmann, Grünecker in den Hauptrollen. Vorverk. Theaterkasse 10-2 und bei Berthelm.

Reichshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Antie im Familienbad Wannsee. Anf. Sonntag 8. Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci. Kottbusser Straße 6. Direktion: Wilhelm Reimer. Heute Sonnabend: Benefiz für Herrn Adolph. Große Extra-Soiree. Tanz. Sonnt., Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen. Sonnt. Beg. 5. wochent. 8 U. Morgen Sonntag: Elite-Soiree, Tanz.

Walhalla-Variete-Theater. Heidenbergweg 19/20, Rosenstr. 10. Anfang 8 Uhr. Das originelle Sept.-Programm. Kato Atlas, der Athlet hebt ein Automobil mit den Zähnen. Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Kasino-Theater. Köthlingerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Die wilde Jagd. Ludwig Fulda. Lustspiel in 4 Akten v. Vorher d. glänz. Eröffnungsvorgr. Sonntag 4 Uhr: Mit Carter.

Buggenhagen, Moritzplatz. Inh. Albert Böhme. Täglich: Die 7 Schwaben. moderno Volks-Sänger. Martin Bendix als Sherlock Holmes aus Trounbritzen. Im unteren Saal täglich: Militär-Konzert. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Achtung! Hasselwerder, Nieder-Schöneweide. Inhaber: Albert Scheruch. Jeden Dienstag: Großes Kinderfest. Jedes Kind erhält eine Kopfbekleidung und 200 gratis. Kaspario-Theater, Fackelpolonoise, Verlosung und Frei-Tanz. Entree 10 Pf. Vom Schiffschen Bahnhof bis Nieder-Schöneweide 10 Pf. Um geneigten Zulpruch bitten 54772 Albert Scheruch.

Garderobe für Herren u. Knaben in größter Auswahl sehr billig Robert Bohn Berlin, Invalidenstr. 135 Laden u. I. Etage. Maßanfertigung unter Garantie. Feste Preise

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Montag, den 30. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:

⚡ Versammlung ⚡ der Ostenbezirke

in den Prachtjalen des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.

Tages-Ordnung:

1. Der Internationale Metallarbeiterkongress. Referent: Kollege A. Cohen. 2. Diskussion. 158/9

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der wichtigsten Tagesordnung wegen wird zahlreicher Besuch erwartet.

Montag, den 30. September 1907, abends Punkt 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Werkzeugmacher

in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Die Werkzeugindustrie im sächsischen Erzgebirge. Referent: Kollege M. Haak, Bezirksleiter des vierten Bezirkes (Sachsen). 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Bei allen unseren Lohnbewegungen haben wir unter der Konkurrenz der Werkzeugindustrie im sächsischen Erzgebirge sehr zu leiden gehabt. Wir erwarten deshalb, daß die Werkzeugmacher diese Gelegenheit benutzen werden, sich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer dortigen Kollegen zu informieren. Erscheint darum vollständig in obiger Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder.

Montag, den 30. September 1907, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lokal von Merkowsky, Andrastr. 26:

Versammlung der Versilberer u. Versilberinnen.

Tages-Ordnung:

1. Das Ergebnis der Statistik und was bedeuten wir zu unternehmen? 2. Verschiedenes. 95/8

Um 9 Uhr in demselben Lokale:

Versammlung der Rahmenvergolder.

Tages-Ordnung:

1. Wie wollen die Kollegen der Rahmenbranche ihre Lage verbessern? 2. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen der betreffenden Branche ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Branchenleiter.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.

Große Extra-Vorstellung!

Zum ersten Male:

Bertretenes Glück.

Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman v. Berl. Morgenp. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Blendol



mit dem Putzmännchen putzt alle Metalle blendend blank und schmiert nicht

In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältl. Allein. Fabrik: Urban & Lomm, Charlottenburg.

Spezial-Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewasener Möbel.
Wöchentlich od. monatl. Teilzahlung gestattet.

Greift zu!

ben besten

Monatsanzüge	d. 9,50
Abonnementanzüge	13,00
Handleihanzüge	11,00
Particanzüge	12,00
Gehrockanzüge	14,50
Anzüge, Ersatz f. Maß	20,50
Paletots	9,50
Hosen	2,00
Joppen	5,00

Moldauer
Prinzenstraße 64, im Laden.
— Straßenbahn-Verbindung. —

Möbel

Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Stil- und Holzarten.
Einzelne Möbel als Ergänzungsstücke.
Wochenrate 1.00.
S. Dorn, Alte Schönhauserstr. 3
Am Schönhauser Tor, 769*

Leske & Lehrer

78 Kottbuserdamm 78

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidungen

fertig und nach Maß.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Ir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Ir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Ir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Ir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Ir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsort!
Nachdruck
verboten.

- Knaben-Paletots * Knaben-Anzüge.
- Winter-Paletots * Winter-Anzüge.
- Jünglings-Paletots * Jünglings-Anzüge.

Hervorragende Auswahl in Stoffneuheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß unter Leitung erster Meister.

Sämtliche Sachen werden in eigenen, bedeutend vergrößerten, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt.

Wir ersuchen höfl., uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu machen, damit wir in der Lage sind, die bei uns bestellten Sachen recht sorgfältig verarbeiten zu lassen.

Unsere Maß-Abteilung ist einzig dastehend!

Der immerwährende Prachtkalender ist erschienen, auf Wunsch erfolgt Zusendung kostenlos.

Nathan Wand
129 Stalhoferstr. 129.
Die Schönsten 332*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziel Monats-Garderobe von Kavalleren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel. Dauchanzüge sind in großer Auswahl reich zu stammend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalhoferstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Geschäftseröffnung.
Hierdurch teile ich den werten Genossen mit, daß ich in Rixdorf, Weierstr. 213, ein Zigarrengeschäft eröffnet habe und bitte um freundlichen Zuspruch.
1672*
H. Hinze.

Oscar Arnold Dresdenerstr. 116
(Kein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft!
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Steile Herrenhüte v. 2,00-7,00
Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00
Mützen- und Damenhüte.

Wendt's Prachtsäle
Münzstr. 17
Eingang Königsgraben.
Einige Sonnabende im November und Dezember ist mein großer Prachtsaal sowie kleinere Festräume zu vergeben. Vereinszimmer jeder Größe zu Sitzungen und Versammlungen unentgeltlich.
702*

Kraft-Rothweiß
für Blutarme u. Kränke, ärztlich empfohlen
Fi. 1,50 u. 2 M. überall käuflich
Santa Lucia
In Apotheken, Drogen- u. Delikat. Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle des chem. Laborat. Dr. C. Bischoff

Neueste Herbst- u. Wintermodelle schieker Konfektion

enorm billig.

Einmaliges Angebot — Nur 6 Tage — Direkt an Private.

Modell-Verkauf — Reismuster und Kopien in:
Plüschkonfektion, Uebergangspaletots, Kostümen, Pelzkonfektion, Liftboys, Samikostümen, Kleidern, Röcken, Blusen usw.
prachtvolle Stoffe, wunderbare Ausführungen,
selbst für allerstärkste Figuren vorrätig

in 8 Serien.

Serie 1	2	3	4	5	6	7	8
früher M. 26 1/2	42	65	83	125	180	200	310
Jetzt M. 8 1/2	13 1/2	21	30	40	55	75	100

Diese günstige Gelegenheit findet in jeder Saison in meinem Geschäft nur einmal statt und bitte ich, dieselbe nicht zu versäumen.

Frühjahrs- u. Sommerkonfektion
zu jedem annehmbaren Preise.
Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zu starker Andrang.
Extra Trauermagazin. Hauptgeschäft: W., Mohrenstr. 37a. Konkurrenzlose Preise. Sehr große Auswahl. a. d. Kolonnaden. Filiale: O., Gr. Frankfurterstr. 115, Haltestelle Jerusalemstr. a. d. Andrastr.

Engros-Haus Westmann



Sozialdemokratisch. Wahlverein für Lankwitz.
Nachruf.
Am 22. September verstarb unser Mitglied, der Glaser **Friedrich Roth**
Kaiser Wilhelmstr. 49.
Ehre seinem Andenken!
208/16 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Decher **Wilhelm Langner**
am 25. September an Keuchlupf-schwindsucht gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
158/10 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Kürschner Berlins u. Umg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 26. September, unser Kollege **Richard Kühne**
nach kurzem schweren Leiden im Alter von 42 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserfeldens-Kirchhofes in Weihensee (an der Wälderbergerstraße) aus statt. 102/14
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 26. September, vormittags 4 Uhr, verschied nach langem Leiden mein lieber Mann, der Klempner **Karl Wegener**
im 68. Lebensjahre.
Dies zeigt allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an
Wwe. Alma Wegener,
Hermannstr. 23.
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Am 26. September abends verstarb mein lieber Mann und Vater **Karl Werlitz**
Um stille Beileid bitten
Minna Werlitz, geb. Reichhaus,
Otto Werlitz, Sohn.
Beerdigung wird in der Sonntag-Kammer befaßt gemacht.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie Krankschreiben bei dem Begräbnis meines lieben Mannes
Wilhelm Kappicht
sage ich den Kollegen, Freunden und Bekannten, sowie dem Vorstand, den Hausgenossen und dem Gesangsverein des Berliner Spar- u. Bauvereins (Anfiederung Nord-Ufer), ferner den Mitgliedern des Wahlvereins meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Luise Kappicht.

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Richard Mendisch
sage allen Freunden und Bekannten sowie dem 4. Wahlkreis Bezirk 613* und dem Zentralverband der Glaser meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Wittin
Olga Mendisch.

Orts-Krankenkasse für Ober-Schöneweide.
Montag, den 7. Oktober 1907, abends pünktlich 6 1/2 Uhr, im Restaurant Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Änderung der §§ 13, 18, 25, 36 und 64 des Statuts.
2. Regelung der Gehaltsstufen der Beamten.
3. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Ansicht in die Rassenbücher notwendig ist, müssen bereits Beantwortung derselben in der Generalversammlung bis zum 5. Oktober 1907 dem Vorstand schriftlich mitgeteilt werden. Die Einladungsliste legitimiert. 276/18
Ober-Schöneweide, 28. Sept. 1907.
Der Vorstand:
C. Liesegang, H. Rodenbusch,
Borsigener Carlshütter.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Während der Umzugs-Tage

von Sonnabend, den 28. September, bis Mittwoch, den 2. Oktober cr. incl.

verabfolgen wir doppelte Anzahl Sparmarken*

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken.

Von Sonnabend, den 28. September cr., bis Dienstag, den 1. Oktober cr. incl. so lange Vorrat:

Lebensmittel

Fleischwaren

Rotwurst Pfd. 50 Pf.	Thür. Fleischwurst . Pfd. 98 Pf.	Magerer Speck . . . Pfd. 80 Pf.
Zwiebelleberwurst . Pfd. 50 Pf.	Harte Mettwurst . . Pfd. 85 Pf.	Fetter Speck Pfd. 78 Pf.
Landleberwurst . . . Pfd. 90 Pf.	Echte Braunschw. Mettwurst Pfd. 1.10	Pökelrippchen . . . Pfd. 60 Pf.
Feine Leberwurst . Pfd. 1.00	Thür. Plockwurst . Pfd. 1.15	Bratenschmalz . . . Pfd. 58 Pf.

Eisbein (Dickbein) . . . Pfund 60 Pf.

Italien. Salat Pfund 95 Pf.

Harte Cervelatwurst Pfd. 1.20

Brathähnchen . . 90 Pf. bis 1.25

Junge Enten . . . 2.50 bis 3.00

Bratgänse . . . 4.50, 5.00, 5.50

Zuckerhonig in Eimern und Emaille-töpfen, Netto-Inh. 5 Pfd. 1.65

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I 90 Pf. 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt

Weintrauben Pfund 20 Pf.

Tafeläpfel Pfund 15 Pf.

Milchblankbirne . . . Pfund 10 Pf.

Tiels Butterbirne . . Pfund 10 Pf.

* Ausgenommen sind einige Artikel.



Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante Herren 19023

Herren-Garderoben

Gleich für Maß- Anfertigung nach Maass. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidergeselle, Gr. Frankfurterstr. 37, "

Wingung Urausträger Weg.



DEGEA Bester Glühstrumpf der Welt!

Nur echt zu haben, in den einschlägigen Geschäften, die durch das rote Auer-Löwenplakat kenntlich sind. Auergesellschaft Berlin O. 17.

Bitte

verwechseln Sie meinen Mode-Salon nicht mit Waren-Credithäusern!

Sie können lachen

denn schon mit 1 Mark wöchentlicher Teilzahlung erhalten Sie bei mir

elegante fertige Herren-Garderobe

unter Garantie für tadellosen schicken Sitz

Maassanfertigung :: Feinste Verarbeitung Werkstatt im Hause

Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41 Am Neuköln. Markt

J. Kurzberg

II. Geschäft: An der Jannowitzbrücke 1-2 direkt am Bahnhof



!! Möbel !!

Spiegel, Polsterwaren

auf Teilzahlung.

Kulante Bedingungen! 911*

S. Windreich & Co.,

Berlin N., Elsasserstr. 17/18.

Wir empfehlen:

Die soziale Revolution

I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 1.50
Sozialreform und soziale Revolution } Kollations- } 0.40
Am Tage nach der sozialen Revolution } Ausgaben } 0.50
Von Karl Kautsky.

Beide Schriften hängen innerlich miteinander zusammen, jede einzelne bildet aber ein abgeschlossenes, selbständiges Ganzes. Die erste behandelt den Begriff der sozialen Revolution, ihre Entwicklung und Bedeutung und erörtert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolution künftig unmöglich und unnötig machen oder einen neuen Impuls einer sozialen Revolution vorbereiten. Die zweite untersucht die Aufgaben, die dem Proletariat am Tage nach der Revolution zu lösen gestellt sind, deren Schwierigkeiten und die Mittel zur Lösung.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

Hygienische

Bedarfsartikel, Gummiwaren, 10000 Anord. V. Prof. u. Aerzt. empf. bill. Apoth. S. Schweitzers Fab. hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.

Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für 54272* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 293, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Marktplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Der Wahltermin

ist, wie wir hören, auf Mittwoch, den 6. November, festgesetzt.

Vom Gemeindefreiwahlrecht des Arbeiters.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am letzten Donnerstag die Verichtigungen der Gemeindefreiwahlereignisse, die von dem Ausschuss empfohlen wurden, der die gegen die Liste erhobenen Einsprüche geprüft hatte. 408 Personen wurden nach den Vorschlägen des Ausschusses nachträglich in die Liste aufgenommen. Darunter waren 176, die vom Wahlbureau nicht eingetragen worden waren, weil sie „Schlafburischen“ seien. Für diese 176 hatte der Ausschuss festgestellt, daß sie tatsächlich nicht als „Schlafburischen“ gelten können, also das Gemeindefreiwahlrecht würdig sind. In der Stadtverordnetenversammlung gelang es nun der sozialdemokratischen Fraktion, über die Vorschläge des Ausschusses hinaus noch für sechs andere Wähler, die gleichfalls zu Unrecht als „Schlafburischen“ bezeichnet worden waren, die nachträgliche Aufnahme zu erwirken. Genosse Dupont, der mit im Ausschuss saß, hatte bezüglich einer Anzahl vermeintlicher „Schlafburischen“ noch besondere Ermittlungen vorgenommen, und dabei hatte er festgestellt, daß auch diese sechs als „Chambregarnisten“ betrachtet werden müssen. Dupont begründete am Donnerstag den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag auf nachträgliche Aufnahme auch dieser sechs und erinnerte dabei an die Tatsache, daß man ja auch all die Postkassen, die in den Posthäusern der Oranienburgerstraße und der Melchiorstraße in Massenquartieren untergebracht sind, nicht wie „Schlafburischen“ behandelt habe, sondern sie den „Chambregarnisten“ zugezählt habe, so daß ihnen das Gemeindefreiwahlrecht erhalten blieb. Er forderte, daß Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, mit demselben Maße gemessen werden, wie Postkassen, die bei Gemeindefreiwahlen ihre Stimmen keinem Sozialdemokraten geben. Ueber diese Ausführungen des sozialdemokratischen Redners berichtet das „Städterblattchen“ „Reich“ folgendermaßen: „Der Redner wärmt die alte Forderung Singers auf, diese kaiserlichen Beamten wegen der ihnen zugewiesenen Dienstwohnungen als Schlafburischen anzusehen, eine Forderung, die kurz vor den Stadtverordnetenwahlen zum mindesten recht unwürdig war.“ Wir stellen fest, daß Genosse Dupont genau das Gegenteil von dem gesagt hat, was das brave „Städterblattchen“ ihn hier sagen läßt. Selbstverständlich ist es auch Schwindel, daß Genosse Singer jemals die „Forderung“ erhoben hätte, man solle die Postkassen als „Schlafburischen“ ansehen. Damals, als Singer in der Stadtverordnetenversammlung darauf hinwies, daß man ja auch jene Postkassen unter die „Chambregarnisten“ rubriziert habe, erklärte er ausdrücklich (nach Ausweis des amtlichen stenographischen Berichtes): „Mein Standpunkt ist nicht der, den Magistrat zu fragen: warum sind die Postkassen in die Wählerlisten aufgenommen worden? sondern ich frage: warum sind die anderen, die in der gleichen Lage sind in bezug auf ihr Wohnverhältnis, nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden?“ Die freisinnigen Stadtverordneten Cassel und Rommensen waren es, die unserem Genossen Singer hinterher das Wort im Munde umzudrehen versuchten. Herr Cassel vorsichtig tastend, Herr Rommensen läppisch zugreifend. Singer wies das sofort zurück und erklärte noch einmal: „Wir wollen, daß die anderen mit den Postkassen gleich behandelt werden.“ Aber das hat nicht gehindert, daß seit jenem Tage der von freisinnigen aufgebrauchte Schwindel, Singer habe die Wahlentziehung auch der Postkassen gefordert, von den Leuten der sogenannten „Bürgerpartei“ flott weiterkolportiert wird.

Das „liberale Kalb“.

Die „Freisinnige Zeitung“, ein Hauptorgan des unentwegten Kommunalliberalismus, bringt einen langen Artikel „Zu den Berliner Stadtverordnetenwahlen“. Zeitig als sonst hat sie sich diesmal an die Arbeit gemacht, dem freisinnigen Würgertum vorzuschmecken, wie trefflich die Freisinnigkeit der Stadtverordnetenversammlung von Berlin auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung ihre Schuldigkeit getan habe. Und giftiger noch als sonst eifert sie gegen die Sozialdemokratie, die dem Freisinn seinen Lorbeer nicht gönnen wolle.

Den Anlaß, schon jetzt sich in die Unkosten eines Leitartikels über die Stadtverordnetenwahlen zu stürzen, hat der „Freisinnigen Zeitung“ das Flugblatt gegeben, das am letzten Sonntag im zweiten Reichstagswahlkreis von unseren Genossen verbreitet wurde und zum Eintritt in die Wahlbewegung aufforderte. Das freisinnige Organ stellt sich „erkant über den zahmen, beinahe resignierten Ton“, den das Flugblatt anschlägt. Offenbar sollen durch dieses „Stimmen“ die liberalen Bürger in den mutmachenden Wahn verführt werden, daß die Sozialdemokratie hoffnungslos der Götterläster des neu erwachten Liberalismus weiche. Das Kommunalprogramm, das in dem Flugblatt in einigen Hauptpunkten skizziert ist, wird von der „Freisinnigen Zeitung“ ein „relativ bescheidenes“ genannt. Da finde man „kaum eine einzige Forderung“, die „eigentlich sozialistisch“ sei, dagegen „fast durchweg Reformvorschlüge, die auch von liberaler Seite erhoben wurden oder vielmehr bereits längst von liberalen Stadtverordneten erhoben und zum Teil auch schon durchgeführt worden“ seien. Die Sozialdemokratie sei „mit ihrem Kateich am Ende“, sie könne „nur noch mit dem liberalen Kalbe pflügen“, und so weiter.

Also die Sozialdemokratie ist den Kommunalliberalen in ihren Kommunalpolitischen Forderungen nicht sozialistisch genug! Dieser Vorwurf ist längst nicht mehr neu; wir haben ihn bisher noch in jeder Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen aus dem Munde der Liberalen gehört. Die Taktik, die meisten Forderungen des Kommunalprogramms der Sozialdemokratie als „alte liberale Forderungen“ zu reklassifizieren, mag ja manchen Leuten versucht gekehrt vorkommen, aber der Erfolg hat noch immer gezeigt, daß sie herzlich dumm ist. Die überschuldenen Freisinnfahrer, die unentwegt an dieser kindlichen Taktik festhalten, bilden sich vermutlich ein, daß sie die Föhnstucht freisinniger Kommunalwähler heilen können, wenn sie in die Bürgerchaft hinausposaunen: „Was die Sozialdemokratie da fordert, das wollen wir ja auch.“ Ja, wenn's mit bloßem „Wollen“, das in Waffreden paradiert, getan wäre! Im Vollbringen könnte der Liberalismus zeigen, was er wirklich „will“. Aber gerade weil er's am Vollbringen fehlen läßt, hat immer mehr die werfliche Bevölkerung Berlins, die in der dritten Abteilung wählt, sich von ihm abgewandt und ihre Hoffnung auf die Sozialdemokratie gesetzt, ohne die auf keine Besserung der kommunalen Zustände Berlins zu rechnen ist. Gerade weil der Liberalismus in der Kommune die „alten liberalen Forderungen“ solange unerfüllt gelassen hat, haben alte liberale Wähler in immer größerer Zahl ihm ihr Vertrauen entzogen und erwarten eine Verwirklichung auch der „alten liberalen Forderungen“ nur von der Sozialdemokratie. Das „liberale Kalb“, mit dem nach der

Darstellung der „Freisinnigen Zeitung“ die Sozialdemokratie pflügt, ist unter der Herrschaft des Kommunalliberalismus nur zulange dazu verurteilt gewesen, müßig zu stehen. Erst der Sozialdemokratie hat Berlin es zu danken gehabt, daß es besagtem „Kalb“ wieder vergönnt wurde, den Pflug durch den Acker zu ziehen, damit aus ihm die Saat kommunal-sozialistischer Fortschrittes emporsprossen konnte. Die „Freisinnige Zeitung“ weiß es natürlich anders. Sie erzählt mit gutgepielter Rhetorik, das freisinnige Würgertum habe stets seine Pflicht getan, ohne erst einen Anstoß von links abzuwarten. Man brauche die Sozialdemokratie nicht, da sie sich oft genug sogar als Demmshüh für den wirklichen Fortschritt gezeigt habe. Wir haben lange nicht so gelacht, wie beim Lesen dieser frischfröhlichen Proklamationen und Schwindeln. Heute wollen wir es uns versagen, an Beispielen zu zeigen, welche Mühe es der Sozialdemokratie im Rathaus gekostet hat, bis sie das „liberale Kalb“ endlich in Bewegung zu setzen vermochte. Im Laufe der Wahlbewegung wird sich ja noch mehrfach Gelegenheit bieten, diesen Nachweis zu führen.

Festnageln möchten wir zum Schluß nur noch den Taschenspielerkniff, mit dem das in allen Lügenkünsten erprobte Freisinnorgan dem Flugblatt unserer Genossen „Unwahrscheinlichkeit“ nachzuweisen sucht. Das Flugblatt sagt: „Wer trägt die Schuld an der jedem fühlbaren, das großstädtische Erwerbsleben lähmenden Verkehrsmisere? Wer hat die Straßen der Stadt einer vielfach verpöppelten Kapitalistenclique zur unbegrenzten Ausbeutung überliefert?“ Hierzu erinnert die „Freis. Ztg.“ daran, daß 1897 die Verlängerung des Vertrages mit der Großen Straßenbahngesellschaft gerade die Zustimmung der Sozialdemokraten gefunden habe. Das Freisinnblatt vergißt nur, hinzuzufügen, daß in jenem Augenblick es sich darum handelte, durch Vertragsverlängerung für die Bevölkerung Berlins die endliche Einführung des elektrischen Betriebes auf allen Straßenbahnlinien sowie den Pehppennig-Tarif und für die Straßenbahn-Angestellten gewisse Erleichterungen durchzusetzen. Die Auslieferung der Straßen unserer Stadt an die Kapitalistenclique der „Großen“ war damals längst eine vollendete Tatsache, die der Kommunalfreisinn schon früher auf sein Konto zu schreiben gehabt hatte.

Die „Freisinnige Zeitung“ schiebt ihre Verlegenheits- und Verlogenheitsmittel mit der Mahnung an die Liberalen, den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Möge auch jeder unserer Genossen eingedenk dieser Mahnung sein.

Die Bürgerpartei erscheint wieder auf dem Plane. Um besser als bei den früheren Wahlen abzukommen, will sie sich diesmal das Zentrum dienstbar machen. Ob freilich die katobischen Arbeiter dieser reaktionären Gesellschaft Gefolgschaft leisten, steht dahin. Eine Verammlung, die dieser Tage in Moabit stattfand, hat auch bereits Kandidaten aufgestellt. Für den 44. Kommunalwahlbezirk soll ein Kaufmann Boggerich und für den 45. Eisenbahnsekretär Siebig kandidieren. Unsere Genossen werden hoffentlich alles tun, um den Herren die Trauben zu versauern.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Mitglieder der Wahlvereine Groß-Berlins werden gebeten, beim Oktober-Umzuge die alte und neue Adresse dem Bezirksführer resp. Vorstand mitzuteilen, ebenso für die Abkommen des „Vorwärts“ die gleiche Mitteilung der alten und neuen Adresse nötig, und zwar an die betreffende Parteispedition, damit keinerlei Unterbrechung beim Bezuge des Partei-Organs stattfindet. Das Verbandsbureau.

Achtung, 4. Wahlkreis. Das Bureau des Wahlvereins befindet sich jetzt Stralauerplatz 1/2, vorn 2 Treppen.

Charlottenburg. Am Sonntag findet ein Flugblattverbreitung statt. Wir bitten die Genossen, sich rege daran zu beteiligen. Die Genossen nehmen am Sonntagfrüh 8 Uhr in den bekannten Lokalen das Material entgegen. Diejenigen Genossen, die bereits am Sonnabend Zeit haben, können das Material schon am Sonnabend um 7 Uhr erhalten. Die Verteilung muß am Sonntag beendet werden. Am Montag darf nichts mehr verteilt werden. — In letzter Zeit war die Beteiligung an dieser Arbeit nur gering. Wir erwarten, daß die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen jeden Genossen veranlassen, mehr wie sonst seine Schuldigkeit zu tun.

Ramewe. Morgen Sonntagvormittag von 9-12 Uhr findet das Eintakieren von Beiträgen des Wahlvereins in folgenden Lokalen statt. 1. Bezirk: Otto Hieme, Wahlstr. 55; 2. Bezirk: Karl Gräßl, Priesterstr. 89; 3. Bezirk: Paul Junger, Großbierenstr. 50.

Auch werden Mitglieder ausgenommen. Um rege Beteiligung der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wie ist die Zeitung so interessant.

Die sozialdemokratische Presse ist roh in der Sprache; sie verwildert die Sitten, sie weckt die niedrigsten Instinkte, sie verlegt den guten Ton. So und ähnlich klingen die Urteile der bürgerlichen Presse. Man spielt sich und gegeneinander als die Eitler und Volkserzieher auf. Elende Heuchelei! Jeder Skandalprozeß beweist das. In der Berichterstattung über Wurd- und Raubprozesse, über alle Prozesse, die in das erottische Gebiet hinausspielen, ist das Gros der bürgerlichen Presse ein Eitlen- und Moraberberber schlimmster Sorte. Die dazu Prädestinierten finden in den detaillierten Schilderungen über Gauner- und Räubertüffe, in der raffiniert romantisch ausgeschmückten Beschreibung der „Gelden“ und ihrer Taten Anleitung und Anreiz zur Nachahmung. Und mit Wohlbehagen werden die pikanten Geschichten serviert, je tiefer der Sumpf, in den die Richter hineinstiegen müssen, desto breiter die Wiedergabe der Intimitäten. Die perversten und schmutzigsten Organe finden die eingehendste Schilderung. Daran können Spieler, ihre Frauen, Töchter und Söhne sich ergötzen. Keine Schlafzimmerintimität, kein Ballgeheimnis ist vor der geilen Sensationslust der honnetten Presse sicher. Und wo keine Skandalchen, keine Ruditäten sind, werden sie erfunden. Man hat die erhitte Phantasie der Leser daran gewöhnt, wie an das tägliche Brot. Geradezu ein öffentlicher Skandal war die Ausschlagung des Pau-prozesses. Monatlang hat man verehrt. Leser und Leserrinnen damit amüsiert, prickelnd unterhalten. Und bei dem Aufwühlen des Schmutzes, dem Aufwerfen der Schlammwellen hüßte man sich heuchlerisch in die Loga des Rechtsuchers. Es ist zum eckeln! Nun hat man eine neue Sensation, die Gräfin Montignolo ist wieder mal das Objekt zur Befriedigung lusterner Sensation. Daß dieses gehegte Weib sich wieder verheiratet wollte, mußte alle Welt wissen. Von einem „eigenen“ Korrespondenten ließ die Klatschpresse sich ausführlich berichten, daß der „Zukunftige“

ein 24jähriger Abtlerlehrer Toselli sei. Daß und wie die Trauung in London dieser Tage stattgefunden hat, mußte bis in alle Einzelheiten mitgeteilt werden. Aber alles das war noch nicht pikant genug, es mußte auch über eine neue Schwangerschaft getuschelt und gewißelt werden. Als ob das irgend jemanden etwas angehe, wenn es wirklich wahr wäre. Aber es ist interessant, das figelt und darum her mit solchen Privatgeschichten vor das Forum der Speieöffentlichkeit.

Was diese Sorte Presse an Moral- und Empfindungsverwilderung leistet, ist gar nicht zu beschreiben. Als Buße dafür hält sie der Sozialdemokratie Moral- und Anstandslehren. Elendes Geschmeiß!

Einen Blick auf den städtischen Schlachthof.

Schon auf eine geraume Entfernung hin verrät der fettige, talgige Dunst, vermischt mit dem Geruch von Blut und Dünger, dem Fremdling die Nähe des Berliner Vieh- und Schlachthofes. Auch die umliegenden, dichtbevölkerten Straßen weisen charakteristische Züge auf. Ueberall fällt der Blick auf Ladengeschäfte, die Stöcke, Schürzen, Stiefel, Messer, Abziehhähe, Gerätschaften zur Wurfmaschinenfabrikation und sonstige, für das Fleischerergewerbe unentbehrliche Dinge feilhalten. Schlächterfuhrwerke jagen die Straßen entlang und in den Dessillen tauchen allenthalben die Typen der Viehhändler und Metzger auf.

Es ist Mittwoch, da herrscht auf dem Schlachthofe stets reges und geschäftiges Leben. Haben wir die Pforte von der Ethenaerstraße her passiert, so wimmelt es um uns von Meistern und Gesellen der Fleischerzunft, von Viehtreibern, Beamten und sonstigen dazwischen beschäftigten Personen. Links, in dem ersten Gebäude, werden die Hammel und Kälder vom Leben zum Tode befördert. Weiter vorn ziehen sich die Räumlichkeiten für Rinder hin, während ein Schlachthaus für diese sich gleich dahinter erhebt. Dasselbe ist in circa 50 einzelne Räume abgeteilt, in denen die ausgeschlachteten Rinder hängen. Vor dem Eingang stehen Tische, auf denen blutige Inzenteile sich ausbreiten. Volle Rindermagen liegen wie ausgestopfte Stuhlissen umher und Personen sind damit beschäftigt, den unverdaulichen Inhalt in große Blechfäßen zu entleeren. In der Mitte, nicht weit vom Eingang, befindet sich ein Ring, der zum Antoppeln der Rinder, die dem Tode verfallen sind, dient. Ueberall hantieren blutbesprigte Schlächtergesellen, indem sie das vor ihnen liegende Tier mittels einer Winde nach jeder beliebigen Seite hin drehen und wenden. Sie stehen beständig in Wasser und Blut und ihre Beine stecken bis obenhin in schweren, massiven Wasserstiefeln. Mit sicherem Schnitt trennen sie die Haut ab und zerlegen den toten Körper in zwei Teile.

Auf der anderen Seite stehen dicht zusammengedrängt muntere buntgefärbte Kälder und harren unbewußt ihres Schicksals. „Sieh mal, wie süß“, sagt eine Dame zu ihrem Tochterlein: „die armen Dingerchen dauern mich!“

„Na was, dauern hin, dauern her, Madamken, Sie wollen doch ooch Kalbsfleisch essen!“ meint ein dicker Viehhändler lachend.

Ein anderes Gebäude, weiter unten, umfaßt die Dampf- und die Darnschleimereien. Auch wird dort das Fleisch für die Freibank gefocht und desinfiziert. Wenden wir uns wieder zurück nach links, am Eingang vorbei, so liegt vor uns das Polizeischlachthaus mit den anschließenden Beobachtungsställen, woselbst die erkrankten Tiere unter Kontrolle von Polizeiarzten geschlachtet werden.

Wir erkundigen uns nun bei einem Aufseher nach dem Schweineschlachthof und werden nach links gewiesen, wo wir unter einem durch Pfeiler gestützten Viadukt hindurchgehen. Gleich links ragt das Inspektionsgebäude auf, weiter vorn reihen sich rechts und links Ställe für Rinder aneinander. Dicht dabei liegen die Ställe und Schlachthäuser für Schweine. Im Innern der letzteren bietet sich dem Beschauer ein eigenartiges Bild. Riesige Vottiche, in denen das Wasser quillt und kocht, harren der Schweine, die zum Abbrähen der Vorsten hineingeworfen werden. Ueberall blitzen die scharfen Messer; die glatten, fetten Rüsselstiere werden in zwei Hälften geteilt und mittels einer kleinen Schwebebohn in das Schlachthaus befördert. Links, an der Seite des Schlachthauses entlang, reißt sich Jelle an Jelle, in denen die Schweine geschlachtet werden. Während bei den Rindern die Volgenpistole als Tötungsmittel in Anwendung kommt und so Tierquälereien unmöglich macht, wird bei den Schweinen vorläufig noch ein großer, schwerer Hammer benützt. Diese Schlachtart geht in der Weise vor sich, daß der betreffende Schlächter zwischen 5-6 Schweinen steht und mit dem Hammer nach dem Kopfe eines Tieres zielt. Die Opfer scheinen das Unheil schon zu ahnen, denn sie brücken sich grunzend und schreiend zusammen, so daß der Exekutor, trotz seiner Uebung, Mühe hat, eins heraus zu drängen. Ost muß er auch zwei- bis dreimal schlagen, wenn er das erste Mal nicht gut trifft. Mit Krausen und Entsetzen sieht der Neuling diesem unheimlichen Wirren zu. Ueberall hört man die dumpfen, krachenden Schläge und es rieselt einem eiskalt über den Rücken. Liegt das Tier getroffen am Boden, so stößt der Schlächter in aller Gemütsruhe einen eisernen Haken in seinen Nacken, so daß die Spitze an der Seite herausdringt und zieht das noch zuckende und zappelnde Opfer hinaus in den Schlachtraum, wo es ein anderer sofort in Empfang nimmt.

Hoffentlich wird auch bald bei den Schweinen ein Mittel gefunden, die Tiere schneller, sicherer und in weniger abstoßender Art zu töten. Daß diese Tätigkeit auf die ansführbaren Personen verrohend im höchsten Grade wirkt, wird wohl kein vernünftiger Mensch in Abrede stellen. Der grauenvolle Anblick hat uns die Lust geraubt, noch weitere Beschäftigungen vorzunehmen und wir beileben uns, schleunigst einen Ausweg zu gewinnen. Wir kommen noch an dem Gebäude für die Fleischschau vorbei, in dessen Erdgeschos sich eine Gastwirtschaft befindet. Auf der Straße angelangt atmen wir erleichtert auf. Die Sonne sendet ihre Strahlen schräg über die Dächer und über den Bahndamm senken sich allmählich die Abendnebel. Aus den riesigen Schornsteinen der Talgsmelzen quillt dicker, schwarzer Rauch und der Todeschrei der geängstigten Tiere dringt kläglich durch die Abenddämmerung.

Für die Ärmsten der Armen gut genug.

Die Stadt Berlin ist gesetzlich verpflichtet, eine Reihe Anstalten zu unterhalten, in denen die Ärmsten der Armen untergebracht werden. Dazu gehören das Asyl in der Fiedelstraße, in welchem obdachlose Familien untergebracht werden, dann die Hospitäler, welche zur Aufnahme von Siechen bestimmt sind, und

schließlich das Arbeitshaus in Kummelsburg, das die Korrekturen, hässliche beherbergt. Für alle diese Inzassen müssen Lebensmittel geliefert werden. Die Kost ist mager genug bemessen, damit niemand übermäßig wird; aber befähigt müssen die Leute werden. Brot und Wasser allein kann man auf die Dauer nicht geben, wenn die Armen nicht langsam verhungern sollen, es muß in dem Speisegettel immerhin eine gewisse Abwechslung eintreten. Dieser Meinung huldigt sogar die preussische Gefängnisverwaltung, indem sie im Speisegettel hin und wieder Verabreichung von Fleisch vorschreibt. Wenn die Gefangenen auch nicht viel von Fleisch merken, so sollen sie doch solches bekommen. Auch die Inzassen obiger Anstalten sollen Fleisch erhalten; aber das schlechteste scheint für sie gut genug zu sein. Der Beweis für diese Behauptung läßt sich erbringen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Preise hierfür angelegt werden. Dieser Tage wurde die Fleischlieferung im Submissionswege vergeben. Die Preise schwankten bei Rindfleisch zwischen 1,04 M. und 1,30 M. pro Kilogramm, bei Kalbsbraten zwischen 1,36—1,75, bei Kalbfleisch zwischen 1,18 und 1,50 M., Hammelbraten zwischen 1,30—1,50 M., Schweinefleisch zwischen 1,20—1,44 M. Während bei den kleineren Postitionen die Preisdifferenz weniger erheblich ist, ist diese beim Rindfleisch sehr auffallend. Das kommt daher, daß es sich in diesem Falle um Vergebung einer großen Lieferung handelt; es sollten 25 300 Kilogramm vergeben werden. In der mit der Vergabung der Lieferungen betrauten Kommission wurde von einer Seite darauf hingewiesen, daß es bei den jetzigen Marktpreisen kaum möglich sein würde, für 1,04 M. pro Kilogramm brauchbare Ware zu erhalten, daß selbst das verworfene Fleisch auf der Freibank nahezu ebenso viel koste; es half nichts, der minderbefähigste Schlächtermeister Weusel erhielt den Zuschlag. Es half auch nichts, daß dargelegt wurde, die Hospitaliten, alles alte und kranke Leute, könnten das alte Fleisch nicht beißen, und es scharmpfe, wie der Inspektor selbst bezeugte, beim Kochen vollständig zusammen. Es sind ja die Armen der Armen, für die das Fleisch bestimmt ist und für die ist das gerade gut genug. Mögen sie sich die Zähne daran ausbeißten, es ist doch Fleisch. Ja, die Stadt Berlin sorgt väterlich für ihre Armen.

Die Post zur Umzugszeit. Für die bevorstehende Zeit der Umzüge empfiehlt es sich, rechtzeitig sich an das Postamt zu wenden, um seine Postfächer pünktlich nachgeschickt und bestellt zu erhalten. Am zweckmäßigsten benutzt man dafür die Formulare für Nachsendungsanträge, die an jedem Postschalter umsonst zu haben sind. Man kann darin die Zeit, zu der man umzieht, genau bestimmen. Zu empfehlen sind dabei genaue und ausführliche Angaben über Straße, Hausnummer, Stockwerk usw., um so mehr als für den Briefträger neu sind. Auch die Ueberweisung von Zeitungen, die man von der Post beziehen, kann bei dieser Gelegenheit beantragt werden. Die Ueberweisung erfolgt innerhalb Berlins und innerhalb Charlottenburgs kostenfrei. Im allgemeinen kostet die Ueberweisung von Postanstalt zu Postanstalt 50 Pf. Da man doch meist zu Beginn eines Vierteljahrs umzieht, so empfiehlt es sich, die Bestellung für das kommende Vierteljahr bei dem Postamt der neuen Wohnung zu machen.

Die städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen beginnen den Unterricht im bevorstehenden Winterhalbjahr am Mittwoch, den 9. Oktober dieses Jahres. Der Unterricht wird am Montag, den 23. März 1906, geschlossen. Die Schulen befinden sich: Erste Fortbildungsschule: Friedenstraße 23; zweite Fortbildungsschule: Hochstraße 4; dritte Fortbildungsschule: Langestraße 76; vierte Fortbildungsschule: Turmstraße 75; fünfte Fortbildungsschule: Gubenstraße 51-52; sechste Fortbildungsschule: Kulinstraße 15; siebente Fortbildungsschule: Mantensfelstraße 7; achte Fortbildungsschule: Danksgerstraße 23; neunte Fortbildungsschule: Elisabethkirchstraße 19-20.

In allen neun Schulen wird auch Unterricht erteilt in Französisch und Englisch, Buchmachen, Stenographie und Maschinenschriften. In kaufmännischer Korrespondenz und Rechnen wird (mit Ausnahme der zweiten Fortbildungsschule) ebenfalls in allen Schulen unterrichtet. Unterricht im Schönschreiben wird in der vierten und sechsten Fortbildungsschule nicht, sonst aber in allen übrigen Schulen erteilt. Handelsgeographie wird gelehrt in der zweiten, dritten und fünften, doppelte Buchführung in der dritten, Maschinenstiden, Schreibechnen und Kochen in der fünften und sechsten in der achten Fortbildungsschule.

Der Unterricht wird an den Wochentagen abends und an den Sonntagen vormittags erteilt. Die Schülerinnen haben für den gesamten Unterricht, ausschließlich des Blätterns und Schneiderns, monatlich 50 Pf. im voraus zu zahlen. Schülerinnen, welche auch am Blättern und Schneidern teilnehmen, zahlen monatlich 1 M., diejenigen, welche am Blättern und Schneidern zugleich teilnehmen, monatlich 1,50 M.

Für Französisch und Englisch sowie kaufmännische Korrespondenz sind halbjährlich soviel Mark im voraus zu entrichten, als Stunden in den betreffenden Kursen wöchentlich erteilt werden. Für den Unterricht in der Stenographie sowie im Maschinenschriften wird ein Schulgeld von je 50 Pf. monatlich, für den Unterricht im Kochen ein solches von 4 M. halbjährlich erhoben.

Meldungen der Schülerinnen sind an die betreffenden Leiter der Fortbildungsschulen zu richten.

Die Fortbildungsschule für Schwachbegabte, Brunnenstraße 186, erteilt Unterricht in weiblichen Handarbeiten, Deutsch und Rechnen.

Die städtische Kochschule befindet sich in der Dunderstraße 65-66. Der Unterricht findet dort an den Wochentagen vormittags von 9—1 Uhr statt. Das Schulgeld beträgt für ein halbes Jahr 4 M. Nähere Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt, ausschließlich der Ferien, jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 2—3 Uhr die Leiterin der Schule, Frauheim Hedwig Grube, Dunderstraße 65-66, entgegen.

Reform des Nachrichtendienstes bei der Eisenbahn. Die letzten Anfälle haben gezeigt, daß die bisherige Anordnung, wonach bei einer Betriebsstörung nur die Stationen der betreffenden Strecke benachrichtigt werden, nicht ausreicht. Publikum und Presse sind nicht in genügender Weise unterrichtet worden. Demnach wird deshalb, dem „B. Z.“ zufolge, neue Anordnungen getroffen werden.

Auf der Stadtbahn wird zwischen den Stationen Schlesischer Bahnhof und Charlottenburg eine besondere Vorleitung mit Kurzschlusswecker für jede Station eingerichtet, die unabhängig von Bedienung durch Menschenhand automatisch jede Betriebsstörung anmeldet. Diese Vorleitung wird bereits verlegt und soll in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden. Ferner wird, um von einer Betriebsstörung alle Stationen des Bezirks Berlin benachrichtigen zu können, eine Hauptvermittlungsstelle auf dem Schlesischen Bahnhof eingerichtet werden. An diese werden von dem Vorstand derjenigen Station, in deren Bereich sich eine Betriebsstörung ereignet hat, sofort die ersten amtlichen Nachrichten geschickt und von ihr an die Vermittlungsstellen der einzelnen Strecken, z. B. nach dem Stettiner, Potsdamer, Gericke-Bahnhof, weitergegeben, die diese Nachrichten wiederum mit größter Schnelligkeit an die Stationen ihrer Strecke übermitteln. Solcher Zwischenstellen gibt es im Bezirk Berlin zehn. Außerdem wird für den Ausdienst der Eisenbahn das Telephon ausgebaut, so daß jede Station mit der Direktion, den Inspektionen und jeder anderen Station des Bezirks verbunden werden kann. Diese Arbeiten werden bis Ablauf des Jahres beendet sein; die Kosten betragen eine halbe Million Mark. Die bisher gebräuchliche Tafel zum Befanntgeben von Betriebsstörungen, die seit 1905 eingeführt ist, wird durch eine vergrößerte ersetzt, auf der jede Betriebsstörung von mehr als zehnminütiger Dauer dem Publikum bekanntgemacht wird. Außerdem werden alle Nachrichten über Unfälle und Störungen auf roten Zetteln an allen geeigneten Stellen sämtlicher Stationen angehängt werden. Mit der Benachrichtigung der Presse an den Unfallsstellen wird ein besonderer Beamter der betreffenden Inspektion betraut werden. Der Presse soll überhaupt, auch von den unteren Dienststellen, jedes Ent-

gegenkommen bewiesen werden, soweit es die Sicherheit des Betriebes irgendwie zuläßt.

Ob durch diese Reform eine wesentliche Besserung bezüglich des Nachrichtenendienstes eintreten wird, wird sich in beim nächsten Unglück zeigen.

Zur Klärung des Straußberger Eisenbahnunfalls

Ist das gesamte Bahnpersonal der Strecke vernommen worden. Diese Vernehmungen sind jetzt abgeschlossen. Ihr Ergebnis hat zur Klärung der Unterjochung nicht viel beigetragen. Nur eine Aussage ist wichtig. Der Jungführer August Schäfer fuhr in der Unglücksnacht mit dem Winterzug 6613 von Lichtenberg nach dem Osten. Bei der Abfahrt von Straußberg befand er sich in dem großen Raume des Bodwagens. Von hier aus sah er etwa 100 Meter vor der hohen Böschung, also kurz vor der Unglücksstelle, zwei Personen, die von der Fahrtrichtung aus links in einem Winkel nebeneinander standen. Der Regen und die Dunkelheit verhinderten ihn, sie genauer zu beobachten, so daß er sie nicht beschreiben kann. Aber daß es zwei Personen waren, weiß er bestimmt. Diese Beobachtung machte Schäfer wenige Minuten vor der Entgleisung des Zuges; denn er begegnete diesem 2000 Meter hinter der Unglücksstelle nach Niesfelde zu. Aus der Bekanntmachung der Staatsanwaltschaft, die jetzt überall angeschlagen und ausgehängt ist, konnte man herauslesen, daß der Schuhmacher Weisner aus Hamburg für die Täterschaft nicht mehr in Betracht komme. Dies soll aber keineswegs der Fall sein. Die Bekanntmachung zielt in erster Linie darauf ab, den Schlüsselbesteller zu ermitteln, weil dieser wahrscheinlich der Haupttäter ist, und weil ohne seine Ergreifung eine Ueberführung auch etwaiger Mittäter nicht leicht sein wird. Der Teilnahme dringend verdächtig erscheint Weisner nach wie vor. Das Beweismaterial gegen ihn soll keineswegs entkräftet oder erschüttert sein. Die Zeugen bleiben dielmehr bei ihren Befundungen und haben sie beschworen. Weisner bleibt daher in Untersuchungshaft.

Der Eisenbahntäter von Straußberg verhaftet?

Rathenow, 27. September. Auf der Chaussee Berlin—Hamburg, bei dem Dorfe Pessin im Kreise Westhavelland, wurde durch den Gendarmereisendmeister Steinert der 24jährige Schlossergeselle Bretall festgenommen, der dem „Rathenower Kreisblatt“ zufolge nach seinem Neuzugern als der Haupttäter bei dem Eisenbahntäter in Straußberg in Betracht kommt. Der Verhaftete wurde heute ins hiesige Gefängnis eingeliefert. Sämtliche in dem Steckbrief angegebenen Merkmale sind bei dem Verhafteten vorhanden.

Der Schauspieler Edmund Hanno ist vorgestern im Alter von 66 Jahren in seiner Wohnung in der Ballaststraße nach langem Leiden gestorben. Der jetzt fast in Vergessenheit geratene Schauspieler war Anfang des letzten Jahrzehntes des vorigen Jahrhunderts in Berlin eine bekannte und populäre Persönlichkeit. In seinen Rollen in „Der Bettelstudent“, „Zigeunerbaron“, „Hedermans“, „Boccaccio“ war er seinerzeit einer der beliebtesten und geschätztesten Vertreter seines Faches am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater, dem jetzigen Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus in der Chausseestraße, welches damals unter der Direktion Frische in seiner Blüte stand. Auch in Amerika feierte Hanno, der dort unter Direktor Conried eine Kunstreise unternahm, bedeutende Triumphe. Nachdem der Künstler vor einigen Jahren seine Frau verloren hatte, stellte sich bei ihm ein Herzleiden ein, das schließlich dem Schauspieler, der zuletzt am Theater des Westens wirkte, zwang, seine Engagements zu lösen.

Ein schweres Unglück hat sich gestern nachmittag auf dem Bau des Postgebäudes in der Pfalzburgerstraße zugetragen. Dort brach gegen 1/2 Uhr ein in der zweiten Etage befindliches Gerüst, und die auf demselben befindlichen fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe. Sie erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Der Arbeiter Bod war so schwer verletzt, daß er in einer Drochle weggeführt werden mußte. Der Bau wird von der Firma Witwe Reincke ausgeführt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr.

Mehrere schwere Automobilunfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Gegen 7 Uhr abends geriet in der Eisenacherstraße die achtjährige Grete Krangel, deren Eltern dorshiesig Nr. 63 wohnen, unter ein Droschkenautomobil und wurde überfahren. Das Kind erlitt schwere innere Verletzungen und Rippenbrüche. Es wurde zunächst nach der Unfallstation IV in der Herberstraße in Schönberg und von dort nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Ein Zusammenstoß eines Droschkenautomobils mit einer Pferdebesitzerin fand gestern nachmittag an der Potsdamerbrücke statt. Der Kraftwagen, bei dem anscheinend die Steuerung versagt hatte, fuhr seitlich gegen die Taxameterdroschke mit solcher Gewalt, daß das Hinterrad des Wagens zertrümmert wurde. Der Droschkenführer Hartmann stürzte vom Wagen, er erlitt Verletzungen am Kopf und erhielt die erste Hilfe auf der Rettungsstation in der Stealitzerstraße.

Ein Automobilunfall der Linie A schiederte gestern mittag an der Ecke der Dorotheen- und Charlottenstraße und hieß infolgedessen gegen einen belandenen Steinwagen. Hierbei erlitt der Kaufmann Wahn aus Hamburg, der sich auf dem Omnibus befand, eine leichte Kontusion am Oberarm. An dem Kraftwagen wurde das Pertrontgitter eingedrückt.

In Feuergefahr schwebten gestern in der Bernauerstr. 16 drei kleine Kinder. Im Obergebäude dieses Hauses, und zwar im Erdgeschoß hat der Gastwirt K. L. seine Privatwohnung. Während er gestern nachmittag sich im Lokal befand, hatte seine Frau die Wohnung verlassen und ihre drei Kinder im Alter von 1/2 bis vier Jahren eingeschlossen. Hausbewohner bemerkten denn plötzlich in der Wohnkammer des Gastwirts einen hellen Feuererschein. Sie eilten herbei und erbrachen die Korridorlür. In der Stube fanden sie den zweijährigen Arthur am Fenster brennend vor, während dessen vierjährige Schwester sich in eine Ecke verkrochen hatte. Durch Ueberwerfen von Decken wurden die Flammen an dem Körper des Knaben erstickt. Das Kind hatte aber schon schwere Brandwunden davongetragen und mußte nach dem Lazaruskrankenhaus geschafft werden. Das ältere Mädchen, wie auch das jüngste 1/2jährige Kind, das im Kinderwagen schlief, konnten durch das rechtzeitige Eingreifen der Hausbewohner unversehrt ins Freie geschafft werden. Der entstandene Stubenbrand, der durch das Spielen mit Streichhölzern von den beiden ältesten Kindern verursacht war, konnte noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden.

Das selbige Anspringen. Beim Anspringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen schwer zu Schaden gekommen ist vorgestern abend die 15jährige Auisin Käse Dosatzetta aus der Heidestraße 8. In der Invalidenstrasse versuchte die D. auf einen herankommenden Straßenbahnwagen herauszuspringen. Sie kam zu Fall und geriet unter das Trittbrett. Mit schweren Verletzungen am Kopf und starken Quetschungen am Kreuz wurde die Unvorsichtige nach der Rettungsstation gebracht.

Selbstmord eines Hauptmanns a. D. In einem Vorortzug hat sich vorgestern abend der 58 Jahre alte Hauptmann a. D. Jollenfeld aus der Wilhelmstraße 63 erschossen. In Wahren aus der Postener Bahn wohnen mehrere erwachsene Kinder des J., die der letztere besucht hatte. Abends fuhr er um 6 Uhr mit dem Vorortzug heim. Bei der Station Lichtenrade jagte er sich in einem Abteil zweiter Klasse eine Kugel in die Brust. Zufällig war in dem Nebenabteil ein Arzt, der sich sofort des Lebensmüden annahm. J. war jedoch nicht mehr zu retten. Die Kugel hatte das Herz gestreift und bei dem Eintreffen des Zuges am Potsdamer Bahnhof war bereits der Tod eingetreten. Die Ursache des Selbstmordes ist unbekannt.

Ein großer Telephonabstahl ist vorgestern verübt worden. Zwischen den Stangen 42 und 44 am Tegeler Weg wurden von Dieben fünf Drahtleitungen entzweielt und etwa 500 Meter Leitungsdraht gestohlen. Als Täter kommen hier zweifellos jene Verbrechen in Betracht, die in der letzten Zeit die Fernsprechtastabstahl gewerksmäßig betreiben und die der Postverwaltung schon ganz bedeutenden Schaden zugefügt haben.

Vermißt. Am 20. Juli er. hat sich die unverheiratete Effe Jäger, 30. November 1888 zu Vorklinen geboren, aus ihrer Wohnung Wörthstraße 33, ohne jeglichen Grund entfernt, und ist bis jetzt nicht wieder zurückgekehrt. Sie ist 1,50 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, Stumpfnase, vollständige Zähne, blaße Gesichtsfarbe. Bekleidet war sie mit schwarzem Jackett, weißer Bluse, gelben Schnürschuhen und grauem gestreiften Strümpfen. Die Vermißte ist leichtsinnig veranlagt und wird anscheinend irgendwo verborgener gehalten. Personen, welche nähere Angaben über den Verbleib der Vermißten machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 5068 IV. 18. 07 mitzuteilen.

Vorort-Nachrichten.

Wie der Rixdorfer Polizeipräsident Beschwerden erlegt.

In Rixdorf streikten am Abend des 22. August zwei Arbeiter ihren heimathlichen Benaten zu, als sie in der Türnische des Hauses Pletzenstraße 15 einen älteren Mann liegen sahen, der krank zu sein schien. Sie konnten es nicht über sich gewinnen, den Mann hilflos liegen zu lassen und bemühten sich nach einem Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Auf Aufforderung kam auch schließlich ein Schuttmann von der Lessingstraße her und sah sich den Mann an. Dann meinte er: „Liegt er Ihnen vielleicht im Wege, oder meinen Sie, soll ich mit dem Mann auf den Boden nehmen?“ Dann forderte er den einen Arbeiter auf, mit zur Wache zu kommen oder sich zu legitimieren. Der letzten Aufforderung wurde entsprochen und als Legitimation eine Radfahrkarte vorgezeigt. Der Schuttmann ging mit der Karte an eine Laterne, um darauf zu erklären, diese Legitimation erkenne er nicht an; der Arbeiter müsse mit zur Wache. Es ging dann zu dem schon sehr bekannt gewordenen Revier 7 auf dem Bobbinplatz. Hier wurde das Signalement von der Karte einfach abgefragt und der Arbeiter nun nicht etwa sofort entlassen, sondern ohne weiteres in eine Zelle eingesperrt. Die Entlassung des um 11 1/2 Uhr eingelieferten Arrestanten erfolgte nach 4 Uhr früh. Auf der Straße hatte der Kollege des Stürzten bis 3 Uhr gewartet, ging aber dann nach Hause, weil ihm die Sache zu lange dauerte. Nach seiner Entlassung ging der Arbeiter wieder nach der Pletzenstraße 15 und weckte den noch immer in der Türnische Liegenden; es stellte sich heraus, daß der Mann die ganze Nacht dazugelegen hatte. Soweit der Sachverhalt, wie er durch Zeugen bestätigt wird. Wegen zu Unrecht erfolgter Sittierung und Festhalten auf der Wache beschwerte sich der Arbeiter. Die Antwort, die auf die Beschwerde einlief, besagt, daß der Polizeipräsident die Beschwerde als unbegründet zurückweise. In dem polizeipräsidentlichen Schreiben heißt es:

Der Polizeipräsident. Rixdorf, den 3. September 1907.

Ihre im 7. Polizeirevier am 24. v. M. zu Protokoll gegebene und gegen Beamte dieser Dienststelle gerichtete Beschwerde weise ich als unbegründet zurück.

Ihre Sittierung zur Polizeiwache in der Nacht vom 22. zum 23. v. M. mußte trotz des Ausweises durch eine Radfahrkarte, welche im übrigen beschnüht und bei der mangelhaften Beleuchtung kaum zu entziffern war, erfolgen, weil die begründete Befürchtung bestand, daß Sie bei Freilassung den ruhestörenden Lärm, dessenwegen ein Schuttmann einschreiten mußte, fortsetzen würden. Ihren Aufenthalt auf der Wache haben Sie über die übliche Zeit zur telegraphischen Feststellung ihrer Personalien pp. dadurch selbst verlängert, daß Sie auch dort das Lärmen und Standhalten fortsetzten und in die Arrestzelle gebracht werden mußten, weil andererseits ein ruhiges Arbeiten am Telegraphenapparat nicht möglich war. Das Nachbuch und die bestimmten Befundungen der beteiligten Beamten weisen aus, daß Sie sich entgegen Ihrer Behauptung, trotzdem nur von 1 1/2 bis 2 Uhr nachts auf der Polizeiwache befunden haben.

Ihr in barscher und überlauter Weise an den Beamten gerichteter Ersuchen wegen eines angeblich kranken Mannes war, wie erwiesen worden, überflüssig, da der Letztere nur geschlafen hatte und infolge Ihres Lärmens bereits aufgewacht und im Gehen begriffen war. Nicht erwiesen ist, daß der Beamte die ihm von Ihnen in den Mund gelegte Aeußerung getan hat, vielmehr haben Sie verlangt, daß er den Mann „auf den Boden“ nehmen solle.

Hiernach habe ich keine Veranlassung, gegen die beschuldigten Beamten vorzugehen.

Der Beschwerdeführer war höchlichst erstaunt ob dieser Antwort. Er kann es auch sein, weil der Bescheid nur auf den einseitigen Angaben des Schuttmannes beruhen kann. Wie einseitig und unrichtig diese Angaben sind, geht allein schon aus der Behauptung hervor, daß die vorgezeigte Radfahrkarte beschnüht und kaum zu entziffern gewesen sein soll. Wir haben uns die Karte vorlegen lassen und uns vom Gegenteil überzeugt; die Karte ist sogar sehr sauber gehalten. Hätte der Herr Polizeipräsident oder der mit der Untersuchung beauftragte Dezerement das gleiche getan, dann hätte eine derartige Behauptung nicht geglaubt und aufgestellt werden können. Die übrigen Punkte sind von gleicher Qualität. Nach dem Dienstbuch ist der Arbeiter um 2 Uhr entlassen worden. Es ist aber ein Zeuge vorhanden, der nachweisen kann, daß er bis 3 Uhr vor der Tür der Revierwache verweilt auf den Stürzten gewartet hat. Will es der Herr Polizeipräsident mit der Erledigung von Beschwerden ernst nehmen, so würde er gut tun, sich auch bei den Zeugen der Beschwerdeführer zu erkundigen. Die Art, wie heutzutage Beschwerden durch den Polizeipräsidenten „erledigt“ werden, bildet nicht die geringste Gewähr von Objektivität. In vielen Fällen laufen Beschwerdeführer nach Gefahr, angeklagt zu werden. Das hat eine Gerichtsverhandlung erwiesen, die wir erst gestern in unserem Blatte wiedergaben und auf eine an den Schöneberger Polizeipräsidenten gerichtete Beschwerde bezieht.

Steglich.

Ein verhängnisvoller Erdbeben hat Donnerstagnachmittag auf dem Neubau des Hauptpostgebäudes in der Bergstraße stattgefunden. Auf dem Baugerüst wurden gegenwärtig die Ausschüttungsarbeiten ausgeführt. Während nun die Arbeiter vorgestern vollständig beschäftigt waren, gab das Erdreich unter ihren Füßen plötzlich nach und stürzte ein. Bis auf einen der Leute gelang es allen, sich im letzten Augenblick noch in Sicherheit zu bringen. Der Arbeiter Albert Sauer aus Schöneberg wurde mit in die Tiefe gerissen und verkrüppelt. Er trug erhebliche Quetschungen am Unterschenkel und anscheinend auch innere Verletzungen davon. Ein nach der Unfallstelle gerufener Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe.

Adlershof.

Der Kampf gegen die freien Jugendorganisationen treibt immer absonderlichere Blüten. Und ganz selbstverständlich ist es, daß in dem Bestreben, die Ausbreitung der Jugendorganisation nach Möglichkeit zu verhindern, die Adlershofer Behörden nicht zurückbleiben. Als praktisches Mittel gegen die Jugendorganisation glaubt die Adlershofer Polizeibehörde das Verbot von Volksversammlungen zu halten. So wurde eine zu gestern abend einberufene Volksversammlung mit dem Thema: „Die Jugendorganisation und ihre Feinde“ kurzerhand verboten. Aus welchem Grunde dieses Verbot erlassen ist, wird vielleicht die eingereichte Beschwerde erweisen.

Friedrichshagen.

Gelandert wurde gestern Abend aus der Spree zwischen Friedrichshagen und Gieschlag den Leiche des vielen Berliner Ausflüglers...

Sohen-Schönhausen.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung beschäftigte sich mit der Wahl verschiedener Kommissionen. Die bürgerlichen Vertreter wünschten, daß dieselben zum größten Teil aus Gemeindegliedern...

Spandau.

Stadtvorordneten-Versammlung. Auf die in voriger Versammlung eingebrachte Anregung hat die Schuldeputation beschlossen, auch die Entschädigung für Überstunden an Lehrerinnen auf 150 M. zu erhöhen...

Potsdam.

Als Lebensretter betätigte sich vor einigen Tagen der Schlächtermeister Dabich jun. D. wollte von der Burgstraße nach der Freundschaftsinsel überfahren...

Zurückentdeckte stehen hier wieder an der Tagesordnung. Nachdem in dieser Spezialbranche einige Zeit Ruhe eingetreten war, haben sich vorgestern in den Rittgaststunden am Damm...

Todeskurz von der Treppe. Prinz Karl Gustav v. Thurn und Taxis, Leutnant im 1. Garderegiment zu Fuß, erlitt gestern Abend im Offizierskasino infolge eines Sturzes auf der Treppe einen Schädelbruch...

Essentielle Bibliothek und Verkauf zu unentgeltlicher Benutzung für Jedermann, SW., Alexanderstr. 25. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr...

Freie Gemeinde Spandau. Sonntag, den 29. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Steinbach's Hollergarten...

Vermischtes.

Die größte Drehbrücke Deutschlands

wurde vor einigen Tagen in Wilhelmshaven dem Verkehr übergeben. Diese neue Doppel-Drehbrücke, die an Größe überhaupt nur von einer solchen in Vrest übertraffen wird...

Im Schacht verschüttet. Auf dem Looschacht der „Brandenburg-Grube“ wurden, wie aus Gletzig gemeldet wird, gestern drei Bergleute durch herabstürzendes Gestein überrascht...

Abgekürzter Tourist. Nach einer Meldung aus Innsbruck wurde im Passatale von einem Führer die verstümmelte Leiche eines abgestürzten Touristen gefunden...

Eine Feuersbrunst zerstörte in vorkleiner Nacht die Miller-Wagen- und Automobilfabrik der Firma Cliquennois. Mehrere hundert Wagen, eine Anzahl Pferde und drei anstehende Gebäude wurden ein Raub der Flammen...

Die Ueberschwemmungen in Spanien.

Nach einer Meldung aus Malaga dauert der Regen noch an. Bis Donnerstag Abends 9 Uhr sind die Flüsse Guadal und Nebina um einen Meter gestiegen. Wenn das Wasser noch um einen halben Meter weiter steigt, dürfte sich eine Katastrophe ereignen...

Unwetter in Frankreich.

Im ganzen Departement Gironde haben, wie aus Paris gemeldet wird, die Ueberschwemmungen große Verheerungen angerichtet. Der Fluß Lebron ist aus den Ufern getreten, ohne daß Regen gefallen wäre...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet vom 1. Oktober nicht mehr Friedrichstr. 16, sondern Lindenstr. Nr. 3, zweiter Hof, Eingang III. 4 Treppen...

ist und Beispiele für ein solches finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. - W. 2. 88. Wir vermögen keinen Anwalt zu bestellen...

Berliner Marktpreise.

Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktschank-Direktion (Großhandels) Copenhagen Ia 72-73 per 100 Pfd. Ha 64-69, Ha 60-62, Bullenfisch Ia 63-68, Ha 51-60, Röhre, fett 50-58, da mager 40-48, freier 54-62, Bullen, dünn 55-63, da hoch 0,00...

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand. Rows include Remel, Tüpf, Bregel, Zülthorn, Weichsel, Thorn, Dber, Rasthof, Krollen, Frankfurt, Barthe, Schrimm, Landsberg, Rehe, Boddanna, Eide, Kiemeritz, Bachy, Landsberg, Saale, Großhül.

Modewarenhaus

Jacques Cohn

Müllerstr. 182-183, Ecke Sellerstr.

*Nach beendeter
Reorganisation*

Neueröffnung unseres Modewarenhauses

Sonnabend, den 28. Sept., vorm. 9 Uhr

Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, nehmen wir eine
vollständige Reorganisation unseres Mode-Warenhauses vor.

Sämtliche Abteilungen unseres Etablissements sind mit den neuesten Eingängen
der Mode vom billigsten bis zum elegantesten Genre auf das Sorgfältigste sortiert.

Strengste Reellität, coulanteste Bedienung, unübertroffene Preis-
wertigkeit gewährleisten jederzeit einen vorteilhaften Einkauf.

Am Tage unserer

Neueröffnung

Sonnabend, den 28. September

sowie auch am
Sonntag, den 29. September

Montag, den 30. September



**Doppelte
Nordenmarken**

Modewaren-
Haus

Jacques Cohn

Müllerstr. 182-183, Ecke Sellerstr.

II. Generalversammlung des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht.

Zweiter Verhandlungstag.

Bei schwachbesetztem Saale beginnen die Beratungen über die Änderungen der Verbandsstatuten. Der Vorstand hat einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der die Grundlage für die Diskussion bildet. Der Sitz des Verbandes bleibt Hamburg. Auch der Paragraph, der den Zweck des Verbandes präzisiert, wird angenommen, der besagt: Der Verband verfolgt den Zweck, den deutschen Frauen die politische Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu erkämpfen. Die Frauen derjenigen Länder, Gemeinden und Berufsstände, welche im Besitze politischer oder sonstiger Stimmrechte sind, zur Ausübung derselben zu veranlassen.

Eine lebhafteste Diskussion entspinnt sich bei dem § 3, der die Grundsätze des Verbandes festlegt. Da der erste Absatz besagt: Der Verband steht nicht auf dem Boden einer politischen Partei, ebensowenig einer Partei oder Richtung innerhalb der Frauenbewegung, so war Herr Dr. Blum der Ansicht, es könne dann unmöglich die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts programmatisch festgelegt werden, weil — man dann die Mitglieder jener Parteien hofiere, die gegen das allgemeine Frauenstimmrecht sich erklären. Diese Ansicht ward lebhaft bekämpft von Dr. Weitzscheid, Fräulein Lischnewska und anderen. Fräulein Lischnewska betonte nachdrücklich, daß alle, die der Forderung des allgemeinen Wahlrechts feindlich gegenüberstehen, z. B. konservative Frauen, dem Verbands fernbleiben sollten. Die Debatte erweiterte sich zu einer Auseinandersetzung über die Frage, wie weit die Kompetenz des Verbandes in Angelegenheit der Agitation und der politischen Stellungnahme zu Tagesfragen geht. Geschlossen wird schließlich, die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in die Statuten aufzunehmen.

Beschlossen wird ferner, daß der § 4 bestimmt: Frauenstimmrechtsvereine und Einzelpersonen können die Mitgliedschaft erwerben. Die Vereine berufstätiger Frauen können dem Verbands korporativ beitreten. Im Entwurf hieß es, statt „Vereine berufstätiger Frauen“ „Arbeiterinnenvereine“. Fräulein Augspurg bezog energisch diese Fassung mit der Begründung, wenn korporativ anderen Frauenvereinen der Beitritt gestattet werde, höre jede weitere Agitation zugunsten des Frauenwahlrechts unter den Mitgliedern dieser Vereine auf. Bei den Mitgliedern der Arbeiterinnenvereine bilde dieser Umstand keine Gefahr, da dieselben politisch weit besser geschult und von der Notwendigkeit der Erreichung des Frauenwahlrechts weit mehr durchdrungen seien, als die Mitglieder anderer Vereine berufstätiger Frauen.

Als Beitrag wird festgelegt für Einzelmitglieder mindestens 2 M. pro Jahr, für korporativ angeschlossene Vereine 10 M. Letztere können dafür eine Delegierte zu den Mitgliederversammlungen entsenden und erhalten ein Exemplar des Verbandsorgans, der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“. Den Einzelmitgliedern wird auch, jedoch nicht unentgeltlich, das Organ geliefert.

Von den dem Verbands angeschlossenen Frauenstimmrechtsvereinen sind 10 Proz. ihrer Mitgliederbeiträge abzuführen.

Im Entwurf des Vorstandes war vorgesehen, daß außer dem Verbandsorgan die „Frauenbewegung“ geliefert werde. Nach einem lebhaften für und wider in der Debatte über diese Ansicht siegten schließlich jene, die es mit dem Prinzip der Neutralität für unvereinbar erklärten, daß die Frauenzeitung einer bestimmten Richtung als Obligatorium für die Mitglieder eingeführt würde.

Wo die Vereinsgesetze es gestatten, sollen Ortsvereine gegründet werden, die sich zu Landesorganisationen zusammenschließen, wo

die Vereinsgesetze dies nicht gestatten, macht man es uns nach, indem Vertrauenspersonen gewählt werden.

Endlos zichen sich die Debatten hin über die Fassung der übrigen Bestimmungen, ob in den Vorstand nur Frauen oder auch Männer gewählt werden sollen, wie er zusammengesetzt werden soll, welche Rechte die Ortsvereine, welche der Zentralvorstand haben soll usw. Die Beratung muß abgebrochen werden, obgleich die für dieselbe festgesetzte Zeit überschritten ist.

Verfammlungen.

Eine Volkerversammlung, veranstaltet vom Vorstande des Wahlvereins für den sechsten Kreis, tagte am Dienstag in der Brauerei Königstadt. Die Versammlung war sehr stark besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Ströbel über die politische Lage. — An der Hand eines reichhaltigen Tatsachen- und Zahlenmaterials kennzeichnete der Redner die gegenwärtigen politischen und sozialen Verhältnisse. Er zeigte, daß der große wirtschaftliche Aufschwung der letzten Zeit einem kleinen Häuflein Besitzender ungeheure Profite gebracht hat, während die große Masse der Nichtbesitzenden keine Verbesserung ihrer Lebenslage erfahren hat. Die große Masse derer, die durch ihre Arbeit den Reichtum für andere erzeugen, wird nicht nur wirtschaftlich ausgebeutet, sondern auch politisch unterdrückt. Alle Ausgebeuteten und Unterdrückten müssen zusammenstehen, um sich die Rechte, welche ihnen die herrschende Klasse vorenthält, zu erobern. Der nächste Kampf auf politischem Gebiet gilt der Beseitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Dieses elendeste aller Wahlsysteme muß durch einen Sturm der Volksbewegung hinweggefegt und durch das Reichstagswahlrecht ersetzt werden. Jeder der Ausgebeuteten und Unterdrückten muß ein Agitator für diesen Gedanken, ein Organisator der Massen, ein Kämpfer für die Rechte des Volkes werden. Wenn wir so den Kampf führen, dann müßte es, um mit Weibel zu reden, mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht über die herrschende Klasse siegen sollten. — Durch lebhaften Beifall befandete die Versammlung ihr volles Einverständnis mit dem Vortragenden.

Der Boykott der Schmiedeherberge.

Am Donnerstag fand bei Dräsel in der Neuen Friedrichstraße eine öffentliche Versammlung der bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiede statt, die sich mit dem vor zwei Monaten beschlossenen Boykott der Herberge und des Arbeitsnachweises der Innung befaßte. Der Boykott bestand bekanntlich darin, daß die Arbeitslosen in dem Lokal in der Mulackstraße keine Getränke noch Speisen mehr verzehrten, um dadurch eine bessere Ordnung der Arbeitsvermittlung herbeizuführen und nicht mehr gezwungen zu sein, den ganzen Tag über in der Aneipe des Arbeitsvermittlers auf vielleicht einlaufende Stellen zu warten. Wie der Referent Siering nun ausführte, ist der Boykott in den ersten vier Wochen musterhaft durchgeführt worden, nun jedoch etwas abgelaufen, was daraus zu erklären ist, daß andere Arbeitslose und Zugereiste kamen, die mit den Verhältnissen, die den Boykott notwendig gemacht hatten, nicht so vertraut waren. Zudem herrscht bei den Innungsmeistern großer Arbeitsmangel, während allerdings die Fabriken, die Schmiede beschäftigen, noch ziemlich gut zu tun haben. Außerdem benutzt der Wirt und Arbeitsvermittler den Umstand, ob ein Arbeitsloser ihm was zu verdienen gibt oder nicht, als Erkennungszeichen, um die Wölfe von den Schafen zu sondern,

und läßt, wie behauptet wird, die organisierten und dem Boykott-beschluß treuen Arbeitslosen vergeblich auf Arbeit warten, während für die Trübsüchtigen bald einmal eine Stelle zu haben ist. Von dem Herbergswirt und Arbeitsvermittler sowie von dem Obermeister der Innung wird nun freilich behauptet, daß der Boykott gar keine Wirkung ausgeübt habe. Dem ist jedoch nicht so. Tatsächlich wünscht denn auch der Innungsvorstand, daß der Boykott so bald wie möglich aufgehoben werde. Der Referent machte der Versammlung in dieser Hinsicht keine bestimmten Vorschläge, gab ihr vielmehr anheim, die Sache gründlich zu erwägen und dann zu beschließen. Beschließen man die Aufhebung des Boykotts, so setze man dabei voraus, daß die Innung dem Wunsche, die Arbeitsvermittlung auf bestimmte Stunden zu verlegen, nunmehr nachkommen werde. Uebrigens ist auch eine Beschwerde oder Anfrage an die Gewerbe-Deputation gerichtet, in der um prinzipielle Entscheidung darüber ersucht wird, ob die Zustände in der Herberge und dem Arbeitsnachweis: die Nötigung der Arbeitslosen, sich den ganzen Tag in der Wirtschaft aufzuhalten, der Umstand, daß der Arbeitsvermittler zugleich Herbergswirt ist, und die Vermittlung auch an Arbeitgeber, die nicht Mitglieder der Innung sind, zulässig sind. Die Entscheidung der Gewerbe-Deputation muß noch abgewartet werden. — Die Diskussion, die dem Referat folgte, zeigte wiederum deutlich, wie notwendig sowohl im wirtschaftlichen wie moralischen Interesse der Arbeitslosen eine Aenderung dieser Zustände ist. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung der bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiedegesellen beschließt in Anbetracht der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur, den Boykott auf der Innungs-herberge aufzuheben; jedoch erwartet die Versammlung von dem Vorstand der Innung, daß er die Arbeitsausgabe auf bestimmte Tagesstunden festsetzt, und zwar wünscht die Versammlung die Arbeitsausgabe vormittags von 11—12 und abends von 8—9 Uhr. Die Versammlung beauftragt den Gesellenausschuß, in diesem Sinne mit dem Vorstand der Innung in Verbindung zu treten.

Dem Filialvorsitzenden Siering des Schmiedeverbandes ist ein Strafmandat von 15 M. zugegangen, weil er durch Aufforderung zum Boykott in der Versammlung vom 25. Juli — großen Unfug verübt haben soll. Selbstverständlich ist richterliche Entscheidung beantragt. Hier liegt die Frage nahe, ob es nicht vielmehr an großen Unfug grenzt, wenn Arbeitslose, um Arbeit zu erhalten, auf einer Innungs-herberge genötigt werden, vielleicht ihren letzten Groschen zu vertrinken.

Die Gutarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag eine öffentliche Versammlung in Dräsel's Saal ab. Zunächst erstatteten mehrere Redner Bericht über die stattgefundenen Fabrikversammlungen. Dann hielt Siebert einen Vortrag, worin er die Frage erörterte: Wie können die Gutarbeiter ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern. Der Referent sowie die Diskussionsredner führten aus, eine Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit in Berlin sei eine Notwendigkeit. Jedoch sei zu bedenken, daß bei einer Lohnbewegung in Berlin ein großer Teil des Bedarfs durch auswärtige Fabriken gedeckt werden könne, da in den betreffenden Teilen die Zahl der Unorganisierten sehr groß sei. Die Vorbedingung einer erfolgreichen Bewegung sei die Stärkung der Organisation, in Berlin sowohl wie namentlich in den auswärtigen Fabriken. In diesem Sinne zu wirken müsse sich jeder Kollege zur Pflicht machen. — Schließlich wurde noch darauf hingewiesen, daß Ende Oktober die Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse stattfinden und zur regen Teilnahme an denselben aufgefordert.

Adreßbuch

für

Berlin und  seine Vororte

1908.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1908 sind nunmehr den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Die letzteren werden hiermit gebeten, die erforderlichen Angaben recht genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Auch diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt ist, mögen auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt wird. — Auf eine Neuveränderung im Jahrgang 1908 sei besonders aufmerksam gemacht. Bekanntlich befürworten die meisten kommerziellen Institute, Handelskammern und Behörden die ausgedehntere Scheckbenutzung zur Erleichterung im Geldverkehr. Die Listen sind deshalb mit einer neuen Rubrik (BK) versehen, in der anzugeben ist, ob der Eintragende ein Bank-Konto besitzt, bzw. bei welcher Bank er ein solches unterhält. — Da die

Abholung der Hauslisten Mittwoch, den 2. Oktober,

beginnt, so richte ich an diejenigen Haushaltungsvorstände in Berlin, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das höfliche Ersuchen, bei ihren Herrn Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für schleunige Eintragung Sorge zu tragen oder mir ihre Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen.

Im Hinblick darauf, daß die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse an einem vollkommenen und zuverlässigen Adreßbuch haben, darf ich wohl erwarten, daß alle Einwohner durch recht genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevollen und kostspieligen Zusammenstellungen des Adreßbuchs unterstützen werden.

Berlin, den 27. September 1907.
SW. 68, Zimmerstr. 37-41.

August Scherl.

